

WAS DAS „C“ FÜR MICH BEDEUTET

BEITRÄGE DER MITGLIEDER
DES CDU-BUNDESVORSTANDS

WAS DAS „C“ FÜR MICH BEDEUTET

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation
Klingelhofstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-11 | info@cdu.de | www.cdu.de
025/1111 | Bestell-Nummer: H731

CDU

WAS DIE S „C“ FÜR MICH BEDEUTET

INHALT

Dr. Angela Merkel	4
Hermann Gröhe	6
Christian Baldauf	8
Prof. Dr. Maria Böhmer	10
Volker Bouffier	12
Elmar Brok	14
Lorenz Caffier	16
Ingrid Fischbach	18
Dr. Michael Fuchs	20
Dr. Regina Görner	22
Peter Götz	24
Dr. Reiner Haseloff	26
Franz-Josef Holzenkamp	28
Hubert Hüppe	30
Jost de Jager	32
Dr. Franz Josef Jung	34
Volker Kauder	36

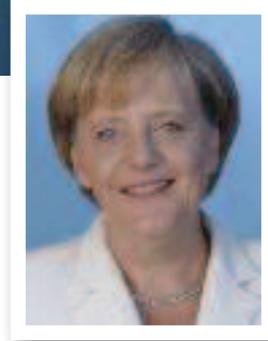
WAS DIE S „C“ FÜR MICH BEDEUTET

INHALT

Eckart von Klaeden	38
Julia Klöckner	40
Annegret Kramp-Karrenbauer	42
Dr. Günter Krings	44
Prof. Dr. Norbert Lammert	46
Armin Laschet	48
Karl-Josef Laumann	50
Dr. Ursula von der Leyen	52
Christine Lieberknecht	54
Dr. Saskia Ludwig	56
Dr. Thomas de Maizière	58
David McAllister	60
Dr. Michael Meister	62
Maria Michalk	64
Philipp Mißfelder	66
Mike Mohring	68
Günther H. Oettinger	70

INH LT

Ronald Pofalla	72
Dr. Hans-Gert Pöttering	74
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl	76
Thomas Rachel	78
Dr. Norbert Röttgen	80
Thomas Röwekamp	82
Dr. Wolfgang Schäuble	84
Prof. Dr. Annette Schavan	86
Prof. Dr. Dr. h.c. Dagmar Schipanski	88
Dr. Kristina Schröder	90
Ingrid Sehrbrock	92
Thomas Strobl	94
Stanislaw Tillich	96
Thomas Webel	98
Marcus Weinberg	100
Dr. Bernhard Worms	102
Hendrik Wüst	104



Bundeskanzlerin
DR. "NGEL" MERKEL MdB
Vorsitzende der CDU Deutschlands

Das „C“ – Politik der Mitte. Politik für die Menschen.

Das „C“ in der Politik ist Auftrag und Verantwortung zugleich, denn es ist Maßstab für unser tägliches Handeln und Fundament christdemokratischer Politik. Es geht um das Verständnis einer Politik, die mehr im Blick hat als die neuesten Umfragewerte und den nächsten Wahltag, eine Politik, die die Balance zwischen Entscheidungsnotwendigkeit und Abschätzung von Zukunftsfolgen findet und dabei stets auf den einzelnen Menschen ausgerichtet ist.

Die berühmten Worte des Propheten Jeremia können im wohlverstandenen Sinne auch für unsere politische Verantwortung gelten: „Suchet der Stadt Bestes [...] und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.“ (Jer 29,7). Das Wesen christdemokratischer Politik macht aus, dass sie sich allen Menschen verpflichtet weiß – nicht einzelnen Gruppen. Die Suche nach den besten Lösungen auf der Basis des christlichen Menschenbildes, nach sachgerechten Entscheidungen, ist Teil dieser Politik. Es ist die Idee des Ausgleichs, die die Grundfeste

des christdemokratischen Leitbilds markiert. Sie orientiert sich demnach nicht an Extremen, sondern den Bedürfnissen eines möglichst breiten Konsenses, sie ist eine Politik der Mitte für die Menschen.

Bis heute hat sich die „Union“ von Katholiken und Protestanten, Menschen anderer Konfessionen sowie unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen als tragfähiges Bündnis, als Erfolgsmodell politischer Zusammenarbeit bewährt: Christlich-sozial, liberal und konservativ – diese Wurzeln einen uns. Das zeigt, dass die Union stets das Konzept der Integration vor dem der Ausgrenzung verfolgte. Als Christdemokraten sind wir keine exklusive Gruppe weniger, sondern eine einladende Gemeinschaft vieler.

In Zeiten wie diesen, in denen die Globalisierung die Welt immer schneller verändert und uns vor ganz neue Herausforderungen stellt, sind wir als Union mit unserem Rüstzeug besonders gefordert. Heute stehen wir vor der Frage, wie wir die richtigen Entscheidungen treffen, um dieser und nachfolgenden Generationen, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, eine gute Zukunft und Teilhabe

ermöglichen können. Angesichts dessen heißt verantwortliches Handeln, die Chancen, die Demokratie und Soziale Marktwirtschaft bieten, auf die veränderten Bedingungen hin auszurichten. Für die CDU war und ist die Soziale Marktwirtschaft mehr als eine wirtschaftliche Ordnung. Für uns ist sie auch ein Gesellschaftsmodell. Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für die richtige Balance von Freiheit und Sicherheit. Sie ermöglicht Wettbewerb und Eigenverantwortung, Solidarität und soziale Absicherung. Sie hat unser Land stark gemacht und für breiten Wohlstand gesorgt. Sie ist unser Gesellschaftsmodell für die Zukunft – über Deutschland hinaus. Denn die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, was passiert, wenn die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft missachtet werden. Das darf sich nicht wiederholen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch international verankert werden.

Auch geht es darum, nachhaltiges Wachstum zu fördern, das ökologisch vernünftig und sozial verträglich ist. Der christliche Schöpfungsglaube bildet dabei eine entscheidende Grundlage für unsere Verantwortung für Umwelt und Klima sowie für unsere Mitmenschen und Mitgeschöpfe. So können wir die Globalisierung menschlich gestalten.

Wenn unsere Welt heute auch immer stärker zusammenwächst, dürfen wir dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in vielen Ländern der Welt nicht geachtet wird und die Verfolgung und Diskriminierung von Christen immer noch an der Tagesordnung sind. Als Christen in politischer Verantwortung sind wir in der Pflicht, entschieden auf die Verletzung der Glaubensfreiheit und damit auf die Verletzung der allgemeinen Menschenrechte hinzuweisen. Der eigene Glaube kann uns dabei Kraft und Orientierung geben, auch im Dialog und in der Begegnung mit anderen Religionen und Kulturen.

Ich kann und mag meine politische Tätigkeit nicht von meiner christlichen Grundhaltung trennen. Sie wäre sonst eine andere. Christliche Werte bedeuten für mich persönlich Orientierung und Verwurzelung. Sie schärfen den Blick für das Wesentliche, machen Mut und setzen der Politik Grenzen. Der Glaube hilft, die Sorgen der Mitmenschen zu erkennen und die Verpflichtung zum Handeln zu fühlen. Für mich ist die Tatsache, dass ich dem christlichen Glauben verpflichtet bin, auch schon von daher eine Beruhigung, weil klar ist, dass der Mensch nicht vollkommen ist und man gegenüber Fehlern – denen der Mitmenschen und den eigenen – toleranter wird. Das macht vieles leichter.



HERMANN GRÖHE MdB

Generalsekretär der CDU Deutschlands

Bibelvers und iPad

Mein Arbeitstag beginnt mittlerweile mit dem Griff nach dem iPad. Doch bevor mir die elektronische Presseschau des Konrad-Adenauer-Hauses einen Überblick über Schlagzeilen, Nachrichten und Kommentare vermittelt, lese ich Losung und Lehrtext, je einen Vers aus dem Alten und Neuen Testament, der Herrnhuter Brüdergemeine. Millionen Menschen lesen diese Verse in rund 50 Sprachen. Jahrtausende alt sind sie, und bereits seit 1731 gibt es jährlich die Bücher mit den ausgelosten Worten zum Tage. Und doch können diese Worte in meinen heutigen Tag hinein sprechen – anders als zu anderen Zeiten, anders als zu anderen Menschen.

Uralte Texte – althergebrachte Methode – neue Kommunikationsmittel – mein heutiger Tag. Für mich verbindet sich dies zu einem Bild von dem, was unser heutiges Tun als Christen – und auch als Christdemokraten – ausmachen sollte. Gerade als Christdemokraten sind wir gefordert, unsere Orientierung an Wertvorstellungen, die sich ganz wesentlich dem christlichen Glauben verdanken, bei der Gestaltung

heutiger Lebensverhältnisse zur Entfaltung zu bringen. Deswegen spreche ich von der CDU als wertgebundener und moderner Volkspartei. Stets stand die CDU an der Seite der Familien. Doch heute an der Seite von Familien zu stehen, verlangt eine andere Politik als noch vor Jahrzehnten. Leugneten wir dies, ließen wir die Familien im Stich. Politik ohne Grundsätze verkommt zur Beliebigkeit. Grundsätze ohne Lebensnähe verkommen zur Ideologie.

Eine christlich geprägte Politik muss stets beides sein: orientiert an der Ethik der biblischen Botschaft und nah bei den Menschen. Denn Gottes gute Gebote und seine Menschenliebe gehören für Christen untrennbar zusammen.

Diese Menschenliebe Gottes können wir als Christen nur glaubwürdig bezeugen, wenn wir uns selbst nach Kräften um eine menschenfreundliche Gestaltung der Welt bemühen. Glauben ist sicherlich mehr als Engagement für eine bessere Welt. Aber der Glaube an Gott ermutigt zu solchem Engagement. Und dieser Glaube gibt uns eine kraftvolle Wegweisung: Einsatz für das Leben, die gleiche Würde eines jeden



Menschen, der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, der Anspruch der Menschen auf Gerechtigkeit und Solidarität, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung als unser Auftrag. Dass auch viele Menschen anderer weltanschaulicher Überzeugung diese Ziele teilen, eröffnet große Chancen für die gemeinsame Arbeit für eine gute Zukunft.

Wie wir diesen Zielen dienen, ist dabei unserer Vernunft anvertraut, darum ringen wir nach besten Wissen und Gewissen – auch in der eigenen Partei. Wir wollen gemeinsam einen besseren Schutz für das Leben ungeborener Kinder – aber wir sind unterschiedlicher Meinung über die Rolle, die dabei das Strafrecht spielen kann. Wir wollen gemeinsam, dass friedliche Mittel Vorrang vor militärischer Gewalt haben – aber wir sind unterschiedlicher Meinung mit Blick auf die Legitimität eines konkreten Militäreinsatzes. Zugleich gibt es gerade in diesen Fragen den Wunsch, ja die Sehnsucht, nach Eindeutigkeit.

Der Wunsch ist verständlich. Doch ich gebe zu: Mit den Jahren politischen Engagements und intensiver Beschäftigung mit kontrovers diskutierten Fragen von großer ethischer Bedeutung ist meine Skepsis gegenüber allzu großer Selbstgewissheit gestiegen. Das „nichts ist gut in Afghanistan“ vermag wohl der schwierigen Lage am Hin-

dukusch so wenig zu entsprechen, wie es ein „alles ist gut in Afghanistan“ könnte. Und auch bei den Fragen des Lebensschutzes kann der Tragik so mancher Lebenslage mitunter ein Schweigen besser gerecht werden als die Selbstsicherheit, die einzig denkbare christliche Position zu vertreten. Deswegen habe ich den wechselseitigen Respekt bei unserer Parteitagsdebatte über die Präimplantationsdiagnostik als etwas empfunden, was einer „C-Partei“ gut zu Gesichte steht.

Sicherlich zeigen uns solche Debatten auch die Grenzen der eigenen Erkenntnis auf. Wer diese Grenzen akzeptiert, kann auch die Suche nach „befriedenden“ Kompromissen würdigen.

Angst prägt heute viele Debatten und droht uns zu lähmen. Angst vor fremder Religion, der Moderne, der Macht der Märkte. Und es gibt ja auch immer wieder Anlass zur Sorge. Doch wo wir uns von der Angst beherrschen lassen, werden wir undankbar gegenüber großartigen Chancen einer freiheitlichen Gesellschaft.

Gott traut uns die Zukunft zu! Und das Vertrauen auf ihn schenkt uns Zuversicht. Dass macht – in den Worten der „Barmer Theologischen Erklärung“ der Bekennenden Kirche von 1934 – den „Anspruch und Zuspruch“ des Evangeliums aus.



CHRISTLICHES „C“ FÜR MICH

*Stellvertretender Landesvorsitzender der
CDU Rheinland-Pfalz*

Die Zeiten sind hektisch. Smartphone und Tablet-PC, immerwährende Erreichbarkeit und die entsprechende Erwartungshaltung, diese auch zu erfüllen, machen das Leben zu einem Wettlauf, in dem der Mensch droht, sich selbst nicht mehr zu hören. Und es ist ohne Zweifel so, dass mit der Globalisierung die Geschwindigkeit, auf globale Herausforderungen zu reagieren, zugenommen hat. An jeder Ecke wartet eine neue Problemstellung auf das Land.

Manche ist schneller verschwunden, als man sie begreifen kann, manche prägt für einige Monate oder Jahre unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben. Darf man sich unter diesen Vorzeichen noch Zeit nehmen, zur Ruhe zu kommen, in einen Gottesdienst zu gehen, Kraft durch Gebet zu empfangen? Hat also das tägliche Leben noch Platz für christliche Inhalte, die über reine Folklore hinausgehen? Und wie wirkt sich die christliche Praxis auf den politischen Alltag aus? Macht es beim Treffen politischer Entscheidungen einen Unterschied, dabei christliche Werte und Haltungen zu berücksichtigen?

Den Anspruch, eine christliche Partei zu sein, erfüllen nicht nur Programme mit dem Verweis auf unsere christlichen Wurzeln, das christliche Menschenbild und die christliche Soziallehre. So wichtig diese Dinge sind, diesen Anspruch können wir nur erheben, wenn eine hinreichend große Zahl von aktiven Parteimitgliedern und Mandatsträgern dem „C“ eine persönliche Bedeutung beimisst und in der Konsequenz das Christliche auch in die Partei und in die Politik insgesamt trägt. Dass die CDU nicht die einzige Partei ist, in der sich Christen engagieren, ist selbstverständlich. Zusammen mit der Schwesterpartei CSU beansprucht sie aber für das Christliche eine besondere Stellung und steht deshalb auch in einer besonderen Verantwortung. So, wie dieser Anspruch für mich selbst verbindlich ist, so will ich diesen auch innerhalb meiner Partei umgesetzt wissen.

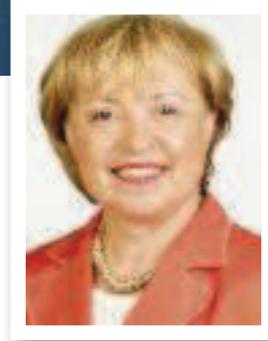
In diesen rastlosen Zeiten ist es für mich von zentraler Bedeutung, mein Tun und Schaffen zu überprüfen, zu hinterfragen, zur Ruhe zu kommen, und nirgends kann ich das besser als im Gottesdienst oder

im persönlichen Gebet. Hier fällt aller Leistungsdruck ab, hier bleibt die Zeit stehen. Auch die christlichen Überlieferungen, wie etwa die benediktinischen Regeln, geben mir Orientierungen bei meinen privaten wie politischen Entscheidungen. Die Bedeutung des Christlichen in meinem täglichen Leben führt mir vor allem auch meine Familie immer wieder vor Augen. Glaube und Tradition, die ich von meinen Eltern empfangen habe, aufzunehmen und an meine Kinder weiterzugeben, ist für mich ein zentraler Bestandteil christlichen Lebens. Ich freue mich, dass sie dies zu verstehen beginnen und hoffe, dass sie es ihrerseits an die kommenden Generationen weitergeben werden. Das ist für mich gelebte Generationenverbundenheit.

Praktisch wird mein christlicher Glaube zuerst in gelebter Nächstenliebe. Deshalb engagiere ich mich in karitativen Projekten und strebe auch im Alltag danach, Hilfe zu leisten, wenn sich jemand an mich wendet. Nächstenliebe wird für mich auch konkret im Einsatz für ein umfassendes Lebensrecht des Menschen. Das christliche Menschenbild ist geprägt von der Würde und der Unverletzlichkeit des Individuums. Deshalb ist es für mich als Christ unabdingbar, mich dafür einzusetzen, Tendenzen entgegen-

zuwirken, die – gleichgültig, ob bei der PID-Debatte, der Sterbehilfe oder der Abtreibungsfrage – das Recht des Menschen auf Leben einschränken oder gegen andere Güter abwägen wollen. Leben ist nicht verhandelbar, Leben kann man nicht aufwiegen. Neben den politischen, auch innerparteilichen Auseinandersetzungen, die diese Fragen mit sich bringen, ist es daher für mich auch selbstverständlich, die Hospizarbeit aktiv zu unterstützen, weil gerade diese Bewegung zeigt, wie würdevoll man mit den Grenzerfahrungen menschlichen Lebens umgehen kann.

Das Wertefundament, das der christliche Glaube in Deutschland und Europa gelegt hat, müssen wir bewahren helfen. Denn kein Baum kann länger sprießen, wenn seine Wurzeln gekappt werden. Ohne Kompass und Halt in dieser hektischen Zeit wird unsere Gesellschaft beliebig und orientierungslos. Der Glaube und die christlich-jüdische Kultur sind schließlich das Fundament unserer insgesamt friedvollen und humanen Gesellschaft.



PROF. DR. M' R' BÖHMER MdB

*Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin
Bundesvorsitzende der Frauen Union*

Das „C“ ist der Markenkern christdemokratischer Politik – diesen Anspruch hören wir oft. Ich halte es für richtig und wichtig, diesen Anspruch stets aufs Neue ins Bewusstsein zu rücken. Als Christdemokraten ist es geradezu unsere Verpflichtung, über das christliche Profil unserer politischen Arbeit nachzudenken und zu diskutieren. Jedoch dürfen wir es nicht bei Sonntagsreden belassen. Vielmehr müssen wir gerade als Politikerinnen und Politiker die Frage von Papst Benedikt ernst nehmen und täglich neu beantworten, die er in seiner Enzyklika „Spe Salvi“ stellt: „Ist christlicher Glaube auch für uns heute Hoffnung, die unser Leben verwandelt und trägt?“ Wir dürfen nicht nur in Profildebatten eine überzeugende Antwort auf diese Frage suchen. Vielmehr muss das „C“ unseren politischen Alltag prägen. Der christliche Glaube ist nicht der Zuckerguss auf der politischen Agenda unserer Partei; er muss in unserem politischen Handeln erkennbar sein.

Welche Auswirkungen sollte der christliche Glaube auf unser alltägliches politisches Handeln haben? Fundament unse-

rer Gesellschaft ist der Freiheitsgedanke. Zu nichts anderem verpflichtet uns die biblische Botschaft. Paulus bringt es auf den Punkt: „Ihr seid zur Freiheit berufen.“ (Gal 5,13). Politik muss daher die Freiheit jedes Menschen ermöglichen. Dies bedeutet aber, dass die Freiheit des Einzelnen nicht grenzenlos sein kann. Sie muss immer auf die Freiheit des Nächsten bezogen sein. Freiheit und Verantwortung – dies sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille christdemokratischer Politik.

Eines steht fest: Die Bibel ist kein Parteiprogramm. Die christliche Botschaft buchstabiert keine konkreten und unmittelbaren Entscheidungsvorlagen. Unser Glaube ist mehr Kompass als Gebrauchsanweisung. Daher kann es nicht anders sein, dass es in einer christdemokratischen Partei unterschiedliche Meinungen und das Ringen um richtige Entscheidungen gibt. Der christliche Kompass unseres politischen Handelns muss den Blick auf die Aspekte Freiheit und Verantwortung lenken. Es gilt überall, die Freiheitskräfte des Einzelnen zur Entfaltung zu bringen und gleichzeitig



den Einzelnen zu schützen, der der Solidarität der Gemeinschaft bedarf. Einerseits plädieren wir Christdemokraten nicht für ein libertäres Gesellschaftsmodell, in dem uneingeschränkte Freiheitskräfte zerstörerisch wirken. Andererseits wollen wir auch nicht den alimentierenden und alles bestimmenden Staat. Christdemokratische Politik nimmt das Individuum in den Blick – sei es, um ihm Freiheit zu ermöglichen, sei es, um solidarisch an seiner Seite zu stehen. Beides zusammenzudenken, ist Markenkern des christlichen Profils unserer Partei.

Dieses Zusammendenken kann nur in der Abwägung erfolgreich sein. Für mich ist dieses Abwägen nichts anderes als die paulinische Unterscheidung der Geister. Sie ist offen für Gottes Wirken in unserer Gegenwart. Sie ist offen für die Bedürfnisse und Nöte unserer Mitmenschen. Sie ist offen für die Erfordernisse des Gemeinwohls. Nur diese Offenheit kann Voraussetzung dafür sein, dass wir die richtigen politischen Entscheidungen treffen. Ist nicht diese Offenheit genau das, was uns Papst Benedikt in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag ins Stammbuch geschrieben hat: „Wie wäre es, wenn uns, den Gesetzgebern von heute, eine Bitte freigestellt wäre? Was würden wir erbitten? Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts

anderes wünschen als ein hörendes Herz – die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden.“

Das christliche Profil unserer Partei zeigt sich nicht nur in politischen Entscheidungen. Es zeigt sich vor allem daran, wie wir zu Entscheidungen kommen. Richten wir bei der politischen Entscheidungsfindung immer wieder den Blick auf das Zusammenspiel von Freiheit und Verantwortung? Lassen wir uns dabei lenken von der Unterscheidungsgabe, die uns Gott geschenkt hat? Dies sind die christlichen Leitplanken, die unsere Politik kennzeichnen sollten. Nicht zuletzt zeigt sich das christliche Profil in der Art und Weise, wie wir in politischen Auseinandersetzungen miteinander umgehen! Das ernst gemeinte Ringen um die richtige Entscheidung, die Offenheit in unserem Denken und das Wissen um die Fehlbarkeit menschlicher Entscheidungen – hierin zeigt sich für mich, wie ernst wir es mit dem „C“ meinen.



VOLKER BOUFFIER MdL

*Ministerpräsident des Landes Hessen
Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands
Landesvorsitzender der CDU Hessen*

Längst sind sie vorbei, die Zeiten, in denen das Christsein eine Selbstverständlichkeit war. Das mag bedauert werden, aber es kann auch ein Gewinn sein. Denn weder gibt es staatlichen Zwang noch sozialen Druck noch gesellschaftliche Vorteile, um derentwillen jemand heute Christ sein müsste. Wer sich zum Christentum bekennt, dürfte es ernst meinen. Bekennt sich heute ein Politiker dazu, dann gilt Ähnliches. Spricht er beim Amtseid die religiöse Beteuerungsformel mit, muss dies nicht mehr aus bloßer Konvention erfolgen, sondern kann eine ernstgemeinte Selbstverpflichtung unterstreichen. Zumal in einer pluralen Gesellschaft das Bekenntnis zum christlichen Gott kaum noch als Mehrheitsbeschaffer taugt.

In einem zunehmend entchristlichten Land scheint der säkulare Habitus manchem zeitgemäßer und bequemer zu sein. Für mich aber sind die Verortung im christlichen Glauben und insbesondere das in ihm gründende christliche Menschenbild grundlegend. Es verweist darauf, dass jeder Mensch ausnahmslos dem Willen und Bilde Gottes entspricht.

Sein Lebensrecht und seine Würde muss sich niemand erst verdienen, sie sind mit dem Dasein gegeben. Die christlichen Schriften und die Tradition derer, die im Glauben vorangegangen sind, beeinflussen unser Leben bis heute. So haben biblische Gebote in zahlreichen gesellschaftlichen und rechtlichen Regelungen deutliche Spuren hinterlassen. Das Ideal der christlichen Barmherzigkeit hat sich zur Sozialpolitik institutionalisiert. Die Aufforderung zur Bewahrung der Schöpfung verweist auf den göttlichen Ursprung der Welt und verlangt einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Und unser Einsatz für Frieden in der Welt ist auch auf das jesuanische Friedensgebot zurückzuführen. Bei meiner täglichen Arbeit stehe ich in der Tradition dieser Entwicklungen. Die Bibel ersetzt dabei sicher nicht das Parteiprogramm, aber die kulturellen und spirituellen Quellen des Glaubens geben mir Orientierung.

Da die christlichen Werte auch in der Natur des Menschen selbst wurzeln und eigentlich jedem über die Vernunft zugänglich sein können, sind sie universell.

Das hilft mir, mit meiner christlichen Grundhaltung auch im Dialog mit jenen zu sein, die anderen Glaubens sind oder gar keine religiöse Bindung haben. Der eigene Glaube sollte deshalb nicht abgrenzend sein oder in Traditionen erstarren, sondern immer um Anschlussfähigkeit ringen. Jedoch darf er dabei nicht zur bloßen Leerformel verkommen. Im Zentrum steht die Überzeugung, dass Jesus Gott ein Gesicht gegeben hat und den Tod überwand. Dies erst weitet das Verständnis von Freiheit, das über die Gegenwart hinausweist und zugleich vor utopischen Gesellschaftsmodellen bewahrt, mit denen sich der Mensch überschätzt.

Das christliche Menschenbild darf auch nicht auf ein beliebiges Gutmenschentum reduziert werden. Die Abwägung von Gemeinwohl- und Einzelinteressen erfordert in meinem politischen Alltag die christlichen Tugenden der Klugheit, des rechten Maßes und vor allem des Mutes. Wer politische Verantwortung trägt, muss bereit sein, Entscheidungen über die Tagespolitik hinaus zu treffen und standfest zu bleiben, selbst wenn Umfragen und Popularität dem entgegenstehen. Dabei erfordert nicht jede Entscheidung eine intensive Gewissensforschung. Aber auf diesen inneren Kompass zurückgreifen zu können, hilft,

dem christlichen Anspruch eines Lebens in Wahrhaftigkeit zu entsprechen. Ein christlicher Politiker könnte dabei auch heute noch in die einzige Bitte des biblischen Königs Salomo an Gott einstimmen: „Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er dein Volk zu regieren und das Gute vom Bösen zu unterscheiden versteht.“ (1. Könige 3,9).

Um die eigenen Überzeugungen standfest zu vertreten, braucht es aber nicht nur die innere Stimme des Gewissens und einen klaren moralischen Standpunkt, sondern Menschen, denen vertraut werden kann. Insbesondere die Familie gibt mir Halt und Stärke. Zugleich ist sie für mich ein ehrliches und kritisches Korrektiv, denn dort bin ich nicht Amtsträger, sondern Ehemann und Vater. Sie ist die Urform von Gemeinschaft und darüber hinaus auch erster Ort der Erfahrung und Weitergabe des Glaubens. In ihr wird erfahrbar, was grundsätzlich für das Leben in und außerhalb der Politik gilt: „So ist weder der etwas, der pflanzt, noch der, der begießt, sondern Gott allein, der wachsen lässt.“ (1 Kor 3,7).



ELMAR BROK MdEP

Vorsitzender des Bundesausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik der CDU Deutschlands

Das „C“ bedeutet Menschenwürde und verantwortete Freiheit

Das „C“ hat für mein politisches Handeln eine mehrfache Bedeutung. Erstens mahnt es mich, meine Grenzen, auch die des staatlichen Handelns insgesamt zu beachten. Da ich als Christ um die Unvollkommenheit von uns Menschen weiß, ist es mir klar, dass kein Mensch die volle Wahrheit letztlich kennt. Dies heißt, bei allem Einsatz für die eigene Position, die Möglichkeit des Irrtums zu beachten und deshalb auch den politischen Gegner zu achten. Toleranz in diesem Sinne ist Bedingung für Demokratie und Rechtsstaat.

Wir müssen auch sehen, dass Politik nur dann Einfluss hat, wenn sie Mehrheiten hinter sich versammelt. Zur Erlangung einer solchen Mehrheit muss eine christlich-demokratische Volkspartei ihre Werte vom christlichen Menschenbild für die moderne Welt übersetzen, so z. B. das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung für die Gemeinschaft, d. h. von Markt und Solidarität in der Wirtschaft, die grenzenlose Freiheit des Internets

und die Achtung der Würde des Menschen, die Bedeutung der Familie und die Vereinsamung des Menschen oder das Verhältnis der Bewahrung von Gottes Schöpfung und sicheren, ausreichend bezahlten Arbeitsplätzen. Es ist Aufgabe der Volksparteien, Breite und Vielfalt der Themen mit einem „Markenkern“ und weltanschaulichen Grundlagen zu verbinden! Kurzfristiger Pragmatismus ersetzt nicht langfristige Konzepte, geistige Werte und Wurzeln.

Bei all dem müssen aber die genannten Begrenzungen der Möglichkeiten von Politik bewusst sein in der Bewertung dessen, was Politik leisten kann und welche Ansprüche man an Politik stellen kann.

Zweitens ist das „C“ nicht Grundlage klerikaler Haltung, sprich: Der demokratische Staat ist nicht Erfüllungsgehilfe von Kirchen. Politik kann nicht an die Stelle der Kirche treten und diese in der Diskussion in der Gesellschaft vertreten. Die Gläubigen dürfen nicht vom Staat verlangen, dass er ihr öffentliches Bekenntnis für christliche Ziele ersetzt.

Hingegen ist es sehr wohl Aufgabe des Staates, Religionsfreiheit zu garantieren, denn niemand darf daran gehindert werden, nach seinen religiösen Überzeugungen zu leben, wenn er damit nicht gegen die Rechte anderer verstößt. Toleranz und Pluralismus sind hier die entscheidenden Stichwörter – die Anerkennung anderer Konfessionen und Gesellschaftssysteme. Dabei muss klar sein, dass dies nicht zur Beliebigkeit führen darf. Nur mit einer klar bekannten christlichen Haltung kann ich glaubwürdig tolerant sein.

Drittens ist das christliche Menschenbild („Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – Art. 1 des Grundgesetz und Art. 1 der Charta der EU-Grundrechte) für mich Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns. Dies bedeutet zuerst die Freiheit des Einzelnen, sich entfalten, seinen Lebensweg bestimmen zu können. Freiheit heißt auch, für sich und die Seinen zu sorgen und sich nicht in die Hängematte einer falsch verstandenen Solidarität zu legen. Freiheit heißt weiterhin, Verantwortung für die Schwachen und das Ganze zu übernehmen, meinen Egoismus zu begrenzen und Gerechtigkeit – auch sozial – möglich zu machen. Die katholische Soziallehre, die von der Individual- und der Sozialnatur des Menschen ausgeht, ist mir dabei An-

leitung. Papst Johannes Paul II. sagte einst: „Freiheit besteht nicht darin, dass man tun kann, was man will. Sie gibt einem nur das Recht zu tun, was man tun sollte.“ In diesem Spannungsverhältnis zwischen Freiheit des Einzelnen und Verantwortung für die Anderen müssen wir uns stets und in jedem Einzelfall bemühen, den Weg zum Gemeinwohl zu finden. Die Schwestern „Subsidiarität“ und „Solidarität“ sind dazu die Instrumente.

Geschlossene Weltbilder haben stets sofort Antworten, die dann aber immer falsch und unmenschlich sind. Vor lauter Gerede um die Menschlichkeit vergessen sie den Menschen! Karl Popper hat recht: „Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, erzeugt stets die Hölle.“ Europäische Einigung bedeutet letztlich, diese Werte auch zwischen den Völkern in einem Europa, das christlich bleiben will, zu leben.



LORENZ C. FFRIER MdL

*Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern*

Christliche Werte als Kompass

Aufgewachsen bin ich zu DDR-Zeiten in einem evangelischen Pfarrhaus. Das hat mich geprägt – in meinen politischen Überzeugungen, in den Werten, die mir wichtig sind. Grundwerte und Grundhaltungen hängen zusammen.

Diese Werte, getragen vom christlichen Menschenbild, sind mir ein wichtiger Kompass in der Politik. Zwar macht bei uns in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Christen nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung aus. Aber taugt deshalb der Kompass nicht?

Ohne Frage ist die Trennung von Kirche und Staat ein wichtiger Aspekt unseres Gemeinwesens. Sie bedeutet jedoch gerade nicht, dass politische Entscheidungen keine christlich fundierten Motive der Entscheidungsträger vertragen. Allein der Blick auf die jüngere deutsche Geschichte zeigt, wie wichtig die Richtungsanzeigen des christlich genordeten Kompasses waren. Ob es in der dunklen Zeit des NS-Regimes die Predigten des Münsteraner Bischofs Graf von Galen

oder das Zeugnis Dietrich Bonhoeffers waren oder in der Diktatur der DDR der Einsatz der Kirchen für Gerechtigkeit und Freiheit und die politische Wende. Die historischen Beispiele unterstreichen die Bedeutung eines Wertekompasses, auch und gerade in Zeiten des Unrechts.

Man muss kein Christ sein, um christlichem Menschenbild und christlicher Sozialethik als politischer Orientierungshilfe etwas abgewinnen zu können. Papst Benedikt XVI. hat das in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag eindringlich unterstrichen. Die unantastbare Würde des Menschen vom Beginn des Lebens bis zum Ende, Freiheit in Verantwortung, Stärkung von Ehe, Familie und Kindeswohl, Wahrung des Rechts und der Gerechtigkeit, gerade bei den Chancen – das sind Grundkoordinaten, die auch Nichtchristen teilen. Persönlichkeit, Subsidiarität, Solidarität, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl lassen sich mit gutem Willen von vielen als tragende Prinzipien einer Gesellschaft erkennen.

In unseren Entscheidungen schwingt das mit – so hoffe ich. Denn das Ringen

um die richtigen Schritte kann uns nicht abgenommen werden. Nicht nur bei den großen moralischen Fragen wie Sterbehilfe oder der gesetzlichen Regelung für Schwangerschaftsabbrüche. Auch in der Tagespolitik: Stärken wir Eltern in ihrem Erziehungsauftrag durch ein kostenloses Mittagessen in den Kitas oder nehmen wir ihnen zuviel Verantwortung ab? Wie groß müssen Kommunen sein, welche Aufgaben sollen sie auf ihrer Ebene erledigen? Wo erdrückt man das Ehrenamt? Was müssen wir freien Trägern zutrauen? Welche Eingriffe in die Tarifautonomie und die Vertragsfreiheit sind zulässig, um zu besseren Löhnen zu kommen? Wie frei dürfen Spielhallen arbeiten?

Es gibt keine einfachen Wege in der Politik – auch nicht mit dem richtigen Kompass. Aber ohne Kompass findet sich auch keine Richtung. Die Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland haben die historischen Lehren aus den Irrwegen totalitärer Regime gezogen – auch auf der Basis christlicher Sozialethik. Ihre Prinzipien haben eine Grundlage für das Zusammenleben in unserer Bundesrepublik geschaffen und geben die richtige Richtung an. Sie schützen uns vor den Übertreibungen der reinen Marktgläubigkeit auf der einen und den dirigistischen Weltverbesserern auf der anderen Seite.

Ich bin froh, dass es diesen Kompass gibt. Er bewahrt nicht vor Irrtümern und schwierigem Gelände. Aber er gibt Richtung und Orientierung. Dafür bin ich dankbar.



INGRID FISCHBEIN CH MdB

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

In Zeiten einer pluralen und immer anonymer werdenden Gesellschaft nimmt das „C“ für mich einen besonderen Stellenwert ein. Als überzeugte und gläubige Katholikin bestimmt das „C“ mein tägliches Handeln – politisch wie auch privat.

Dreh- und Angelpunkt meines Handelns ist für mich mein Glaube, der sich im christlichen Menschenbild und der christlichen Soziallehre konkretisiert. Im Glauben finde ich Halt; er ist für mich Maßstab, Richtschnur und Orientierung in privaten und politischen Entscheidungsprozessen – auch und gerade bei ethisch schwierigen politischen Themen.

Als Christin glaube ich an einen Gott, einen Gott der Nähe, der die Nöte der Menschen ernst und sich ihrer annimmt. Dies empfinde ich als Auftrag und Motivation, mich für eine gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft einzusetzen. Bewusst tue ich dies in der CDU, einer christlichen Partei, die sich in der Grundsatzprogrammatik auf die christliche Soziallehre bezieht, die die Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität verinnerlicht hat und das „C“ mit konkreten Positionen ausfüllt.

In meiner politischen Arbeit begleiten mich die ermutigenden Erfahrungen, gemeinsam mit Christinnen und Christen Erfolge um ein menschenwürdiges Zusammenleben in Deutschland erreicht zu haben. Für mich ist es wohltuend, in vielen Christinnen und Christen unserer Zeit überzeugende Vorbilder zu erleben, die sich immer wieder aufs Neue gegen eine verständliche Gleichgültigkeit hinsichtlich beunruhigender Entwicklungen in unserer Gesellschaft entscheiden und im Kleinen und Großen gegen Missstände angehen.

In den unterschiedlichsten Politikfeldern spielt das „C“ für mich eine Rolle. So ist es mir in bioethischen Fragestellungen wichtig, die uneingeschränkte Menschenwürde zu gewährleisten, die unmittelbar aus dem Menschen als Abbild Gottes resultiert. Die Familienpolitik, die Belange der Familien und Kinder, sind mir ein großes Anliegen: Ich möchte meine Stimme für sie erheben, verbesserte Rahmenbedingungen schaffen und ihnen die Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Und nicht zuletzt sehe ich in der Schöpfung des Menschen als Mann und Frau – beide gleichermaßen aufgerufen zur Weltgestaltung – meine Motivati-

on für eine Gleichstellungspolitik, die für Frauen und Männer gerechte Chancen schafft.

In all diesen Politikbereichen liefert der christliche Glaube zwar nicht direkt und auf Knopfdruck konkrete Antworten auf die schwierigen und komplexen Fragestellungen. Doch stellt er grundlegende und wegweisende Parameter zur Verfügung. So bin ich überzeugt, dass der christliche Glaube uns vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, einer immer globaleren, zunehmend ineinander verwobenen Welt und der aktuellen Finanzkrise wertvoller Kompass sein kann, der uns zu nachhaltigen und gerechten Entscheidungen befähigt. Diese sind Voraussetzungen für eine verantwortungsbewusste und umsichtige Politik, die sich an den Menschen in seiner ganzen Würde richtet.



DR. MICHEL FUCHS MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Für mich als Katholik war es eine besondere Freude, mit Papst Benedikt XVI. Ende September in Berlin zusammenzutreffen. In seiner Rede wandte sich seine Heiligkeit mit philosophischen und zugleich mahnenden Worten an uns Parlamentarier, weiter für das Wohl der Menschen einzutreten. Eindrucksvoll unterstrich Papst Benedikt XVI. in seiner Rede, dass der Erfolg dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht und dem Verstreben für das Recht unterzuordnen ist.

Das Streben nach Gerechtigkeit, ungeachtet von Herkunft, Religion oder Geschlecht, ist es, was mich in meiner politischen Arbeit Tag für Tag antreibt. Gerechtigkeit ist Grundlage unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates. Nie wieder darf der Staat zum Instrument der Rechtszerstörung werden.

Werte wie Freiheit, Gleichheit und Mitbestimmung bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Mein geistiges Fundament bildet das christliche Menschenbild, dem ich mich in meinem täglichen Tun als Abgeordneter in besonderer Weise verpflichtet fühle. Konkret heißt das für mich, dass

jeder Mensch als Ebenbild Gottes angesehen werden sollte. Die Würde, Verschiedenartigkeit, Gleichwertigkeit und Unvollkommenheit eines jeden Menschen sind dabei unveräußerliche Eigenschaften.

Als Christ frage ich mich immer wieder, welche Hinweise daraus für die aktuelle Politik erwachsen. In der Außenpolitik beispielsweise gibt uns das christliche Menschenbild auf, uns für die Wahrung der Menschenrechte einzusetzen. Christen tragen an vielen Orten der Welt ein schweres Schicksal. Religionsfreiheit ist für mich eines der wichtigsten Menschenrechte, denn Fragen des Glaubens und der Weltanschauung berühren den Kernbereich der Persönlichkeit jedes Menschen. Diese unbestreitbaren Grundrechte sollten Wegweiser menschlichen Denkens und Handelns sein.

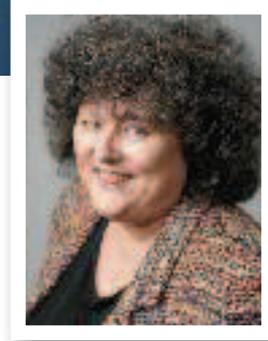
„Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren, ist und bleibt die grundlegende Aufgabe als Politiker.“ So hat es jüngst Papst Benedikt XVI. in seiner Rede im Deutschen Bundestag unterstrichen. Politik muss sich für die Menschen einsetzen und diese dort unterstüt-

zen, wo sie Hilfe benötigen. Diesem Verständnis nach bedeutet Sozialpolitik aber eben nicht das Ausschütten eines Füllhorns staatlicher Wohltaten zum Nulltarif. Vielmehr ist jeder Einzelne für die Erwirtschaftung seines Lebensunterhalts zunächst selbst- bzw. erst-verantwortlich. Erst wenn dieser nicht zur Erwirtschaftung des notwendigen Einkommens in der Lage ist, kommt die Solidarität der Gemeinschaft zum Tragen. Ich ziehe daher vor all jenen meinen Hut, die sich ehrenamtlich für andere Menschen engagieren, sei es im Kindergarten oder im Altenheim. Ehrenamt ist gelebte, christliche Solidarität, die Bereitschaft zur Verantwortung für seine Mitmenschen.

Als Politiker trage ich besondere Verantwortung für Nachhaltigkeit und künftige Generationen. Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht einfach den kommenden Generationen aufbürden. Dagegen verstößt, wer eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Pump macht und künftigen Generationen steigende Staatsschulden hinterlässt. Das Gleiche gilt, wenn Investitionen für die wirtschaftliche Zukunft vernachlässigt werden und stattdessen kurzfristiger Konsum in den Vordergrund rückt.

Unsere Zeit ist durch eine technisierte, schnelllebige und sich stetig wandelnde

Gesellschaft geprägt. Gerade deshalb sind beständige Werte und Maßstäbe wichtiger denn je. Das christliche „C“ ist mein Kompass, welcher mir sowohl bei privaten als auch politischen Entscheidungen den Weg weist.



DR. REGIN GÖRNER

Was das christliche Menschenbild für mich bedeutet

Ich komme aus der christlich-sozialen Bewegung. Daher gehört das christliche Menschenbild zu den Grundkonstanten meiner politischen Sozialisation. Eine Sichtweise auf den Menschen, der als Person zugleich Individuum und Sozialwesen ist, für den Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gleichermaßen gegeben sein müssen, die Sicht auf eine Gesellschaft, die vom Individuum und den kleinen Einheiten her gedacht ist, das alles erschien mir immer schon zutiefst plausibel. Dieses Konzept lässt sich theologisch aus der Offenbarung ableiten, aber es erschließt sich auch dem gesunden Menschenverstand. Man muss kein Christ sein, um diese Prinzipien nachvollziehen zu können. Insofern ist es zutiefst politik- und konsenstauglich und keineswegs nur ein Konzept für Gläubige.

Liberalismus und Sozialismus waren für mich dazu nie echte Alternativen, weil sie mir als verkürzt und einseitig gegenüber der menschlichen Wirklichkeit erschienen sind. Dass das christliche Men-

schensbild entschieden einen mittleren Weg geht, dass es Freiheit nie ohne Verantwortung und Solidarität nie als Gleichmacherei sieht, hat mich sehr angesprochen.

Ich habe aus meinem Glauben immer den Auftrag entnommen, schon hier im Diesseits daran mitzuwirken, dass das Reich Gottes kommen kann. Das war für mich Antrieb zum politischen Engagement und hat mich auch über Enttäuschungen und Misserfolge hinweg bei der Sache gehalten. In der Union Menschen zu finden, die aus der gleichen Grundhaltung heraus Politik machen wollen, hat vieles erleichtert, auch wenn in einer Partei, die sich am christlichen Menschenbild orientiert, Konflikte und Interessengegensätze, Auseinandersetzungen und Machtkämpfe ebenso an der Tagesordnung sind wie anderswo.

Dass der Mensch seinen Wert in sich hat und nicht erst durch Leistung erzeugt, dass seine Würde nie für irgendwelche Zwecke zur Verfügung stehen darf, dass seine Arbeit Ausfluss seiner Person ist und keine Ware: Solche Grunderkennt-

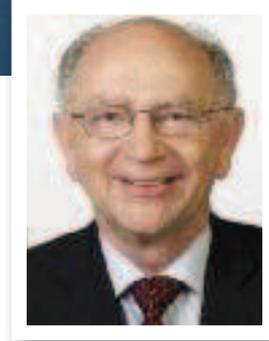
nisse aus der christlichen Soziallehre sind Motivation für mein politisches und gewerkschaftliches Handeln, zugleich aber auch die Richtschnur, von der aus ich mich politisch entscheide.

Als ich begann, mich politisch zu engagieren, hatte die CDA ein Plakat, auf dem stand: „Der Mensch ist wichtiger als die Sache. Seine Arbeit hat Vorrang vor allen anderen Werten.“ Ich habe dies nie als etwas verstanden, das gegeben ist oder irgendwie vom Himmel fällt, sondern als Auftrag, mich dafür einzusetzen, dass es im Alltag für Menschen Geltung bekommt. Deshalb kämpfe ich für Mitbestimmung und gerechte Löhne, für das Recht auf Bildung und Ausbildung, für ein Steuersystem, das den Starken mehr abverlangt als den Schwachen. Deshalb trete ich für eine Soziale Marktwirtschaft ein, die Freiheit und Wettbewerb in einem stabilen Ordnungsrahmen gewährleistet, soziale Verantwortung garantiert und niemanden ins Bergfreie fallen lässt. Deshalb fordere ich seit langem die Regulierung der internationalen Finanzmärkte und stabile Sicherungssysteme, die Menschen und ihren Familien Entfaltungsmöglichkeiten und Perspektiven geben. Deshalb widerspreche ich, wenn Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sich breit machen. Deshalb streite ich gegen Diskriminierung und gesellschaftliche Aus-

grenzung. Deshalb suche ich nach sachgerechten und umsetzbaren Lösungen, die Menschen nicht überfordern, sondern ihnen Beteiligung und Gestaltungsspielräume ermöglichen. Deshalb setze ich mich für einen verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein und gegen Unterdrückung und Gewalt. Deshalb bin ich Gewerkschafterin und Parteimitglied.

Und deshalb weiß ich mich immer in Verantwortung genommen, fühle mich aber mit dieser Verantwortung auch nicht alleingelassen. Auch das gehört ja zum christlichen Menschenbild: Das Wissen darum, dass Irrtum, Scheitern und Versagen immer möglich sind, aber dass auch damit kein endgültiges Urteil gesprochen ist, dass man immer noch einmal neu anfangen und sich korrigieren kann.

Ich finde jedenfalls, das christliche Menschenbild ist eine gute Basis für politisches Handeln. Es nimmt einem das Denken nicht ab, aber es erleichtert Tag für Tag die Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt. Man muss es nicht wie eine Monstranz vor sich hertragen. Aber im Entscheiden und Handeln darf es schon sichtbar werden.



PETER GÖTZ MdB

Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)

Das „C“ in unserem Parteinamen ist aktueller denn je. Patentrezepte für Problemlösungen gibt es nicht. Aber es gibt Prinzipien – Brücken zu bauen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Aufgewachsen in einem christlich geprägten Elternhaus, war es für mich stets selbstverständlich, mich an christlichen Wertvorstellungen zu orientieren und sie bewusst zu leben. Dies ist auch die Basis für meine politische Arbeit und Grundlage für die Gestaltung von Zukunftsaufgaben.

Glaubwürdigkeit und Authentizität, aber auch das Bewusstsein um die eigenen Fehler, sind Ansprüche, die sich nicht widersprechen. Nicht selten birgt der Alltag die Gefahr der Selbstverständlichkeit und der Routine. Dann gibt es Momente und Ereignisse im Leben eines jeden Menschen, die unbequem oder gar schmerzlich sein können. Sie zeigen uns die persönlichen Grenzen auf; sie zwingen dazu, inne zu halten. Diese Momente bieten die Chance, den Blick für das Wesentliche zu schärfen. Das Wissen, in eine verständnisvolle intakte Gemein-

schaft eingebettet zu sein, gibt Kraft und Zuversicht für das tägliche Leben und für die Herausforderungen im politischen Alltag.

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ – so steht es in unserer Verfassung. Das ist ein klares und fundamentales Bekenntnis. Für mich bedeutet das, dass wir bei allen Entscheidungen überlegen müssen, wie wir dem Menschen in seiner Freiheit und Würde gerecht werden. Dies gilt national – aber auch auf internationaler Ebene. Der politische Alltag macht uns das nicht immer einfach. Manchmal kommt es einem Spagat gleich, diesen selbst gewählten Anspruch in konkretes Reden und Entscheiden umzusetzen. Das politische Geschehen fordert oft von uns rasches und entschlossenes Handeln. Dabei müssen wir stets im Auge haben, welche große Verantwortung wir bei allen unseren Entscheidungen im sozialen, ökonomischen oder ökologischen Bereich vor allem für kommende Generationen tragen. In einer zunehmend globalen und vernetzten Welt sind wir auf Kooperation und Austausch mit unseren Nachbarn

angewiesen. Gleichzeitig steht es uns gut zu Gesicht, wenn wir bei all unserem täglichen Tun die Wahrung der Schöpfung einfordern. Für mich ist wichtig, dass unsere Werteordnung der Maßstab für unser politisches Handeln ist. Denn sie gibt unserer Politik eine innere Schlüsseligkeit, eine unsichtbare Richtschnur und den Menschen Orientierung.

Es ist unsere Aufgabe, Lösungen für Probleme zu finden, von denen Millionen Menschen betroffen sind. Ohne Orientierung am Machbaren werden wir entweder gar nichts, im schlimmsten Fall das Gegenteil des Gewünschten erreichen. Fortschritte in allen Bereichen, in Wissenschaft und Technik sind unabdingbar und notwendig.

Aber der „Machbarkeitskult“ hat für mich dort seine Grenzen, wo es um elementare Grundsätze geht. In Fragen von Abtreibung, PID, im Umgang mit behinderten, kranken, alten Menschen oder bei der Sterbehilfe beispielsweise gibt es keine Option. Die Kernaussage in diesen sensiblen Bereichen muss sein, dass das Leben und die Würde des Menschen an oberster Stelle stehen und zu schützen sind.

In unserem christlichen Verständnis ist dem Menschen der freie Wille mitgege-

ben. Er kann entscheiden, in welche Richtung sein Leben verläuft. Es ist kein Gegensatz zu unserem „C“, wenn wir dem Einzelnen Eigenverantwortung und auch Mitverantwortung abverlangen.

Ein unvergessliches Erlebnis im politischen Alltag war für mich die Ansprache von Papst Benedikt XVI. im Plenum des Deutschen Bundestages. Papst Benedikt erinnerte daran, dass in den Grundfragen des Rechts, in denen es um die Würde des Menschen und der Menschheit geht, das Mehrheitsprinzip nicht ausreicht. Vielmehr müsse sich jeder Verantwortliche bei der Rechtsbildung die Kriterien seiner Orientierung suchen. „Die Politik muss das Mühen um Gerechtigkeit sein und so die Grundvoraussetzung für Freiheit schaffen“. Diese Aussage und auch Mahnung des Papstes beschreibt den Weg.



DR. REINER H' SELOFF MdL

Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Das „C“ im Parteinamen der Christlich Demokratischen Union ist die stete Erinnerung daran, dass es für den Menschen eine Verantwortung gibt, die nicht nur vor der nächsten Umfrage oder überhaupt in einer Mehrheitsentscheidung Bestand haben muss. Es bleibt eine wichtige Tatsache, dass man beispielsweise über die Wahrheit nicht abstimmen kann. Zwar gibt es in diesem Sinne keine christliche Politik, aber es gibt immer Menschen, die sich aus christlicher Verantwortung in die Politik begeben und versuchen, sie im Sinne des christlichen Menschenbildes zu gestalten.

Auch haben die Urheber unseres Grundgesetzes diejenigen Teile, die von den verbürgten Rechten der Menschen handeln, der nochmaligen Disposition des Gesetzgebers entzogen und damit verdeutlicht, dass unser gemeinsamer Staat auf Fundamenten ruht, über die er keine Herrschaft ausübt. Die Meinungs- und Gewissensfreiheit gehört zu diesen Fundamenten. Es ist darum auch zwingend, dass sich politisches Handeln nicht im Erforschen von Meinungen begründen darf, sondern allein im Ringen um eine Überzeugung davon, was für das Gemeinwesen richtig und gut

ist. Hat man seine Überzeugung hiervon gefunden, so soll man um die Zustimmung von Menschen werben, soll mitwirken an der Meinungsbildung im Volk. Die Meinungsbildung ist in der Demokratie viel wichtiger als die Meinungsforschung.

Nach meiner Überzeugung lassen sich ohne das christliche Verständnis vom Menschen weder seine Würde noch seine Freiheit und schon gar nicht seine Rechte begründen und inhaltlich verbindlich fassen. Sie lassen sich dann schon gar nicht mehr verteidigen. Darum ist es für unser Gemeinwesen geradezu konstitutiv, hiervon auch ein öffentliches Bewusstsein zu bewahren. Die Verantwortung dafür liegt keineswegs allein bei den Kirchen, sondern bei jedem Menschen, der Christ ist und als solcher für das Gemeinwohl wirkt.

Ganz abgesehen aber von diesen grundlegenden Zusammenhängen schenkt mir mein christliches Selbstverständnis die Beruhigung, dass uns Menschen nicht alles aufgeladen ist. Es ermöglicht mir einen Umgang mit Menschen, zu dem auch Fehler und Irrtümer gehören und die Kraft, jedem immer wieder Neuanfänge zu ermög-

lichen. Es begründet in mir einen keineswegs nur formalen Respekt vor Andersdenkenden und auch vor dem politischen Gegner. Es ist ein großer Vorteil der Demokratie, dass aus politischen Gegnern nach Wahlen immer wieder auch sehr schnell Partner werden können, die zum Wohle des Landes zusammenarbeiten müssen, dies aber auch wollen. Das christliche Bild vom Menschen lässt eben aus Gegnern nicht so schnell Feinde werden.

Von großer Bedeutung aber ist der besondere Rang der Gemeinschaft im Christentum. Das hat seinen entscheidenden Grund natürlich darin, dass das Christentum selbst seinem Wesen nach Gemeinschaft ist und es daher auch vielen Menschen in unserer säkularisierten Zeit ein Beispiel für gelungene Gemeinschaft geben kann. Das ist immer dort der Fall, wo alle Menschen Möglichkeiten zur Mitwirkung und zur Teilnahme bekommen. Der Begriff der Teilnahme ist besonders gut geeignet, um zu verdeutlichen, wie ein Gemeinwesen funktionieren kann. Es liegt eine ganz wichtige Aufgabe der Menschen, die sich politisch verantwortlich fühlen, darin, immer wieder um Beteiligung zu werben, Dialoge zu eröffnen und Konsens zu stiften. Dort, wo die Menschen diese Mitwirkung nicht mehr ausüben, ist unser demokratisch verfasstes Gemeinwesen in Gefahr. Abhilfe schafft aber selten der öf-

fentliche Appell, sondern nur die Überzeugungskraft des eigenen Beispiels.

Es war ohne Zweifel die wichtigste Frucht des Umbruchs der Jahre 1989/90, dass wir wieder selbst Verantwortung für unser Staatswesen übernehmen durften. Wir müssen dieser Verantwortung nur gerecht werden.



FRANZ-JOSEF HOLZENKÄMPER MP MdB

Landesvorsitzender der CDU Oldenburg

Der Kreuzkampf als Vorbild

Ein Politiker, der heutzutage für sich in Anspruch nimmt, christliche Politik zu betreiben, muss sich die Frage gefallen lassen, was denn nun an seiner Politik konkret christlich sei.

Je stärker der Säkularisierungsprozess einer Gesellschaft wie der unsrigen fortschreitet und je mehr Menschen sich nicht mehr dem christlichen Glauben bzw. den christlichen Kirchen zugehörig fühlen, desto stärker stellt sich die Frage nach der Verankerung ihrer Politik im christlichen Glauben. Der kanadische Philosoph Charles Taylor hat diese Herausforderung in seinem aktuellen Werk „Das säkulare Zeitalter“ folgendermaßen umschrieben: „In unserer säkularen Gesellschaft kann man sich uneingeschränkt politisch betätigen, ohne je Gott zu begegnen, also ohne an einen Punkt zu gelangen, an dem sich die ausschlaggebende Bedeutung des Gottes Abrahams für dieses ganze Unterfangen eindringlich und unverkennbar bemerkbar macht.“

Und gerade deshalb liegt die Messlatte hoch für einen Politiker, der sich auf den

christlichen Glauben beruft. Sollten wir uns also auf die Bibel als handlungsweisendes „Grundsatzprogramm“ für unsere praktische politische Arbeit berufen? Ja und nein. Wer in der Bibel konkrete Handlungsanweisungen für den aktuellen Politikbetrieb sucht, wird sie nicht finden. Hierzu eignet sich die Bibel nicht. Als Grundlage unseres Glaubens bietet sie vielmehr ethische Maximen, die als Richtschnur unseres Handelns dienen sollten.

Ein historisches Ereignis aus meiner Heimat, dem Oldenburger Münsterland, steht für mich sinnbildlich dafür, wie der Glaube Politik bewegen kann – selbst unchristliche Politik: 1932 übernahmen die Nationalsozialisten auch die Macht im Land Oldenburg. Im Zuge dessen versuchten sie, den christlichen Bekenntnisschulen eine nationalsozialistische Prägung aufzuzwingen. Deutliches Zeichen dieser Politik war der sogenannte Kreuzerlass, also das Verbot, christliche Symbole in den Schulen aufzuhängen. In der Folge kam es zu erheblichen Protesten der Kirchen und der Bevölkerung, die in einer Kundgebung mit 7 000 Menschen

in der Cloppenburger Münsterlandhalle gipfelten. Die Nationalsozialisten sahen sich gezwungen, das Kreuzverbot aufzuheben. Dieser christliche Protest meiner Heimat hat als Kreuzkampf Einzug in die Geschichtsbücher gehalten. Für die Haltung der damals Protestierenden, die sich ihren Glauben nicht von einem diktatorischen Staat reglementieren lassen wollten, sich für Ihre christliche Überzeugung sogar der Gefahr für Leib und Leben aussetzten, hatte ich schon als junger Mensch hohen Respekt.

Doch wie steht es in der aktuellen politischen Arbeit mit dem christlichen Glauben? Lassen Sie mich als Beispiel die Familie nehmen: Als Keimzelle unserer Gesellschaft bedarf die Familie eines besonderen Schutzes und gezielter Förderung. Familie oder Staat – vor diese Wahl gestellt, entscheide ich mich als christlicher Politiker immer für die Familie; ganz im Sinne von „So viel Staat wie nötig, aber so viel Familie wie möglich“. Denn der Staat kann gut sein, die intakte Familie ist besser. Insbesondere bei der Erziehung und Förderung von Kindern. Natürlich ist es gut, wenn der Staat Familien beispielsweise mit Kinderkrippen und Kindergärten unterstützt, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Doch die Erziehung ist ureigenste Angelegenheit der Familien. Deswegen

ist es für mich unakzeptabel, wenn sich der Staat hierin zu tief einmischen will.

Mir persönlich gibt der christliche Glaube mit seiner ethischen Ausrichtung das Fundament für meine alltägliche politische Entscheidungsfindung. Liebe zu Gott und den Nächsten – Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl sind dabei Richtschnur für mein politisches Handeln.



HUBERT HÜPPE

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

Das christliche Menschenbild war von Anfang an Motivation, Leitlinie und Richtschnur meines politischen und sozialen Engagements. Es bestimmt meine Entscheidungen in den unterschiedlichen politischen Fragen. Das gilt auch und insbesondere für die Politik für Menschen mit Behinderung, in der ich derzeit als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen tätig bin. Der Grundsatz, dass jeder Mensch Würde hat, allein weil er Mensch ist, ergibt sich nicht nur aus dem Grundgesetz. Er kann direkt daraus abgeleitet werden, dass der Mensch Ebenbild Gottes ist. Daraus leitet sich auch das Recht auf Teilhabe ab. Aktuell spiegelt dies etwa die UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Leitgedanken der sogenannten „Inklusion“ wieder. Keinen Menschen auszuschließen, sondern Teilhabe zu ermöglichen, diesen Leitgedanken findet man aber bereits in den Evangelien. Bezeichnend ist, dass der erste Mensch, dem Jesus die Sünden vergab, ein Mensch mit Behinderung war. Wobei für mich nicht im Mittelpunkt steht, dass der „Lahme“ wieder gehen konnte, sondern in die Mitte der Gesell-

schaft geholt wurde. Teilhabe ist also nicht nur Menschenrecht, sondern entspricht auch dem christlichen Menschenbild. Das gilt auch, oder vielleicht sogar insbesondere, für Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf wie etwa demenzerkrankte und schwerst-mehrfachbehinderte Menschen oder Komapatienten.

Das christliche Menschenbild bildet für mich auch das Fundament bei bioethischen Fragestellungen, von der Embryonenforschung bis zur aktiven Sterbehilfe. Die Aussage von Jesus, „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“, sagt mir, mich gerade für die Schwächsten einzusetzen. Der Rechtsstaat muss gerade sie schützen – die Starken können sich oft selber helfen. Wenn, wie aufgezeigt, jeder Mensch Würde hat, dann gilt die Menschenwürde uneingeschränkt auch für den Embryo, den Komapatienten und den sterbenden Menschen. Eine Qualitätsabwägung oder die Beurteilung des Nutzens eines Menschen verbietet sich deshalb von vornherein. Der Vorwurf, man würde eine In-

flation von Menschenwürde betreiben, überzeugt dabei nicht. Ein Staat ist noch nie zum Unrechtsstaat geworden, weil er Menschenwürde umfassend versteht.

Das Gebot „Du sollst nicht töten“, hilft mir dabei, auch bei zum Teil sehr schwierigen Problembereichen zu Entscheidungen zu kommen. Das christliche Menschenbild führt nicht immer zu bequemen, aktuellen Umfragen entsprechenden Antworten und Entscheidungen. Das wurde aber auch keinem Christen versprochen.



JUST DE J' GER

*Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein*

Die praktische Bedeutung des christlichen Menschenbildes im täglichen Leben und in der politischen Arbeit

Als Sohn eines Pastors hat das „C“ in meinem Leben eine Rolle gespielt, solange ich denken kann. Dadurch habe ich bereits als Kind die christlichen Werte entdeckt und sie bis heute verinnerlicht. Für mich bedeutet das „C“ die Achtung und die Umsetzung dieser Werte im täglichen Leben und im Miteinander mit meinen Mitmenschen. Es bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen vor Gott sowie – im Sinne unserer Verfassung – zur Bewahrung der Schöpfung und friedlichen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Die christlichen Werte haben, ebenso wie die zehn Gebote, trotz ihres betagten Alters bis heute nichts an ihrer Aktualität eingebüßt. Sie sind nicht nur Leitlinien für meinen persönlichen Umgang mit meinen Mitmenschen, sondern sie bilden für mich auch die essentielle Grundlage unserer Gesellschaft und unseres täglichen Zusammenlebens in Deutschland.

Privat und beruflich hat mich das Christliche stets eng begleitet. So begann mein beruflicher Weg beim Evangelischen Pressedienst in Kiel und er führte mich nach meinem Einstieg in die Berufspolitik zum Vorsitz des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Schleswig-Holstein, den ich zehn Jahre leiten durfte.

Die christlichen Werte besagen für mich als Privatperson, dass ich meine Mitmenschen achte und respektiere. Das Gleiche gilt aber auch für mich als Politiker. In der Politik kann es durchaus einmal hart zur Sache gehen. In diesem Zusammenhang bedeutet die Achtung und der Respekt meinen Mitmenschen gegenüber nicht nur einen freundlichen zwischenmenschlichen Umgang miteinander, sondern auch, dass ich ihre Interessen und Rechte achte.

Das „C“ bedeutet für mich weiter, dass ich die Probleme meines Gegenübers ernst nehme. Dies ist es auch, wofür aus meiner Sicht die CDU als Partei steht. Wir wollen die Sorgen und Nöte unserer Mitmenschen wahrnehmen, um gemein-

sam eine Lösung zu finden und sie zu bewältigen. Dabei ist der Respekt vor der Meinung und den Ansichten anderer für uns die Grundlage, dies zu erreichen. Denn wer die persönliche Wahrnehmung und Lebensrealität eines Mitmenschen missachtet oder deren Richtigkeit von vornherein ausschließt, der wird sein Gegenüber nicht verstehen und dessen Probleme nicht lösen können.

Die Anerkennung der menschlichen Würde, die Garantie von Freiheit und Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz: Das ist die kulturelle Grundlage unserer Demokratie. Für mich sind das zivilisatorische Errungenschaften, die es unbedingt zu bewahren gilt. Sie machen unsere Kultur aus, in der sich jedermann frei entfalten kann.

Die Freiheit ist auch eine der wesentlichen Voraussetzungen für unsere Soziale Marktwirtschaft. Als Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein sehe ich tagtäglich die Früchte der Arbeit von Menschen, die in Unternehmen zu großen Leistungen fähig sind, sich dem Markt stellen und so für Wertschöpfung und Arbeitsplätze sorgen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Solidarität als Ausdruck christlicher Nächstenliebe erwähnen, die für

mich ein entscheidender Bestandteil der christlichen Werteordnung ist. Sie soll nicht an Grenzen wie Hautfarbe, Religion, Lebensstil oder politischer Ansicht haltmachen, sondern allen zu kommen, die dieser bedürfen. Auch das repräsentiert für mich die CDU, die sich um alle Menschen in Deutschland sorgt und nicht nur um eine bestimmte Klientel.

Das christliche Menschenbild bildet für mich zudem einen wichtigen Ansatz, um Lösungen wichtiger politischer Fragen zu entwickeln. Es bildet die Grundlage für jede einzelne politische Entscheidung, die ich zu treffen habe. Als Verkehrsminister muss ich beispielsweise Entscheidungen über den Bau von Straßen fällen. Solch ein Bau dient unstreitig einer verbesserten Infrastruktur. Dadurch wird Wertschöpfung und Wohlstand gefördert, was den Menschen in unserem Land zugute kommt. Allerdings bedeutet der Bau auch einen Eingriff in die Natur, verbunden mit Lärm, Abgasen usw. Als Politiker muss ich nun eine Abwägung treffen und ggf. mit besonderen Maßnahmen für einen Ausgleich sorgen. Gesetze und Normen spielen dabei eine zentrale Rolle. Aber auch mein christliches Verständnis bildet eine Basis für die Abwägung konkurrierender Werte und Güter.



DR. FR' NZ JOSEF JUNG MdB

Das „C“ in der Politik bedeutet für mich, täglich an einer Politik in christlicher Verantwortung mitzuwirken. Meine Mitgliedschaft in der katholischen Jugend führte mich konsequenterweise über die Junge Union in die CDU.

Mein erstes politisches Engagement bestand in der Mitwirkung an dem Grundsatzzprogramm der Jungen Union Deutschlands „Für eine humane Gesellschaft“, das deutlich unsere Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes formuliert hat. Die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit, Achtung der Schöpfung und Solidarität haben mein politisches Handeln bis heute bestimmt.

In dieser Haltung hat mich Papst Benedikt XVI. mit seiner Rede im Deutschen Bundestag am 22. September 2011 nochmals bestärkt, als er formulierte: „Von der Überzeugung eines Schöpfergottes her ist die Idee der Menschenrechte, die Idee der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, die Erkenntnis der Unantastbarkeit der Menschenwürde in jedem einzelnen Menschen und das Wissen um die Verantwortung der Menschen für ihr

Handeln entwickelt worden. Diese Erkenntnisse der Vernunft bilden unser kulturelles Gedächtnis.“

Diese in unserer christlich-abendländischen Tradition verwurzelte Wertegrundlage des christlichen Menschenbildes hat eine unschätzbare Bedeutung. Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat ermöglichen jedem Menschen das Recht auf die freie Entfaltung seiner Person in Verantwortung.

Gerade in den 70er Jahren führten wir eine politisch harte Diskussion mit den Jungsozialisten über deren Vorstellungen, die nach meiner Auffassung nicht mit einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes vereinbar waren. Wer eine Politik formuliert, die eine klassenlose Gesellschaft zum Ziel hat, versündigt sich an der Natur des Menschen. Der Mensch bleibt fehlbar, auch wenn er nach Vollkommenheit strebt. Bei einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht das Kollektiv.

Dass sich beispielsweise auch im Rahmen der Deutschen Einheit diese Politik als richtig erwiesen hat, kommt mir oft in der politischen Diskussion zu kurz.

Die Menschen wählten die Werte des Grundgesetzes und haben damit den Sozialismus/Kommunismus überwunden. Deshalb ist es auch heute noch von Bedeutung, auf diese historische Entscheidung für Deutschland hinzuweisen, um der Gefahr eines Strebens zu einer neuen sozialistischen, kommunistischen Ideologie wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

In der aktuellen Diskussion zählt für mich das Eintreten für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zur Grundlage unseres internationalen Engagements. Dabei bin ich der festen Überzeugung, dass z. B. Gerechtigkeit zuerst einmal bedeutet, die Würde und die Freiheit zu sichern und zu wahren, denn damit wird der Schutz vor Willkür und Machtmissbrauch gewährleistet. Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes bedeutet in diesem Sinne auch das Entstehen für ein starkes, geeintes Europa.

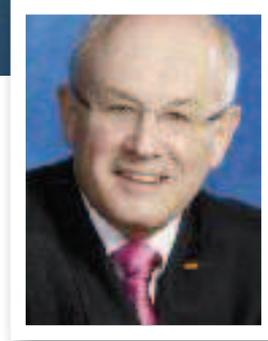
Aber auch in Deutschland verlangt eine derartige Politik den Einsatz für das Leben, die Gewährleistung einer gesicherten Freiheit und das Engagement für Fa-

milien und Kinder. Ebenso gehört in der Bildungspolitik die Förderung nach Begabung und Fähigkeit dazu.

Für die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik gilt unter anderem: Gerechtigkeit schafft Frieden. Die Soziale Marktwirtschaft in der alltäglichen Politik umzusetzen, führt zum Wohlstand für alle und ist die klare Abgrenzung zum Kapitalismus. Die Nichtbeachtung der Werte des „C“ durch Teile des Finanzmarktes hat gerade die aktuelle Krise mit hervorgerufen. Es gilt deshalb, insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, diesen Werten wieder zum Durchbruch zu verhelfen.

Aber auch in meiner Verantwortung als Bundesminister der Verteidigung habe ich mich an einer Politik aus christlicher Verantwortung orientiert. Dies gilt sowohl für unseren Einsatz für den Frieden als auch für unsere Verantwortung für die Soldaten. Die berufliche Sicherheit für verwundete Soldaten in der Bundeswehr, die Verlagerung der Totenehrung aus einer kalten Flugzeughalle in einen kirchlichen Raum und die Errichtung des Ehrenmals gehören dazu.

Wenn die CDU den Werten des „C“ auch weiterhin verpflichtet bleibt, so können wir mit Optimismus in die Zukunft gehen.



VOLKER KAUDER MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Christlicher Glaube und christliches Menschenbild

Der Glaube und damit die Beziehung zu Jesus Christus und zu Gott sind zunächst etwas Höchstpersönliches. Wer sich zum christlichen Glauben bekennt, trifft täglich neu die Entscheidung, in seinem Leben Jesus Christus nachzufolgen. Das ist eine tägliche Herausforderung, weil ich mir bewusst bin, dass dies nicht immer vollkommen gelingt. Ich weiß, dass ich als Mensch erlösungsbedürftig bin. Mit der Frage, wie ich einen gnädigen Gott finde, hat sich Martin Luther lange Zeit geplagt. Die Antwort hat er in der Gnade des Glaubens gefunden. Die Zusage dieser Gnade macht uns Christen frei und sollte uns auch gelassener machen, als wir es manchmal im täglichen Leben sind. Dietrich Bonhoeffer hat dazu formuliert, dass wir auf Erden nur die vorletzten Dinge regeln.

Von dieser persönlichen Beziehung zu Gott, die mein Leben leitet, ist meine politische Arbeit zu unterscheiden. Als Mitglied der Christlich Demokratischen Union gilt für mich der Grundsatz, dass

wir Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes machen.

Der Mensch hat als Ebenbild Gottes eine unantastbare Würde. Der Mensch darf nicht zum Objekt gemacht werden, oder – so das Bundesverfassungsgericht – er darf nicht verzweckt werden. Für mich beginnt der Mensch mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Deshalb muss der Embryo unter besonderem Schutz stehen. Wissenschaftliche Experimente an und mit ihm sind für mich ebenso ausgeschlossen wie die Tötung durch Abtreibung.

Ausfluss dieser unantastbaren Würde ist, wie es im Galaterbrief Kapitel 5 heißt, dass der Mensch zur Freiheit befreit ist und mit dem Auftrag zur Nächstenliebe versehen wurde. Die freie Entfaltung der eigenen Person ist Wesenselement des christlichen Menschenbildes. Der Staat hat diesen Freiraum zu ermöglichen und zu schützen. Er hat kein Recht, für den persönlichen Lebensbereich gängelnde Vorschriften zu erlassen. Ganz konkret wird dies in der Familienpolitik. Familien müssen frei entscheiden können, wie sie

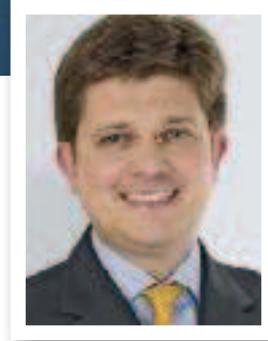
ihr Leben organisieren. Deshalb muss der Staat sowohl Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten anbieten, damit Wahlfreiheit überhaupt erst möglich wird, er muss aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Betreuung und Erziehung in der Familie möglich sind. Beiden Vorstellungen ist derselbe Respekt entgegenzubringen.

Auch sozialpolitische Maßnahmen müssen dem Ziel des selbstbestimmten Lebens dienen. Aus dem Gebot der Nächstenliebe heraus helfen wir denjenigen, die sich selbst nicht helfen können. Wie konsequent wir dies tun, zeigt unsere umfassende Sozialgesetzgebung. Zur Würde gehört aber das selbst gestaltete Leben. Deshalb muss Ziel der Leistungen von Hartz IV sein, die Menschen aus dem Sozialtransfer herauszubringen – insbesondere die jungen Menschen. Deshalb müssen wir es ihnen in Hartz IV nicht besonders bequem, sondern möglichst unbequem machen und sie in die Eigenständigkeit führen. Dies gelingt umso besser, je gebildeter sie sind. Zum freiheitlich begabten Menschen gehört daher eine qualifizierte Bildung, die die Chance zum Aufstieg in sich trägt.

Nächstenliebe und Solidarität sind von uns auch gefordert, wo freie Religionsausübung nur schwer oder gar nicht mög-

lich ist, wo Christen existenziell bedroht werden. Die freie Religionsausübung ist elementarer Bestandteil der menschlichen Würde. Wir haben in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und im Deutschen Bundestag das Thema der verfolgten Christen ganz vorne auf die Tagesordnungen gehoben. Die Herausforderungen sind gewaltig. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine ganze Region wie der Nahe und Mittlere Osten zur christenfreien Zone wird. Wir sehen mit großer Sorge, dass die von uns begrüßten Freiheitsbewegungen in arabischen Staaten bei der freien Religionsausübung noch nicht entscheidend vorangekommen sind. Bei allen positiven Entwicklungen der Türkei sehen wir auch dort, dass freie Religionsausübung noch nicht in vollem Umfang möglich ist. Hier dürfen wir nicht schweigen. Deshalb sprechen wir aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei unseren Kontakten mit Vertretern betroffener Länder dieses Thema offen an.

Mit den Beispielen Lebensschutz, Wahlfreiheit, selbstbestimmtes Leben und Solidarität mit verfolgten Christen in aller Welt erschließt sich schnell, welche praktische Bedeutung eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes hat.



ECKART VON KLÖDEN MdB

*Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands*

Für die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung sind für mich als Grundlagen meiner Arbeit besonders wichtig Martin Luthers Zwei-Reiche- oder Zwei-Regimenten-Lehre und schließlich Max Webers Verantwortungsethik. Glücklicherweise bin ich aber nicht täglich vor Entscheidungen gestellt, die mir eine solche grundsätzliche Betrachtung abverlangen.

In seiner berühmten Predigt zu Matthäus 22, Vers 21 („So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“) legt Luther dar, so wie Gott dem Kaiser „sein Regiment nicht zerreißen will“, so solle aber der Kaiser „unserm Herrn Gott sein Regiment auch nicht zerreißen, und ganz lassen, und die Leute an dem nicht hindern, dass sie Gott nicht sollten geben, was sie Gott zu geben schuldig sind“.

Es gibt also eine Grenze der kaiserlichen, der weltlichen Macht: Wenn die Obrigkeit die Menschen daran hindern will, Gott zu dienen, so sind sie wiederum der Notwendigkeit entbunden, dieser Obrigkeit Gehorsam zu leisten.

Heute wird die Zwei-Reiche-Lehre vor allem verwandt, um aus evangelischer Sicht das Verhältnis von Staat und Kirche zu beschreiben. In ihrer Denkschrift zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ führt die EKD zutreffend aus, dass Luther „zwischen politischem Mandat und Einfluss einerseits und geistlichem Auftrag andererseits unterscheidet. Auf je eigene Weise sowie mit je eigenen Zuständigkeiten und Mitteln haben Staat und Kirche Verantwortung wahrzunehmen für die Humanität des Gemeinwesens“. Über ihren „besonderen Auftrag hinaus darf die Kirche sich aber nicht ‘staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden’. (...) Redet sie, wo Schweigen geboten ist, verkommt ihr Reden leicht zum Geschwätz. Schweigt sie, wo Reden gefordert ist, bleibt sie etwas schuldig oder macht sich sogar schuldig.“

Was für das Verhältnis von Staat und Kirche gilt, gilt auch für die Rolle des Christenmenschen in Staat und Gesellschaft. Schweigt er, wo er seine Stimme erhe-

ben müsste, macht er sich schuldig, gibt er jedoch „Menschliches für ewig“ aus, wird seine Rede bestenfalls zum Geschwätz. Schlechterenfalls droht die Talibanisierung des öffentlichen Diskurses, zumal Göttliches nicht dem irdischen Kompromiss zugänglich ist. Das aber wäre das Ende der Politikfähigkeit. In der Schrift der EKD heißt es dazu: „Rechthaberei, Bevormundung und Fanatismus suchen sich selbst an die Stelle Gottes zu setzen und sind deshalb mit der von Christus gebotenen Wahrhaftigkeit, Demut und gegenseitigen Achtung nicht zu vereinbaren. Der Dienst, zu dem Christen und Christinnen in der Welt in ihrem Denken, Reden und Tun berufen sind, ist deshalb auch ein Dienst, der die zur Mündigkeit berufene Welt in ihrer Weltlichkeit respektiert und zugleich den Glauben als eine Kraft zur Bildung und Zivilisierung erweist.“

Gegen einen solchen Ansatz spricht sich auch Max Weber in seiner berühmten Schrift „Politik als Beruf“ aus dem Jahre 1919 aus, wenn er von „zwei grundverschiedenen, unausgleichbar gegensätzlichen Maximen“ im Hinblick auf die Gesinnungs- und die Verantwortungsethik spricht.

Gesinnungsethik beschreibt ein Handeln, bei dem es vor allem auf das sittli-

che Motiv ankommt. Bei allem Verständnis für diese Haltung stellt Weber ihr die Verantwortungsethik gegenüber, die auch die unerwünschten Folgen der Handlung mit einbezieht und sie an ihrem moralisch gerechtfertigten Erfolg misst.

„Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung übel sind, so gilt ihm nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen oder – der Wille des Gottes, der sie so schuf. Der Verantwortungsethiker dagegen rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, – er hat (...) gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit vorauszusetzen, er fühlt sich nicht in der Lage, die Folgen eigenen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte, auf andere abzuwälzen.“

Ich bin mir sicher: Gott hat uns unseren Verstand gegeben, damit wir ihn im Sinne tätiger Nächstenliebe auch benutzen. Die hohe Fehleranfälligkeit macht uns immer wieder klar, wie sehr wir auf seine und die Vergebung der anderen Menschen angewiesen sind.



JULIANE KLÖCKNER MdL

Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands

Werte, die ich meine

Ausgerechnet eine Partei, die sich zum christlichen Bild vom Menschen bekennt, ist die letzte Volkspartei in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft. Ein Widerspruch? Keineswegs. Es gibt viele gute Gründe dafür. Einer lautet: Die Menschen suchen händeringend nach Orientierung. Denn unsere Gesellschaft hat es weitgehend verlernt, die Dinge beim Namen zu nennen: Gutes gut und Schlechtes schlecht. Wer den eigenen Standpunkt kennt, weiß, wie weit er gehen kann. Und dafür ist das „C“ ein gutes Navigations-System, auch in der Politik.

Navigationssystem für was? Um verbindliche sittliche Maßstäbe in der sich wandelnden Gesellschaft zu benennen, einzufordern, einzuhalten. Das „C“ ist die Leitplanke für Überzeugungen – gegen unverlässliche, tagesaktuell verlockende „Wanderdünen“. Nicht heute hier, morgen da, nicht jedem gefallen. Für mich und meine Politik bedeutet das „C“ Klarheit, Dinge beim Namen zu nennen, dass ein 'Ja' ein 'Ja' und ein 'Nein' ein 'Nein' ist. Respekt vor der Schöpfung,

Mitgefühl für den Nächsten, Vertrauen in die Einzigartigkeit und Kraft des Einzelnen – man kann über vieles in der Ausgestaltung diskutieren, aber die Orientierung am Christlichen nimmt mir dabei eine Last: Ich muss nicht immer wieder aufs Neue Überzeugungen zur Disposition stellen. Das ist befreiend. Weil ich akzeptiere, dass Wert und Würde des Einzelnen nicht verhandelbar sind, sie sind gegeben – und ich habe die Pflicht, politisch dafür zu sorgen, dass ihnen Rechnung getragen wird.

Die Debatten über die embryonale Stammzellforschung, die Präimplantationsdiagnostik, die Patientenverfügung oder die Organspende sind konkrete Beispiele dafür. Einfach ist das nicht. Christdemokrat zu sein bedeutet nicht, nicht ringen zu müssen. Übrigens gehört auch die Durchsetzung der Rechte der Frau zum Auftrag christlicher Politik. Deshalb nehmen wir Anstoß, wenn unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Integrationspolitik – zum Beispiel in Rheinland-Pfalz – empfohlen wird, dass Schulstunden geschlechtergetrennt unterrichtet werden sollen oder

dass Mädchen eine Schwimmburka tragen können, um dem muslimischen Bild der Frau gerecht zu werden. Jungen und Mädchen sind aber gleich viel wert. Frauen sind nicht diejenigen, die aufgrund ihres Geschlechtes Anlass zum Anstoß geben und deshalb abgegrenzt werden müssen. Und das sagt mir auch mein christlicher Glaube.

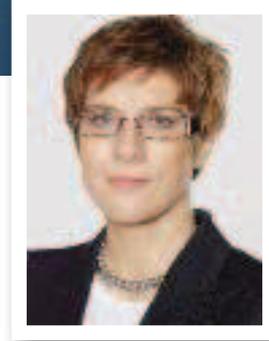
Aber beim Ringen bleiben wir Christdemokraten der christlichen Soziallehre verpflichtet. Grundwerte, die uns leiten, sind Personalität (der Mensch geschaffen nach dem Ebenbild Gottes), Freiheit (die immer auch eine Freiheit in Verantwortung sein muss), Solidarität (die Überzeugung, dass die Menschen keine Einzelwesen sind, sondern zusammen gehören), Gerechtigkeit und Subsidiarität (den kleineren Einheiten eigene Kompetenz und Zuständigkeit anzuerkennen).

Diese Verpflichtung auf das christliche Menschenbild – als Idee statt einer Ideologie –, macht die CDU in mancher Hinsicht freier und aufgeschlossener für Neues entlang unserer Prinzipien. Die Geschichte lehrt uns, dass der Versuch, mit Ideologien den Himmel auf Erden zu schaffen, meist mit der Hölle auf Erden endete. Marxismus-Leninismus, Turbokapitalismus, Relativismus – es sind keine überzeugenden Alternativmodelle.

Das christliche Bild vom Menschen und die davon abgeleiteten Grundwerte zeigen die Richtung. Insofern macht es schon einen Unterschied, ob eine Partei wie die CDU immer wieder versucht, ihre Politik vom Christlichen her zu denken.

Als Christdemokratin will ich mich eben nicht mit einem Werterelativismus anfreunden, der seine Kriterien aus einem jeweils demoskopisch erhobenen „Wertewandel“, einer bloßen Mehrheitsentscheidung oder einem gängigen Zeitgeist bezieht. Die Moral fragt nicht nach der „Normativität des Faktischen“, sondern fordert die „Faktizität des Normativen“ (Wolfgang Ockenfels 2009). Und das ethisch Normative lässt sich nicht begründen auf das, was zufällig und empirisch greifbar vorhanden ist, sondern bezeichnet das Gute, das sein sollte.

Wir Christdemokraten sind keine besseren Menschen, wir streiten, wir ringen und machen auch Fehler. Aber das deutliche Bekenntnis zum „C“ im Parteinamen fordert uns, ein selbst gesetzter Anspruch – dem muss man erst einmal gerecht werden! Versäumnisse werden uns übler genommen als anderen Parteien. Gut so. So bleibt das „C“ Ansporn. Und ich bleibe überzeugte Christdemokratin.



„NNEGRET KR“ MP-K“ RRENB“ UER MdL

*Ministerpräsidentin des Saarlandes
Landesvorsitzende der CDU Saar
Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands*

Was bedeutet das „C“ für mich in meinem täglichen Tun? Ich gebe zu: Ich habe mich mit der Beantwortung dieser Frage schwer getan. Weil sie die eigentliche Kernfrage ist, die ich mir als Christin jeden Tag stellen sollte, müsste, aber eigentlich zu selten wirklich stelle.

Zuerst ist das „C“ für mich Ermutigung. Ermutigung, mich an all die komplexen Fragen und Probleme unserer Tage heran zu wagen, Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen, obwohl ich doch weiß, dass der Mensch fehlerhaft ist und Fehler macht. Aber wie heißt es in einem Gebet nach Arno Pötzsch: „Du kannst nicht tiefer fallen als nur in Gottes Hand, die er zum Heil uns allen barmherzig ausgespannt.“ Dieser Satz drückt für mich das Urvertrauen in Gott aus, das mich ganz persönlich prägt.

Zum Zweiten steht das „C“ für das christliche Bild vom Menschen: Der Mensch, der trotz seiner Unvollkommenheit von Gott geliebt wird und von ihm höchstpersönlich seine Würde ableitet. Die Würde des Menschen ist unantastbar – das ist für mich die Leitschnur durch den politischen Alltag.

Zwei Beispiele

Zur Würde des Menschen gehört, dass er das Recht hat, sein Leben nach seiner Fassung zu leben. Niemand soll einem anderen vorschreiben, auf welche Weise er glücklich zu werden hat. Selbstverständlich steht dieser Freiheitsbegriff unter der Voraussetzung seiner Allgemeingültigkeit: Er meint nie nur die eigene Freiheit, sondern schließt immer auch die Freiheit des Nächsten mit ein.

Demgemäß setze ich mich etwa im Bereich der Familienpolitik dafür ein, Männern wie Frauen gleichermaßen die freie Entscheidung zu überlassen, welches Betreuungsmodell sie für ihre Kinder wählen. Ob Menschen nach der Geburt ihrer Kinder aus dem Beruf ausscheiden und sich ganz der Erziehung widmen oder ob sie neben der Familie gleichzeitig auch ihre Fähigkeiten in einem geregelten Job ausüben wollen – im Sinne der Wahlfreiheit ist es mein Ziel, beide Lebensmodelle zu ermöglichen.

Zur Würde des Menschen gehört auch, dass er nicht auf seine „Verhältnisse“ reduziert werden darf. Jedes Kind muss nach

diesem Verständnis so gut wie möglich gefördert werden. Dass in Deutschland nach wie vor der Bildungserfolg von den persönlichen sozialen Verhältnissen abhängt, darf uns nicht ruhen lassen. Das ist nicht nur eine bildungsökonomische Frage, es ist vor allem eine Frage der Würde dieser Kinder. Dieser Würde sind wir es schuldig, immer wieder Anstrengungen in der Bildungspolitik zu unternehmen.

Weil jeder Mensch eine unveräußerliche Würde hat, hat er ein Recht darauf, dass wir ihm respektvoll begegnen. Im persönlichen Umgang und auch in der öffentlichen Debatte.

Das „C“ ist eine ständige Herausforderung an uns selbst – unbequem, alles andere als einfach und trotzdem beruhigend. Ich könnte mir einen Alltag, ich könnte mir eine Partei ohne „C“ nicht vorstellen.



DR. GÜNTER KRINGS MdB

Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Was bedeutet es, sich dem „christlichen Menschenbild“ verpflichtet zu fühlen? Es bedeutet, den Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, nicht ein System oder ein Gesetz, sondern den Menschen selbst als Abbild Gottes. Gottes Ebenbildlichkeit heißt vor allem und zuerst, dass der Mensch mit eigener unveräußerlicher Würde von Gott ausgestattet wurde. Sie kommt ihm zu, allein weil er Mensch ist. Ein Satz des Kirchenlehrers Augustinus fasst dieses Leitmotiv prägnant zusammen: „Lebt nicht als Sklaven, niederbeugt unter dem Gesetz, sondern als freie Menschen unter der Gnade.“

In diesem Satz kommt ein zentraler Gedanke zum Ausdruck: die Freiheit! Gott traut dem Menschen Freiheit zu. Wir mussten und müssen oft erfahren, dass wir diesem Zutrauen nicht immer gerecht werden. Doch wir sollten dem Zutrauen Gottes nicht nachstehen. Als Jurist und Politiker weiß ich, dass es ohne Gesetze, ohne Regeln nicht geht. Und das wusste natürlich auch der Heilige Augustinus, dessen Zitat hier aus seiner Regel für Ordensleute stammt. Jedes Gesetz sollte demnach so viel regeln wie

nötig und so viel Freiheit gewähren wie möglich.

Freiheit und Verantwortung

Freiheit verlangt nach Verantwortung. Jeder Einzelne im Staat muss für sein Leben zuerst selbst verantwortlich sein. In dieser Verantwortlichkeit soll jeder Bürger über ein Maximum an Freiheit verfügen. Familie, Freundeskreis und private Initiativen, wie Vereine und Gesellschaften, ergänzen diesen innersten privaten Kreis. Der Staat soll dieses Streben ermöglichen und fördern, denn wir alle sind soziale Wesen, die allein aus uns selbst heraus nicht leben können.

Das bedeutet konkret, dass auch jedes unternehmerische Wirtschaften nicht durch ein Zuviel an Gesetzen, Steuern und Abgaben behindert werden darf. Das bedeutet ebenso, dass soziale Hilfe durch den Staat das Ziel haben muss, dass der Hilfsbedürftige alsbald wieder auf eigenen Beinen stehen sollte und auf Hilfe nicht mehr angewiesen ist.

Aber: Freiheit darf nicht lediglich zur theoretischen Größe verkommen. Die

realen sozialen Verhältnisse können oft die theoretische Freiheit zur faktischen Unfreiheit werden lassen. Deswegen ist es richtig und wichtig, allen Bürgern Chancen zu eröffnen. Chancen auf einen guten Bildungsabschluss, auf einen Arbeitsplatz, so dass jeder in einem gesicherten Staatswesen sein Glück suchen und auch finden kann. Gefordert ist nicht die völlige Gleichheit im Ergebnis, sondern gerechte Chancen. Und es gibt solche, die auf dem Weg zum Gipfel schon bei der ersten Berghütte beginnen, und solche, die am Fuße des Berges ihren Ausgangspunkt haben. Jener tut sich leichter, dieser muss sich mehr anstrengen. Aber es dürfen ihm keine ungerechten Hindernisse den Weg versperren.

Das christliche Erbe pflegen und schützen

Zu den wichtigsten Säulen des Grundgesetzes gehört die Religionsfreiheit. Sie ist auch ein wesentliches Element des inneren Friedens. Respekt und Freiheit für die unterschiedlichen Bekenntnisse sind die Voraussetzungen für ein auskömmliches Miteinander. Christliches Selbstverständnis als Politiker bedeutet auch, dass das christliche Erbe unseres Landes gepflegt und gefördert werden soll. Das Christentum gehört zu Deutschland seit

seiner Entstehung. Die Kirchen sind bedeutende gesellschaftliche Faktoren und legitime Partner des Staates. Deswegen kann die grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat nicht bedeuten, das gewachsene und bewährte Kooperationsverhältnis zwischen beiden Sphären grundsätzlich in Frage zu stellen. Der deutsche Staat ist vielmehr auf die Mitwirkung der christlichen Kirchen angewiesen, wenn er seinen humanen Charakter nicht aufs Spiel setzen will.

Der Schutz menschlichen Lebens

Schließlich gilt es, aus der oben bereits erwähnten Gottesebenbildlichkeit des Menschen auch hinsichtlich des Lebensschutzes konkrete Schlüsse zu ziehen. Weder zu Beginn menschlichen Lebens noch an dessen Ende darf die Menschenwürde relativiert oder infrage gestellt werden. Wenn Augustinus von der Gnade spricht, dann meint er die göttliche Gnade, nicht jene des Menschen, der sich aufschwingt, Gott zu spielen, um über Leben und Tod nach eigener Willkür zu entscheiden.



PROF. DR. NORBERT LAMMERT MdB

Präsident des Deutschen Bundestages

Werte und Entscheidungen zwischen Religion und Politik

Religion ist Privatsache und zugleich eine öffentliche Angelegenheit. Religiöse Werte sind eine zentrale Quelle jener gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen unserer Gesellschaft, ohne die die Regeln dieser Gesellschaft und ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand hätten. Ohne unser geistig-religiöses Erbe wären „Wert und Würde des Menschen als eine universell gültige Idee des Rechts“, so der damalige Kardinal Ratzinger und heutige Papst Benedikt XVI., weder im Grundgesetz noch in der Grundrechtecharta der Europäischen Union kodifiziert worden. Religion ist daher nicht die einzige, aber wohl eine unverzichtbare Quelle von Werten in einer Gesellschaft. Dies muss ganz grundsätzlich auch für die Politik gelten; Politik ohne ein festes Fundament von Überzeugungen, aus denen heraus sich ein Gestaltungsanspruch herleiten lässt, liefe Gefahr, nicht mehr zu sein als eine Selbstinszenierung von Macht.

Nicht nur deshalb halte ich die Feststellung vom Erzbischof von München und

Freising, Reinhard Marx, für richtig, dass zu einer Politik, die das Adjektiv christlich für sich in Anspruch nimmt, die enge Beziehung zu den Kirchen und der intensive Dialog mit ihren Repräsentanten gehört. Dabei muss die Auseinandersetzung wechselseitig durchaus auch kritisch sein dürfen und von den Vertretern der Kirchen wie der Parteien gesucht werden. Da die Rolle der Kirchen in einer modernen Welt und schon gar in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht nur als Rückzug ins Spirituelle verstanden werden kann, ist es Aufgabe der Kirchen, ihre Botschaften in die Geschäftigkeit der Gesellschaft einzubringen. Das muss knirschen – nicht ständig, aber es muss knirschen dürfen, auch und gerade innerhalb einer Partei, die das „C“ im Namen trägt. Dies hat indes nicht zu bedeuten, dass die Partei oder ihre Politiker die Glaubensdogmatik der Kirchen in Politik zu übersetzen haben. Das Wort „Christlich“ stellt vielmehr einen Bezug auf Werte und Normen dar, die sich auch vernunftrechtlich begründen lassen und nicht exklusiv christlich sind.

Die wirklich großen Fragen sind auch heute im Kern religiös geprägt: Fragen

nach Leben und Tod, nach Schuld und Vergebung, nach Freiheit und Verantwortung, nach Frieden und Völkerverständigung. In einer säkularisierten Gesellschaft sind diese freilich von den Kirchen ebenso wenig alleine zu beantworten wie von Regierungen oder Parlamenten.

Für den von christlicher Glaubensüberzeugung geprägten Politiker, der in seiner Religion lebt und zugleich dem Gemeinwesen dient, ist die lebendige kulturelle Verbindlichkeit des christlichen Menschenbildes in der heutigen Gesellschaft alles andere als erschöpft. Es geht hierbei nicht etwa allein um die besondere Verantwortung für die Grundwerte des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates, es geht vor allem darum, den öffentlichen Diskurs offen zu halten für die Fragen, die den grundlegenden Stellungnahmen zu unserem Leben vorausliegen und die der Staat ebenso wenig beantworten kann, wie sie durch Mehrheitsentscheidungen abschließend beantwortet werden können. Für diese Fragen ist es gewiss notwendig, in Staat und Politik ein Bewusstsein dafür zu erhalten, dass moralische Letztbegründungen und die Grundorientierungen für unser Leben, unsere Ethik, in letzter Instanz nicht allein durch gesellschaftliche Übereinkunft begründet werden können.

Dass wir heute weltweit Formen der Wiederbelebung der Religion erleben, die auch Anlass zu großer Besorgnis geben, muss nicht näher erläutert werden. Aber es bestätigt zugleich die überragende Relevanz von Religion. Aufgeklärte Religionen als herausragende Vermittler ethischer Standards – wer anders als sie könnte für Prinzipien wie Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit oder Gleichberechtigung im eigentlichen Sinne des Wortes „glaubhaft“ eintreten? Wenn diese nicht von Religionen vermittelt werden, ist die Wahrscheinlichkeit überschaubar gering, dass sie überhaupt dauerhaft vermittelt werden können. Je eher es gelingt, solche Orientierungen zu finden, desto besser.

Die Wahrung des je Besonderen und die Wahrnehmung des Gemeinsamen ist daher der angemessene Weg zu einem aufgeklärten Verhältnis von Politik und Glaube, Parteien und Kirchen und zu einer Politik im Zeichen des „C“, die Hoffnung macht. Immer wieder vom Scheitern bedroht und immer wieder von Neuem gefordert.



RAMIN L. SCHET MdL

*Stellvertretender Landesvorsitzender der
CDU Nordrhein-Westfalen*

In meiner Heimatpfarre St. Michael in Aachen-Burtscheid hatten wir einen älteren Pfarrer, der es verstand, Kinder und Jugendliche zum Engagement für die Kirche, für die Gemeindegemeinschaft und für das Gemeinwesen zu gewinnen. Schon als Jugendkaplan in den dreißiger Jahren hatte er junge Menschen begeistert, die Orientierung suchten. Damals herrschte das nationalsozialistische System und Hugo Baumann bewahrte seine Jugendlichen davor, anfällig zu werden für die Verführungen der Hitler-Jugend, weil er dem Rassenwahn der Nazis das christliche Menschenbild überzeugend entgegensetzte. Die Gestapo schrieb damals mit bei seinen Predigten.

Aachen, ganz im Westen gelegen, wurde bereits im Oktober 1944 durch amerikanische Truppen als erste deutsche Großstadt befreit. Der demokratische Wiederaufbau begann früher als anderswo. So konnte bald nach dem 8. Mai im August 1945 ein Kreisverband der CDU gegründet werden. Mit dabei, neben den Honoratioren der Stadt, die schon im Zentrum der Weimarer Republik aktiv waren, auch der damals junge Kaplan, mein späterer Pastor. Er hat

mich geprägt und uns ermutigt zum Engagement für eine bessere Welt, nicht nur bei uns, sondern weltweit.

Seine Botschaft war stets: Das Evangelium ist nicht nur etwas Religiöses für fromme Leute. Es ist immer auch die Aufforderung, die Welt zu gestalten, wie es das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ so wunderbar beschrieben hat.

„Ihr seid zur Freiheit berufen“, schreibt Paulus in seinem Brief an die Galater. Wer im Menschen das Ebenbild Gottes sieht, den kann Ungerechtigkeit und Unfreiheit nie ruhen lassen. Die Soziallehren der Kirchen haben den Menschen beschrieben als einzigartiges Individuum, zugleich aber auch als Wesen, das auf Gemeinschaft ausgerichtet und angewiesen ist.

Dieses Menschenbild unterscheidet eine „C-Partei“ einerseits vom reinen Liberalismus, der die Freiheit des Einzelnen verabsolutiert, andererseits aber auch von allen kollektivistischen Theorien und Systemen, die Menschen bevormunden und das Ziel haben, sie umzuerziehen.

Der Christ macht Politik „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie das Grundgesetz so treffend formuliert. In dieser Verfassung spiegelt sich die Personalität des christlichen Menschenbildes wider, die den Menschen als Individuum, aber auch als soziales Wesen versteht. Es ist keine Verfassung von Christen für Christen, aber Christen können sich mit ihr sehr gut identifizieren. Es ist gut, dass auch Juden, Muslime, Gläubige anderer Religionen und auch Atheisten sich heute gemeinsam zu dieser Grundordnung bekennen.

Unsere Wirtschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft, wird wie keine andere dem christlichen Bild vom Menschen gerecht. Was bedeutet dies aber für die Tagespolitik? Gibt die Bibel Antworten auf die Finanzkrise, die PID, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan, die Schulpolitik oder die Integration von Zuwanderern?

Nein, natürlich nicht. Auch unter Christen gibt es in politischen, ja selbst ethischen Fragen unterschiedliche Antworten. Sie müssen sich aber messen lassen am Menschenbild und an unseren Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Und wenn man das Gemeinsame in den Weltreligionen sucht, stellt man fest, dass es viele Gemeinsamkeiten gibt, so dass selbstverständlich auch Juden und auch

Muslime „Ja“ sagen können zur CDU. Wer der CDU beitrifft, tritt nicht einer Religionsgemeinschaft bei, sondern bekennt sich zu einem Grundsatzprogramm.

Mir gefällt besonders das Wort des großen Papstes Johannes XXIII., der die Kirche öffnete für die Moderne. Sein Programm war das Aggiornamento. Dies meinte, dass die christliche Botschaft auf den Tag, auf das Heute übertragen werden muss. Es gibt immerwährende Glaubenswahrheiten, die sich seit 2000 Jahren nicht verändert haben. Aber sie müssen immer in die jeweilige Zeit, in die Welt auch des 21. Jahrhunderts übersetzt werden.

Die Botschaft, die für den Christen an allererster Stelle und über allem stehen muss, ist die Liebe. Zugegebenermaßen ist das ein Wort, das man im politischen Raum eher selten hört. Wenn man aber auch einer „C-Partei“ zuweilen anmerken würde, dass es ihr um die Liebe zu Gott und den Menschen, zum Nächsten geht, dann könnten wir uns manche Diskussion um vermeintliche „Markenkerne“ schenken und uns dem eigentlichen Kern der christlichen Botschaft widmen.



KARL-JOSEF LAMMERT MdB

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA), Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands

Wer die Bundesgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer (CDA), in Berlin betritt, dessen Auge fällt auf das Kreuz, das an der Wand hängt. Auch den CDU-Fraktionssaal im Düsseldorfer Landtag sowie mein Büro schmücken ein Kreuz. Das Kreuz begleitet meine tägliche politische Arbeit in Düsseldorf und Berlin, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Es gibt meiner politischen Arbeit ihren Sinn. Denn vom Kreuz leiten wir unser christliches Menschenbild ab. Das christliche Menschenbild, das die Grundlage meines Handelns bildet.

Nach dem christlichen Menschenbild hat jeder Mensch eine unverletzliche Würde, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, seines Alters, seines Geschlechtes. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Unsere Politik hat den Menschen zu dienen. Aus diesem Verständnis haben Staat und Wirtschaft eine dienende Funktion gegenüber dem Menschen.

Für mich ist die christliche Soziallehre ein großer geistiger Schatz. Es ist das beste Gesellschaftsbild, welches bis jetzt entwickelt wurde, um das Zusammenle-

ben der Menschen zu organisieren. Subsidiarität und Solidarität sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne Eigenverantwortung wird die Bereitschaft zur Solidarität in unserer Gesellschaft untergraben.

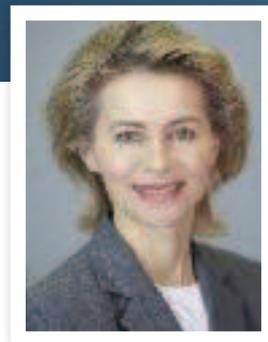
Ehe und Familie sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Es gibt keinen anderen Ort, an dem sich Kinder besser zu Persönlichkeiten entwickeln als in der Familie. Es gibt keinen anderen Ort, an dem Menschen in schwierigen Lebenssituationen mehr Geborgenheit und Unterstützung erfahren als in der Familie. Politik für Ehe und Familie ist für mich die Grundlage christlicher Politik. Arbeit muss so organisiert werden, dass Menschen in Familien leben können. Dazu braucht es trotz aller notwendigen Flexibilität auch Sicherheit und Beständigkeit. Deshalb sollten befristete Arbeitsverhältnisse auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

Die Würde des Menschen spiegelt sich auch in der menschlichen Arbeit wider. Die Würde von Erwerbsarbeit drückt sich ebenfalls in ihrer Bezahlung aus. Erwerbs-

arbeit, die bei Vollzeitbeschäftigung den Lebensunterhalt eines Menschen nicht sichert, hat keine Würde.

Das bewusste Begehen der christlichen Sonn- und Feiertage ist für mich von großer Bedeutung. Ich besuche an diesen Tagen die Heilige Messe, ich bete und singe mit anderen Menschen, höre zu und kann über mich und die vergangene Woche nachdenken. Deshalb müssen diese Tage besondere Tage bleiben. Wir als CDU sollten unsere Sonn- und Feiertagskultur verteidigen und ihre Aushöhlung verhindern.

Es ist gut, ein gläubiger Mensch zu sein, weil wir wissen, dass Gott uns nie verlassen wird und die Osterbotschaft uns Trost spendet, wenn wir einen lieben Menschen verlieren.



DR. URSULA VON DER LEYEN MdB

*Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands*

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Nächstenliebe heißt für uns Christen ganz praktisch: Wo Not ist, müssen wir helfen, einfach und unkompliziert, am besten von Mensch zu Mensch. Nächstenliebe, oder anders ausgedrückt: Fürsorge und Verantwortung bilden auch das Fundament unserer sozialen Demokratie, unseres sozialen Staates. Es gilt das feste Versprechen, dass wer in Not gerät, nicht ins Bodenlose fällt, sondern durch die Gemeinschaft aufgefangen wird. Wer es nicht schafft, aus eigener Kraft auf seinen Füßen zu stehen, der bekommt Hilfe. Gleichzeitig gilt aber auch: All das, was der Einzelne selbst leisten kann, darf ihm nicht von der Gesellschaft abgenommen werden. Jeder kann etwas, auch wenn es unter einer dicken Schicht von Unzulänglichkeiten verborgen ist. Das ist die grundlegende Überzeugung des christlichen Glaubens.

Die CDU ist fest in diesen christlich-sozialen Idealen verwurzelt. Sie hat sich deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg ganz bewusst für den Weg der Sozialen

Marktwirtschaft entschieden. Soziale Marktwirtschaft bedeutet nämlich Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung auf der einen und soziale Gerechtigkeit, sozialer Fortschritt auf der anderen Seite. Ein fairer Lohn, gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstands und die soziale Partnerschaft sind feste Bestandteile der Sozialen Marktwirtschaft.

Weil die Welt sich wandelt, müssen wir die Instrumente immer wieder neu justieren und an die Lebensbedingungen der Menschen anpassen. Früher war die Erfahrung der Sozialen Marktwirtschaft: ein sicherer Job, ein geregeltes Einkommen und mit den Jahren wachsender Wohlstand. Mit anderen Worten: Wer etwas leistet, bringt es zu was. Heute gibt es Menschen, die gesund sind, Vollzeit arbeiten und trotzdem ihren eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Daran wollen und dürfen wir uns nicht gewöhnen. Wer arbeitet, wer auf eigenen Füßen stehen will, der muss erfahren, dass Anstrengung sich lohnt. Eine allgemeine Lohnuntergrenze, die nicht vom

Staat, sondern von den Tarifparteien festgelegt wird, kann da Abhilfe schaffen.

Den Menschen etwas zutrauen, sie befähigen, das Leben aus eigener Kraft zu meistern: Diese Maxime gilt auch für die Familienpolitik. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wachsen Menschen über sich hinaus. Die Arbeitswelt hat sich gewandelt. Frauen sind gut ausgebildet und wollen ihr Wissen einsetzen, junge Männer akzeptieren nicht mehr die Rolle als Verdiener. Sie wollen aktive Väter sein, vom Leben ihrer Kinder etwas mitbekommen. Andere Familie sind auf zwei Verdienste angewiesen. Eine moderne Familienpolitik muss diesen Wandel berücksichtigen. Christliche Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit Väter wie Mütter ihren Wunsch von Familie in der modernen globalisierten Welt leben können, damit sie Zeit für die Familie und für den Beruf haben, durch Elterngeld, durch Betreuungsangebote und durch Ganztagschulen.

Sichere Arbeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das sind gute Beispiele, die zeigen: Wir müssen unser soziales Versprechen immer neu an die Zeit und die Bedürfnisse der Menschen anpassen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell christlicher Regierungspoli-

tik. Sie ist auch geeignet als Leitbild für eine internationale Wirtschaftsordnung, beispielsweise als Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union. In Europa teilen wir die gleichen, christlich geprägten Grundwerte. Zu ihnen gehören neben Menschenwürde und Freiheit auch soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Darin unterscheidet sich die Europäische Union im Übrigen auch von den Vereinigten Staaten oder Asien. Damit Europa seinen Bürgern auch weiterhin Schutz vor den Stürmen der Globalisierung bieten kann, müssen wir die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in der EU vertiefen.

Füreinander eintreten und Verantwortung für andere übernehmen – das sind europäische, das sind christliche Werte. Für mich geht es beim „C“ genau darum: um das Miteinander, um Fürsorge, Befähigung und Empathie.



CHRISTINE LIEBERKNECHT MdB

*Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen
Landesvorsitzende der CDU Thüringen*

*„Meine Hoffnung und meine Freude,
meine Stärke, mein Licht:
Christus, meine Zuversicht,
auf dich vertrau ich und fürcht mich nicht,
auf dich vertrau ich und fürcht mich nicht.“*

Wer kennt sie nicht, diese Worte voll Freude und Dankbarkeit, die Christen auf der ganzen Welt miteinander verbinden? Wer braucht vermeintlich mehr Worte, um ausdrücken zu können, was das „C“ bedeutet?

Liebe Leserinnen und Leser,

es sind diese zwei Dutzend Worte, die mich von Kindesbeinen an in meinem Leben begleiten. Aufgewachsen in einem Pfarrhaushalt kam ich bereits sehr früh mit christlichem Liedgut, Symbolen und der Bibel in Berührung. Mein Vater in seiner Eigenschaft als Familienoberhaupt, aber auch als Lektor des Glaubens, wurde mir zum Wegbegleiter in ein Leben, das in seinen Grundfesten auf den zehn Geboten ruht. Es war Ausdruck (s)einer Erziehung, die aus Geboten statt Verboten bestand, die Glaube, Liebe und Hoffnung als das Wichtigste an-

sahen, was man (s)einem Kind auf seinem Lebensweg mitgeben kann.

Wenn ich heute die Zeit meiner Kindheit noch einmal gedanklich Revue passieren lasse, so regt sich in mir die starke Empfindung eines schier grenzenlosen Gefühls der Freiheit und der Unbeschwertheit, aber auch des Glaubens und der Zuversicht, der Gerechtigkeit und der Verantwortung. Worte, die seit über fünf Jahrzehnten mein Leben prägen und die zur wichtigen Grundlage persönlicher und politischer Entscheidungen geworden sind. Und sie sind das Fundament meiner vielleicht wichtigsten Entscheidung im Leben: Der Entscheidung, Gott und den Menschen zu dienen.

Die stete Suche nach dem Sinn des Lebens erhält eine eindeutige Antwort im Neuen Testament. Ganz gleich, welche Frage sich zu welcher Zeit auch stellt, die Antworten des Neuen Testaments sind richtungswesend. Wem es gelingt, sein Leben nach den zehn Geboten und den Aussagen des Neuen Testaments auszurichten, lebt ohne Zweifel ein zufriedenes und gerechtes Leben. Ich bemühe mich darum.

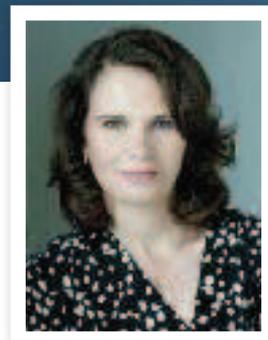
In einer sich ständig verändernden Welt kann das Leben nach dem „C“ auf der politischen Bühne jedoch auch zum Drahtseilakt werden. Nicht selten tritt an die Stelle von Vertrauen Argwohn, an die Stelle von Verlässlichkeit Enttäuschung und an die Stelle von Verantwortung Beliebigkeit. Genau hier bräuchte es aber das Bekenntnis zum „C“ als Ausgangspunkt und Ziel jedweden politischen Handelns. Dieses klare Bekenntnis wiederum braucht Mut. Mut zum Aufbruch wie im Rahmen der Friedlichen Revolution 1989/90. Manchmal aber auch Mut zur notwendigen Umkehr wie beispielsweise in der Frage zur Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken in Deutschland geschehen. Zu oft wird jedoch in der politischen Umkehr eine weitreichende Niederlage gesehen. Ein fataler Fehler.

Umkehr ist ein zutiefst christlicher Wert, der Ausdruck der Fehlbarkeit des Menschen ist. Die Furcht der Politik vor fehlerhaften Entscheidungen hemmt Fortentwicklung. Es ist die Tat, die zählt! Ein Satz, dessen sich Papst Benedikt XVI. auf seiner Reise in Deutschland immer wieder bedient hat. Zu Recht. Denn eine politische Entscheidung, die nicht nur unter dem rationalen Blickwinkel gefällt wird, sondern auch aus der Perspektive des christlichen Menschenbildes, legt

immer die richtigen Maßstäbe an und weist in ihrem Kompass stets in die richtige Richtung.

Wer das Kreuz im Herzen trägt, weiß, dass seine Entscheidungen nie auf Beliebigkeit beruhen. Aber manchmal, so scheint es, haben wir das Vertrauen in uns selbst und unsere Überzeugungen verloren. Zumindest droht die Gefahr. Lassen wir doch das Kreuz in unserem Herzen einmal mehr durch unsere Taten sichtbar werden. Haben wir den Mut, das „C“ zu bekennen und in unseren persönlichen und politischen Handlungen zum Ausdruck zu bringen. Die Beharrlichkeit im Versuch, diesem Anspruch gerecht zu werden, ist mir eigen. Aber der Erfolg einer christlichen Partei stellt sich erst dann ein, wenn der unnachgiebige Versuch zum Gemeinschaftswerk wird. Es würde uns gut tun.

In diesem Sinne, alles Gute und Gottes Segen.



DR. S. SKI LUDWIG Mdl

*Landesvorsitzende der CDU Brandenburg
Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg*

Menschenbild

Der Mensch wird in ein unermessliches Universum hineingeboren, das er nicht selbst geschaffen hat. Über das rationale Begreifen hinaus kann er den Sternenhimmel nur staunend bewundern – genau wie die Schöpfung in ihrer Gesamtheit.

Der Mensch kann wachsen und sich an der Aufgabe bewähren, diese Schöpfung zu bewahren. Dazu gehört nicht nur, die zivilisatorischen und kulturellen Errungenschaften der vorangegangenen Generationen zu pflegen und weiterzuentwickeln, sondern auch das Empfangene und Erreichte an die folgenden Generationen weiterzugeben.

Bisher führten alle Versuche, diese natürliche Ordnung aufzuheben, den Menschen zum Maß aller Dinge zu machen und aus einem totalitären Politikverständnis heraus ein Paradies auf Erden schaffen zu wollen, nur dazu, zeitweilig die Hölle auf Erden zu errichten.

Menschliches Leben gelingt dort am besten, wo ein an der Hilfeleistung orientier-

ter Staat seinen Bürgern Freiheit und Rechtssicherheit garantiert und Eigeninitiative, Eigenverantwortung sowie fairen Wettbewerb fördert. Die Freiheit bleibt nur dann lebendig, wenn sie auf Rechtsgleichheit ruht und durch die Prägekraft nationaler Kultur Grenze und vollkommene Übereinstimmung findet. Je weniger sittliche Ordnung eine Gemeinschaft außerhalb politisch-rechtlicher Systeme entwickelt, desto weniger frei kann sie sein.

In Deutschland und Europa sind wir diesem Ideal einer starken Gemeinschaft der Freien, die sich ihrer kulturellen Wurzeln bewusst ist, in einem Jahrhunderte fortlaufenden historischen Prozess manchmal nahe gekommen. Manchmal, wie zum Beispiel während der Herrschaft des Nationalsozialismus oder der DDR-Diktatur, haben wir uns weit davon entfernt. Die Freiheit muss immer wieder neu bestätigt werden. Letzten Endes überzeugt das Konzept der Freiheit nur den, der die Freiheit liebt. Deutschland und Europa stehen heute in ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in einem weltweiten Wettbewerb. Unsere aktuelle materielle Überlegenheit darf uns nicht täuschen: Nicht

WAS DIE S „C“ FÜR MICH BEDEUTET

Waffen oder Waren, sondern Ideen und Überzeugungen bestimmen den Lauf der Welt.

Unsere Gesellschaft muss sich ihrer eigenen kulturellen Grundlagen bewusst sein, um im Wettbewerb der Ideen bestehen zu können. Nur wenn sie dauerhaft und in großer Breite Spitzenleistungen erbringt, wird sie den erreichten Lebensstandard aufrechterhalten können.



DR. THOMAS DE MAIZIÈRE MdB

Bundesminister der Verteidigung

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ – so heißt es in der Präambel unseres Grundgesetzes. Die Botschaft ist eindeutig: Der Staat ist nicht die letzte Instanz, und der einzelne Bürger steht immer auch in der Verantwortung gegenüber Gott, seinem Schöpfer. Diese Weltanschauung prägt unser Verständnis von Politik bis heute.

Der einzelne Christ ist nicht nur zur Beobachtung oder Bewertung angehalten, sondern auch und vor allem zur politischen Einmischung. Der christliche Auftrag zum Einsatz für unsere Welt beschränkt sich nicht auf einen Aufruf zum Wählen. Als Christen sind wir viel mehr dazu berufen, politisch in Führung zu gehen, politische Verantwortung zu übernehmen, sei es in unserer Nachbarschaft, in unserer Kommune oder in unserem Land.

Politik aus christlicher Verantwortung erhebt den Anspruch, dass das christliche Menschenbild Maßstäbe und Orientierung dafür gibt, was gutes und richtiges Handeln ist. Die Handlungsmaßstäbe, die ich im Laufe der Jahre aus den Quellen meines Glaubens und aus der Erfahrung

meines Engagements als Christ schöpfen durfte, sind mir auch heute in meinem politischen Handeln eine wichtige Orientierungshilfe.

Berufung auf Gott auf das Grundsätzliche beschränken

Die Mehrzahl der politischen Entscheidungen in einer parlamentarischen Demokratie können auch ohne Berufung auf Gott getroffen werden. Nicht jedes Thema verdient es, moralisch aufgeladen zu werden, auch deshalb, weil der gesellschaftliche Raum in Deutschland zunehmend säkularisiert ist. Viele Menschen bringen kein Verständnis für religiöse Gefühle und Überzeugungen auf. Zudem mindert ein inflationärer Rückgriff auf Gott die argumentative Kraft moralischer Überlegungen gerade in dem Moment, wenn es einmal wirklich auf sie ankommt.

Bewusstsein für die Grenzen des menschlichen Handelns

„Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“

Diese Worte von Dietrich Bonhoeffer beschreiben eine Haltung, die meines Erachtens grundlegend für die politischen Entscheidungen eines Christen sein sollte. Die Kraft zur Selbstreflexion und die dafür notwendige Bescheidenheit sollten zum Rüstzeug eines Christen gehören, der in der Politik wirken will.

Orientierung über das Irdische hinaus

Gottvertrauen und Bindung an feststehende Werte – gerade diese weitere Dimension sollte den christlichen Politiker auszeichnen. Die Bindung an Gott macht frei. Der Glaube bestärkt uns in unserer Freiheit.

Die Freiheit eines Christenmenschen bedeutet nach Luther die Rechtfertigung allein aus dem Glauben und die Souveränität gegenüber allem Irdischen. Freiheit bedeutet aber auch, dass wir verantwortlich sind und Verantwortung übernehmen müssen für das, was wir tun, und für das, was wir unterlassen.

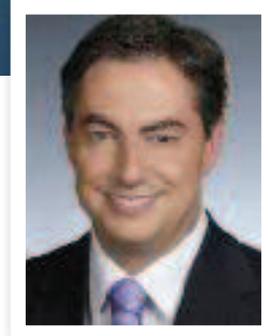
Den Anspruch auch in den Niederungen des politischen Alltags durchhalten

Aus der Erfahrung unterschiedlicher Ämter auf ganz unterschiedlichen politischen

Ebenen kann ich sagen: „Lebenslanges Lernen“ kann in der Politik sehr konkrete Züge annehmen. Die konkrete Arbeit an der Sache hat sich dabei als ein wichtiger Maßstab guten Handelns herausgestellt. Die Arbeit an der Sache verlangt oft Kompromisse. Die Bereitschaft zum Kompromiss gehört für mich zur Grundausstattung des Demokraten. Wer jeden Kompromiss als etwas Faules ansieht, kann im freiheitlichen Rechtsstaat keine Verantwortung tragen. Unsere demokratische Ordnung ist in ihrem Bestand auf feste ethische Prinzipien angewiesen, die allgemein verständlich und konsensfähig sind. Für ihre konkrete Ausgestaltung braucht es jedoch darüber hinaus viele pragmatische Entscheidungen.

Jeder Einzelne muss entscheiden, welchen Leitbildern er folgt und welchen Überzeugungen er vertraut. Mein Leitbild ist das christliche Menschenbild und Weltverständnis. Dem versuche ich zu entsprechen und die damit verbundenen Werte für meine Mitmenschen erfahrbar zu machen.

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ – daran werden wir gemessen werden und daran sollten wir uns gerne messen lassen.



Dr. Volker Lischer MdB

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen
Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen

Politisches Handeln ohne Werteorientierung ist für mich persönlich nicht vorstellbar. Ein ethisches Fundament kann zwar niemals die Sachkunde in der Politik ersetzen. Aber alle Sachkunde nützt nichts ohne eine feste Werteordnung.

Die Entscheidung, mich politisch in der Christlich Demokratischen Union zu engagieren, hat auch mein christlicher Glaube beeinflusst. Das christliche Menschenbild ist Maßstab und Kompass für mein politisches Handeln. Es fragt nach der Berechtigung unseres Tuns und Lassens sowie nach den sittlichen Maßstäben unserer Entscheidungen.

Im September hat Papst Benedikt XVI. Deutschland besucht. Die Rede des Papstes im Deutschen Bundestag durfte ich selbst miterleben. Besonders interessant fand ich dabei das Bild aus dem Alten Testament, mit dem der Papst seine Rede begonnen und beendet hat. Zu Beginn seiner Herrschaft darf der junge König Salomon eine Bitte an Gott richten. Diese Bitte lautet: „Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er dein Volk zu regieren und das Gute vom Bösen zu unterscheiden versteht.“

In diesem Gebet Salomons findet sich nach meiner Überzeugung der Schlüssel zur Antwort auf die Frage nach einer Politik in Freiheit und Verantwortung – und zwar einer guten Politik.

Für mich als evangelisch-lutherischer Christ hat Luthers Sendschreiben „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ eine zentrale Bedeutung. Die entscheidenden, sich scheinbar widersprechenden Sätze der Schrift lauten: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“

Martin Luther meint mit dem Bild vom dienstbaren Knecht nicht einen willenlosen Sklaven oder Untertan. Er beschreibt einen Menschen, der sich aus freiem Willen in die Verantwortung nehmen lässt. Der Mensch hat nach Luthers Lehre die Freiheit, sich zwischen Gut und Böse zu entscheiden.

Gott hat uns in die Verantwortung für diese Erde und damit in die Verantwortung gegenüber unserem Nächsten ge-

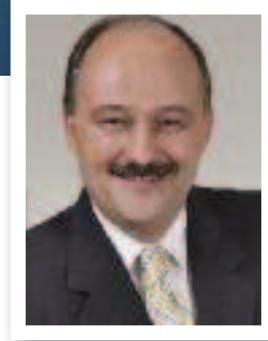
stellt. Leben und Lehre des menschengewordenen Gottessohns Jesus zeigen uns dafür die Richtung. Luther erinnert in seinem Sendschreiben auch daran, dass es einen Auftrag Gottes gibt, die Welt zu gestalten. Dieser Auftrag richtet sich in besonderer Weise an die Menschen, die politische Verantwortung tragen.

Wie der freie Christenmensch in seinem Privatleben, so sind auch wir Politiker nur unserem Gewissen und unserer freien Willensentscheidung unterworfen. Um den richtigen Gebrauch der Gewissensfreiheit bittet auch König Salomon, wenn er sich ein hörendes Herz wünscht, um Gut und Böse unterscheiden zu können.

Um christliche Werte in den politischen Alltag hineinragen zu können, muss man nach meiner Überzeugung stets wahrhaftig handeln und ehrlich sein. Nur mit der Tugend der Wahrhaftigkeit lässt sich die Glaubwürdigkeit erwerben, mit der ein freiheitliches Gemeinwesen auch über schwierige Wege geführt werden kann. Dabei muss den Menschen vor allem klar gesagt werden, welches Ziel der Weg hat, den man ihnen weisen möchte. Dieses Ziel ist für mich in erster Linie der Erhalt einer offenen Gesellschaft in einem freiheitlichen Rechtsrahmen. Denn nur sie bietet uns die Mög-

lichkeit zur Gestaltung der Schöpfung in Freiheit und Verantwortung.

Zugleich weiß ich als Christ, dass ich Fehler machen werde, auch wenn ich mich noch so bemühe, meine Glaubensüberzeugungen in politisches Handeln umzusetzen. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt, doch als Christen wissen wir um die Verheißung der göttlichen Gnade. Der Politik sind dadurch Grenzen gesetzt. Diese Einsicht schützt vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung und schenkt die Gewissheit der Vergebung.



DR. MICH'EL MEISTER MdB

*Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Das christliche Menschenbild ist der Kompass der CDU – und auch mein persönlicher. Die aus dem christlichen Menschenbild abgeleiteten Werte von Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie die unantastbare Würde eines jeden einzelnen Menschen sind für mich maßgebend, nicht nur in meinem politischen Handeln.

Ganz entscheidend ist die Einsicht, dass man nicht ein ebenso künstliches wie unrealistisches Idealbild eines Menschen schaffen kann. Vielmehr gilt es, den Menschen so zu nehmen, wie er ist – mit all seinen Stärken, aber auch all seinen Schwächen. Das christliche Menschenbild – als die Basis christlich-demokratischer Politik – ist damit auch eine deutliche Absage an jedwede Ideologie, die zu wissen glaubt, was allein für den Menschen gut sei.

Politik, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt, sorgt für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es jedem Einzelnen ermöglichen, ein eigenverantwortliches Leben in Würde und Freiheit zu führen. Gestaltend für

einen solchen Ordnungsrahmen sind hierbei insbesondere die Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität. Diese komplementären Leitbegriffe der katholischen Soziallehre fügen sich zu einem normativen Fundament, das mein tägliches Tun stark beeinflusst.

Freiheit und Verantwortung sind unter dem Dach des christlichen Menschenbildes untrennbar miteinander verknüpft. Wenn dagegen mit Freiheit verantwortungslos umgegangen wird, so kommt es zu Exzessen, unter denen im schlimmsten Fall sogar die gesamte Gesellschaft leidet. Freiheit ohne Verantwortung ist nichts anderes als Zügellosigkeit, der entschieden entgegengetreten werden muss. Die Wirtschafts- und Finanzkrise beispielsweise hat Auswüchse offengelegt, die zwingend ein Gegensteuern erfordern. So bedarf es unter anderem eines besseren qualitativen Rahmens zur Regulierung der Finanzmärkte. Hier die notwendigen Leitplanken zu ziehen, ist auch ein Gebot, das sich aus dem christlichen Menschenbild ableitet. Als Politiker, der aus christlicher Verantwortung handelt, versuche ich hier meinen Beitrag zu leisten.

Ich bin ein überzeugter Verfechter unserer Sozialen Marktwirtschaft, deren Ordnungsvorstellungen auf den Prinzipien der christlichen Sozialethik fußen. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet eine freiheitliche Wettbewerbsordnung mit sozialer Verantwortung und ist seit über 60 Jahren das Erfolgsmodell für unseren Wohlstand. Diesen Wohlstand auch für die kommenden Generationen zu erhalten und zu mehren, dafür setze ich mich tagtäglich bei meiner Arbeit ein. Das christliche Menschenbild ist mir dabei ein unverzichtbarer Wegweiser. So ist mein Eintreten für solide Staatsfinanzen gerade auch ein Bekenntnis zum „C“. Die Schuldenbremse im Grundgesetz, für die ich mich mit Herzblut eingesetzt habe, ist nicht nur Meilenstein in der Haushaltspolitik, sondern vor allem ein Gebot der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Das „C“ bedeutet für mich ferner eine besondere Verantwortung für die Schöpfung. Die Mitwirkung an einer nachhaltigen Umwelt- und Klimapolitik und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur und unseren Mitgeschöpfen sind für mich eine Verpflichtung, die aus der christlichen Ethik folgt.

Mit meiner Familie gehe ich oft und gerne in die Natur raus. Wenn meine beiden

Söhne dann immer wieder aufs Neue mit großen Augen die vielen kleinen Wunder der Natur betrachten, macht mich das glücklich. Ich versuche, ihnen zu vermitteln, wie wichtig es ist, alles dafür zu tun, unsere schöne Erde, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Ich wünsche mir, dass die Begeisterung meiner Söhne für die Natur sie ein Leben lang begleitet – und sie später auch ihren Kindern den verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung näherbringen.



MIR MICH LK MdB

*Behindertenbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland in einem Gemeinwesen, dessen Grundlagen weitgehend christlich geprägt sind. Gemeinwohlbezogenheit, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit sind wesentliche Bestandteile unserer freiheitlichen Grundordnung. Trotzdem machen sich heute Lethargie und Egoismen breit. Woran liegt das? Diese Frage beschäftigt mich sehr. Immer wieder stoße ich beim Nachdenken auf zurückliegende Ereignisse:

Gegen den „Strom der Zeit“ wurden von CDU-Ortsgruppen in der DDR Geldsammlungen für „Mutter Teresa“ oder für das „Albert-Schweitzer-Werk“ und für „Brot für die Welt“ organisiert. Solche Sammlungen fanden zur DDR-Zeit keine öffentliche Anerkennung.

In dieser Zeit haben sich auch Gruppen stark gemacht, Straßen nach Persönlichkeiten zu benennen, die aus christlicher Verantwortung für Menschlichkeit und Engagement standen. Um den Schein der Demokratie zu wahren, gab es hin und wieder Genehmigungen für Straßenumbenennungen, wie z. B. nach dem katholischen Priester Alois Andritzki,

der nunmehr in diesem Jahr selig gesprochen wurde.

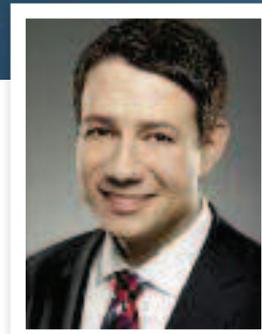
Mit der Herausgabe von christlichen Adventskalendern zeigte damals die CDU als einzige Partei öffentlich, dass sie sich den christlichen Werten verpflichtet fühlt. Ich erinnere mich noch an die einzige öffentliche christliche Bücherstube in unserer Region in Schirgiswalde. Es war kein Zufall, dass der Wunsch nach einer christlichen Buchhandlung immer stärker wurde. Viele hatten das Bedürfnis, sich mit christlicher Literatur auseinanderzusetzen. Der Zuspruch der Kunden ist von Jahr zu Jahr gestiegen, wie die ständig wachsenden Umsatzzahlen belegten.

Obwohl ich noch Schülerin war, erinnere ich mich sehr genau an die Diskussion 1968 um die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig. Am 1. Pfingstfeiertag fand in Sdier mit Bischof Dr. Spülbeck die Firmung statt. Er bat die Gemeinde, nach dem Gottesdienst noch im Kirchenraum zu verbleiben, da er eine Mitteilung zu machen hätte, die alle Gläubigen interessiere und die nicht in den

Rahmen der gottesdienstlichen Handlungen passt. Er schilderte, dass in den Tagen um Himmelfahrt in Leipzig die Universitätskirche gesprengt wurde. Von diesem Vorgang ist die katholische Kirche vorher nicht verständigt worden, und der Raum für die gottesdienstlichen Handlungen ist auch nicht aufgekündigt worden. Bis zur letzten Stunde verweilten Gläubige im Gebet im Kirchenraum, die letzten Endes mehr oder weniger mit Gewalt zum Verlassen des Gotteshauses veranlasst wurden. Dann erfolgte die Sprengung. Tausende Leipziger zogen zu dem Platz und legten Blumen auf die Trümmer. Das in diesem Jahr neu eingeweihte Universitätsgebäude mit der Kirche ist für mich Beweis dafür, dass das Festhalten an christlichen Werten Früchte in die Zukunft trägt.

Beim Nachdenken über die Bedeutung christlicher Werte für mich persönlich gleiten meine Gedanken immer wieder in die Vergangenheit. Oft frage ich mich, was meine Lebenserfahrungen dominiert. Wahrscheinlich ist es das Bedürfnis eines jeden von uns, wissen zu wollen, wo seine Wurzeln liegen. Das stärkt die eigenen Gedanken, gibt Sicherheit und Orientierung. Die Bedeutung und Tiefe des eigenen Lebens wird klarer. Dankbarkeit stellt sich ein. Ja, christliche Werte sind ein sicheres Koordinatensy-

stem. Persönliche Stärke erwächst aus dem Bewusstsein seiner persönlichen Wurzeln. Der Mensch braucht Vergleichsmaßstäbe, um Sorgen und Ängste überwinden zu können, erst recht in dieser schnelllebigen Zeit. Auch darauf geben christliche Werte Antwort. Im Bewusstsein christlicher Werte gelingt es mir schlichtweg leichter, die Herausforderungen eines jeden Tages zu meistern und dabei das Ganze nicht aus dem Auge zu verlieren.



PHILIPP MISSFELDER MdB

*Bundvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands*

Christdemokratie heute

In einem Interview wurde ich einmal gefragt, an welchem Ort ich am besten Kraft für die politische Arbeit schöpfen kann. Meine Antwort war damals: sonntags im Gottesdienst. Meine Antwort auf die gleiche Frage wäre heute immer noch so. Wir alle brauchen ein Gefühl dafür, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Klar, jeder kann und wird sich im Laufe des Lebens immer wieder neu dafür entscheiden, ob und wie oft er in die Kirche geht, um dem Glauben Impulse in der Gemeinschaft mit anderen Gläubigen geben zu lassen. Ein grundsätzliches Nahebringen des christlichen Wertefundamentes schon in jungen Jahren halte ich dennoch für richtig. Viele Erwachsene, die dem Katholizismus heute fernstehen, waren in ihrer Jugend in keinem Gotteshaus, haben die Sakramente der Kommunion und Firmung nie empfangen, durften das Zusammengehörigkeitsgefühl einer funktionierenden Messdienergruppe nie erleben. Das ist schade. Für oder gegen den Glauben, für oder gegen das katholische Wertesystem: Diese Wahl können Menschen, die – ob sie wollen oder nicht – als Christ geboren worden

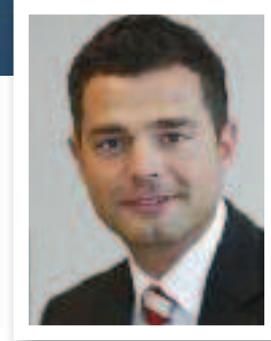
sind, jederzeit treffen. Wir leben in einer offenen Gesellschaft. Wie aber soll jemand wählen, der die Wärme der Gemeinschaft Jesu Christi nie kennengelernt hat?

Zahlreiche Irritationen, die im Verhältnis zwischen katholischer Weltkirche und der in Teilen entchristlichten Gesellschaft Deutschlands heute bestehen, resultieren meiner Überzeugung nach aus eben dieser Diskrepanz zwischen eigenem Erleben und dem vorurteilsbehafteten äußeren Blick auf die Institutionen. Viele machen den Papst sogar für die an AIDS Leidenden Afrikas verantwortlich und übersehen die Kraft, die der Glauben Menschen wie Mutter Teresa gegeben hat. Viele kritisieren das Zölibat und verkennen die Mystik, die beispielsweise das Leben im Kloster als stiller Rückzugsort abseits der hektischen Welt Menschen bietet. Viele attackieren die Idee des Lebensschutzes und ignorieren, dass Leben eben nicht planbar ist und auch nicht bis zum Letzten planbar sein darf. Viele lehnen die katholische Kirche ab, treten aus und übersehen dabei, dass sie mit ihrem Kirchenbesuch zu Weihnachten doch die Sehnsucht nach Glaube, Liebe und Hoffnung in sich tragen.

Die Botschaft Jesus Christus lautet: Ihr könnt mich ignorieren, aber ich lasse Euch trotzdem nicht fallen. Die katholische Kirche kennt keine Zwangsmitgliedschaften, sie hält ihre Arme offen für jene, die ihren Glauben vielleicht erst in schwerer Krankheit oder nach Trauerfällen wiederfinden. In Momenten, wo keine fundamentalistischen Kirchengegner in den weiten Großstädten Trost spenden, sondern das Gespräch mit dem Pfarrer der Heimatgemeinde. Glaube braucht keine Institutionen, aber er findet in der Kirche seinen Halt. Wir sollten uns in Deutschland weniger damit beschäftigen, eine Bastion zu schleifen, die Jahrhunderte überdauert hat und daraus auch ihren Mut bezieht, dem Zeitgeist zu trotzen. Was würden die vehementesten Vatikankritiker über einen Papst sagen, der ihrer Kritik binnen Monaten nachgibt? Der binnen Stunden Positionen und Überzeugungen über den Haufen wirft, deren Sinn und Zweck Millionen Gläubigen Halt und Gewissheit geben? Der Papst wäre in diesem Fall ein schlechter Hirte. Dass er es nicht ist, beweist sein täglicher Entschluss, Diskussionen zu führen, für Argumente empfänglich zu sein und trotzdem standhaft zu bleiben.

Die Aufgabe christlich-demokratischer Politik im 21. Jahrhundert sollte nicht darin bestehen, die katholische und evangelische Kirche zu verteidigen, aber sie muss

darin bestehen, ein Bewusstsein für christliche Wertvorstellungen zu schaffen. Ja, das christlich-jüdische Erbe, auf dem unsere Gesellschaft fußt, ist eine Verpflichtung, die aneckt und nonkonform ist. Aber der tiefgehende Humanismus, die Liebe zum Menschen und zur Schöpfung sind es wert, dass eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, christlich-demokratisch zu denken und zu fühlen, exakt dafür eintritt, auch wenn der Gegenwind stark ist. Das Ziel der CDU war und ist es nicht zu missionieren – ihr Ziel muss sein, für Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes zu werben. Deshalb könnte das Motto der Christdemokratie im 21. Jahrhundert wie folgt lauten: „Freiheit zu glauben – in Verantwortung vor Gott“.



MIKE MOHRING MdL

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Thüringen

„Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch; das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott.“ Diese zwei Sätze stammen von Wilhelm Röpke, einem der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, und sie könnten als ehernes Gesetz über den Schreibtischen derer hängen, die Verantwortung für andere Menschen tragen. Nicht alleine in der Wirtschaft, sondern auch in Staat und Gesellschaft. Sie verknüpfen zwei Kontrollfragen, die hätte man sie ständig im Blick, erheblich zu einem humanen Gemeinwesen beitragen könnten.

Was ist menschengemäß? Das ist sicherlich die Ausgangsfrage jeder guten Politik. Doch mit welchem Maß messen wir uns und unseren Nächsten? Wonach bestimmt sich, was wir ihm schulden und oft auch schuldig bleiben? Wer in der DDR aufgewachsen ist, der weiß, welch immense Gefahr es birgt, wenn Wert und Würde des Menschen von einer kollektivistischen Ideologie und seinem Beitrag zum Kollektiv her bestimmt werden.

Es gibt nichts, was dem fundamentaler widerspricht als das Christentum: Der Nächste ist Gottes geliebtes Geschöpf wie ich

selbst. Ich bedarf der Vergebung genauso wie der, mit dem ich politisch die Klänge kreuze. Meine Ämter darf ich unter dem Zuspruch, aber genauso unter dem Anspruch des Evangeliums ausüben. Wie anspruchsvoll, aber auch wie befreiend! Es braucht Zeit und Einübung im Glauben, das zu ergreifen und davon ergriffen zu werden. Heute kann ich mir als im jungen Erwachsenenalter Getaufte Politik jedenfalls nicht mehr anders vorstellen.

Daraus ergibt sich selbstredend kein politisches Programm. Aber die Kompassnadel für die Orientierung im unübersichtlichen politischen Gelände, für Wege und Umwege, ist ein für alle Mal geeicht. Die Würde des Menschen ist unantastbar, verankert in einem Bereich, der zu Niemandes Disposition steht; ohne die „Wenns“ und „Abers“ der Ideologien, die einmal so treffend als Philosophien aus Fertigbauteilen bezeichnet worden sind.

Kern der Würde ist die Freiheit, die sich in der selbst gewählten Bindung und Verantwortung verwirklicht. Solidarität erhält ihren inneren Gehalt aus der Nächstenliebe, die an keine Bedingung geknüpft ist. Die



Forderung nach Gerechtigkeit ist in der gemeinsamen Gotteskindschaft verankert. Verantwortung und Zuständigkeiten werden nach dem Prinzip der Subsidiarität geordnet, weil in überschaubaren und verstandenen Ordnungen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit besser geübt werden können.

Natürlich: Diese Maßstäbe sind oft verfehlt worden und werden immer wieder verfehlt, auch das gehört zu den Bedingungen menschlicher Existenz. Wir müssen mit den Grenzen unserer Erkenntnis genauso fertig werden wie mit der Erfahrung, dass auch alles politische Tun Stückwerk bleibt. Es ist ein Irrtum zu glauben, das Paradies lasse sich auf die Erde zwingen. Doch wir können versuchen, uns an diesen Maßstäben immer wieder neu auszurichten.

Sie prägen politisches Handeln, wie ich an einem besonders umkämpften Feld illustrieren möchte, der Familienpolitik. Sie ist im Kern am Wohl des Kindes und seinen Entwicklungschancen auszurichten. Ist die Familie intakt, erlebt ein Kind in der Gemeinsamkeit mit Mutter, Vater und Geschwistern, was Liebe und Nächstenliebe, Verantwortung und Bindung bedeuten. Es gibt keinen konkreteren Anwendungsfall für das Subsidiaritätsprinzip. Deshalb muss gute Familienpolitik zuvor-

derst Familien stärken und nicht ersetzen. Dazu gehört aber auch, die Vielfalt der Lebensverhältnisse und Lebensentwürfe ernst zu nehmen.

Die CDU in Thüringen hat ihre Familienpolitik stets auf zwei Pfeilern aufgebaut. Wir haben die Betreuungsinfrastruktur und Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten ausgebaut. Zugleich unterstützen wir die Eltern finanziell, die ihr Kind über den ersten Geburtstag hinaus noch eine Weile zu Hause aufziehen. Eltern zu begleiten, die mit ihrer Erziehungsaufgabe überfordert sind, ist daneben unerlässlich.

Dies versteht sich von selbst, weil verbindlicher Ausgangspunkt unseres politischen Denkens das christliche Menschenbild ist. Nach unserem christlichen Verständnis ist der Mensch auf den Nächsten hin orientiert, deshalb gehören Solidarität und Gerechtigkeit zu unserem Menschenbild.

Für mich bedeutet dies, in längeren Linien und Generationen zu denken und politisches Handeln danach auszurichten. Das Bemühen, immer im Blick zu haben, wie sich Entscheidungen, die wir heute fällen, auf kommende Generationen auswirken, treibt mich tagtäglich um.



GÜNTHER H. OETTINGER

Mitglied der Europäischen Kommission

Der christliche Glaube hat mich schon früh geprägt: Kirchliche Feiertage und Feste waren in meiner Familie immer wichtige Fixpunkte im Jahresverlauf und sind noch heute Gelegenheiten, an denen die gesamte Familie zu sich findet. Dies hat mir den Weg zum Glauben ebnet.

Der Imperativ der Nächstenliebe und der Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft, in der er lebt, sind eine Grundmotivation meiner politischen Arbeit. Das Beispiel anderer gläubiger Christen – sei es im Bereich der Behindertenbetreuung oder dem der Entwicklungshilfe – hat mich immer bestärkt, gelebte christliche Nächstenliebe auch mit öffentlichen Geldern zu unterstützen.

All die Jahre in der baden-württembergischen Landespolitik hindurch war meine Arbeit von einer intensiven Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften geprägt: Kleinkindbetreuung, frühkindliche Bildung, allgemeinbildende Schulen, theologische Hochschulen, Jugendsozialarbeit, Integrationsaufgaben, Politik gegen Suchtgefahren, Be-

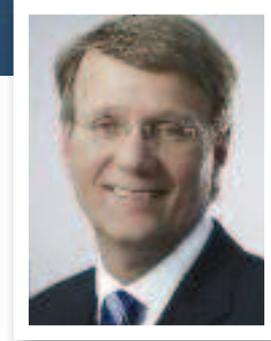
treuung und Pflege von Behinderten, ambulante und stationäre Angebote für Senioren. Dies sind nicht alle, aber sicher die wichtigsten Aufgabenfelder, in denen die Kirchen und die Religionsgemeinschaften die Landespolitik mit Rat und Tat begleiten.

Dabei hat natürlich – in einem christlich geprägten Land wie Baden-Württemberg – die Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen eine besonders wichtige Bedeutung gehabt. Ich bin heute noch dankbar, wie konstruktiv, vertrauensvoll und engagiert diese Zusammenarbeit von den Kirchenleitenden bis zu den vielen ehrenamtlich Mitwirkenden war.

Auf der Ebene der Europäischen Union ist diese Zusammenarbeit im Alltag weniger ausgeprägt, und auch in den europäischen Verträgen sind Kirchen und Religionsgemeinschaften und das christliche Menschenbild – nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Traditionen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – nicht so prominent vertreten wie im Grundgesetz und in der Landesverfassung von Baden-Württemberg.

Wenn wir es ernst meinen und in den nächsten Jahren eine europäische Wirtschaftsregierung ausbauen, werden wir dabei auch kulturelle, soziale und ökologische Überzeugungen europäisch umsetzen. Dies wird dazu führen, dass das christliche Menschenbild auch für die europäische Politik noch wichtiger wird.

Ich baue darauf, dass sich die Kirchen und Religionsgemeinschaften, und insbesondere auch „meine“ EKD, verstärkt in Brüssel in die Willensbildungsprozesse einbringen werden und so den „Dialogartikel“ aus dem Lissabon-Vertrag kraftvoll mit Leben füllen.



RONALD POFALLA MdB

Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben

Wir haben das große Glück, dass wir in Deutschland in einem demokratischen Rechtsstaat leben, in dem die Rechte seiner Bürger auch durchgesetzt werden. Dieses Glück haben leider nicht alle Menschen in Europa.

Nur knapp 1200 Kilometer von Berlin entfernt – und damit geographisch ähnlich nah wie Paris – liegt Minsk, die Hauptstadt Weißrusslands. Die Hauptstadt eines Landes, in dem Menschen- und Bürgerrechte nichts gelten.

Schon seit Jahren verfolge ich die Entwicklung des Landes aufmerksam und mit großer Sorge, weil ich der Ansicht bin, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben muss, seine Menschenrechte und demokratischen Rechte frei wahrzunehmen und vom Staat geschützt zu werden. Diese Rechte gründen sich für mich als Christ auch aus dem Glauben heraus, dass Gott uns Menschen nach seinem Abbild erschaffen hat.

Bei diversen Gesprächen mit Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft Weißrusslands in Weißrussland selbst, in

Litauen und in Deutschland habe ich erfahren, was es heißt, in einem Land zu leben, in dem Unfreiheit herrscht, in dem eine autoritär geführte Regierung Oppositionelle, die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien mit Repressionen drangsaliert. In einem Land, in dem die Mehrheit der Präsidentschaftskandidaten, die sich der Wahl vom Dezember 2010 stellten, in Gefängnisse gesteckt wurden, in denen von menschenwürdigen Bedingungen keine Rede sein kann.

Ich versuche daher mit meinen Möglichkeiten, diejenigen zu unterstützen, die etwas dafür unternehmen, dass auch in Belarus angstfrei unabhängige Organisationen, Vereinigungen oder Parteien gegründet werden können, die sich für Meinungs- und Versammlungsfreiheit einsetzen und damit für ein menschenwürdiges Leben.

Und es erfüllt mich mit großer Freude und Hoffnung, dass es vor dem geschilderten Hintergrund in Weißrussland nicht nur Menschen gibt, die sich für einen demokratischen Staat einsetzen, sondern auch Menschen, die sich zu ih-

rem christlichen Glauben bekennen. Persönlichkeiten, die aus ihrem christlichen Glauben heraus und ihrer Verantwortung vor Gott handeln – in einem politischen und gesellschaftlichen Klima der Angst und Repression, das eine solche Haltung ganz und gar nicht selbstverständlich macht.

Seit langem verfolge und unterstütze ich daher zum Beispiel die Entwicklung der evangelischen Gemeinde in dem Ort Grodno nahe der polnischen und der litauischen Grenze. Die kleine Gemeinde besteht aus überwiegend deutschstämmigen Mitgliedern und wird von einem jungen, sehr engagierten Pastor geleitet. Das hundertjährige Kirchengebäude, gleichzeitig die einzige evangelisch-lutherische Kirche in Belarus, muss dringend renoviert werden. Derzeit werden die erforderlichen Gutachten erstellt, und ich hoffe sehr, dass mit Hilfe aus Deutschland und viel Engagement vor Ort dieses Zeugnis christlichen Glaubens bewahrt werden kann. Es beeindruckt mich immer wieder zu sehen, dass Menschen auch unter harten Bedingungen für ihren Glauben eintreten. Das macht Mut und gibt Hoffnung.



DR. HANS-GERT PÖTERING MdB
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

„In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“ Dass die Präambel der EU-Grundrechtecharta diesen Wortlaut trägt, ist auf das Engagement der europäischen Christdemokraten zurückzuführen. Für mich ist sie eine wesentliche Zusammenfassung dessen, was mein politisches Handeln in der Europäischen Union bestimmt. Seit ich 1979 zum ersten Mal in das Europäische Parlament gewählt wurde, zählt es zu meinen Grundüberzeugungen, dass wir Politik nur gestalten können, wenn wir ein festes Wertefundament besitzen, das Orientierungspunkte und Maßstäbe für politisches Handeln geben kann. Diese Leitvorstellung ist uns im christlichen Menschenbild gegeben. Es gründet auf der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen, dem dadurch eine unverfügbare Würde zukommt, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes verankert ist.

Ein wichtiges Ziel der vergangenen Jahre war es daher für mich, gemeinsam mit den

anderen Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) die Werte, die sich aus diesem Leitbild ergeben, in den Vertrag von Lissabon einzubringen. In ihm ist es gelungen, die wichtigsten Werte festzuschreiben: die Würde des Menschen, die Anerkennung der Ehe, der Schutz der Familie als Grundeinheit unserer Gesellschaft ebenso wie die Prinzipien Demokratie, Freiheit und Solidarität.

Neben der Solidarität zwischen den Menschen durch die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells mit hohen Sozialstandards drückt sich die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten finanziell in der Regionalpolitik aus. Insbesondere in der aktuellen Situation müssen wir deutlich machen, was Solidarität in der Finanzkrise bedeutet. Es gilt, sich solidarisch mit Ländern zu verhalten, die in Not geraten sind. Aber es ist auch richtig, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, das heißt, das Subsidiaritätsprinzip anzuwenden – ein weiterer Kern der christlichen Soziallehre.

Johannes Paul II. hat 2004 der EVP-Fraktion für ihren Einsatz um die Verankerung der Werte in der EU-Grundrechtecharta

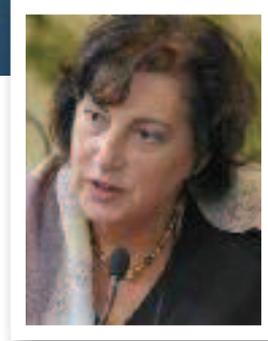
gedankt. Gleichzeitig hat er die Anerkennung der öffentlichen Rolle der Religion angemahnt. Es wurde erreicht, dass Artikel 17 des Vertrags von Lissabon den Status der Kirchen in den jeweiligen Mitgliedstaaten anerkennt. Zur Wirkung kommt das kirchliche Engagement aber erst durch den festgeschriebenen „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“. Dieser Dialog ist jetzt zu führen. Nur durch einen konstruktiven Austausch mit den Kirchen können wir ethisch verantwortbare Lösungen im Sinne des „C“ für die anstehenden Probleme finden. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die christlichen Demokraten in ganz Europa.

Für mich war die Rede von Papst Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag ein Appell, über die Grundlagen unseres Handelns nachzudenken. Auch die Verlautbarungen der Deutschen Bischofskonferenz und die Denkschriften der EKD sind wichtige Anregungen. Vor allem das gemeinsame Wort der beiden Kirchen „Demokratie braucht Tugenden“ von 2006 hat an die Maßstäbe erinnert, für die wir uns als Politiker einsetzen müssen. Dort heißt es etwa, dass aus dem christlichen Menschenbild nicht direkt ökonomische oder politische Handlungsanweisungen hergeleitet werden können: „Aber mit seinen zentralen Kategorien der Freiheit, der Würde und der Selbstbestimmung zeigt es einen ethi-

schen Mindeststandard, der in jedem Fall gewahrt bleiben muss, wenn konkrete Entscheidungen getroffen werden.“

Dies gilt nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit. Als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung werde ich auf meinen Reisen für die Anerkennung der Würde, der Freiheit und der Gleichheit aller Menschen. Dabei spielt in den letzten Monaten die Religionsfreiheit im Nahen Osten eine große Rolle. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit benachteiligt und bedrängt werden. Darauf weise ich bei allen Begegnungen hin.

Für mich ist das „C“ in seiner eindringlichen Mahnung, den Menschen mit seiner unantastbaren Würde in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen, gleich ob er uns geographisch fern oder nah ist, ein „Stachel in unserem Fleisch“, der uns antreibt, unbequeme Diskussionen zu führen, um eine freie, gerechte und solidarische Welt zu schaffen.



DR. GODELIEVE QUISTHOUDT-ROWOHL MdEP

Die Bedeutung des christlichen Menschenbildes in meinem täglichen Leben und meiner Arbeit als Politikerin

Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, sagt Jesus den Pharisäern im Markusevangelium (12, 13-17). Zwar sind Staat und Kirche, Religion und Politik streng getrennt – und dennoch beeinflusst ein christliches Grundverständnis mein Leben und Handeln, auch als Politikerin. Dieses Prinzip zu achten, ist dabei eine tägliche Herausforderung. In jedem konkreten Fall muss neu überlegt werden, wie man in Respekt zu Meinungen von Andersdenkenden handelt und entscheidet. Soll das, was für mich selbstverständlich richtig ist, auch gesetzlich verbindlich für alle gemacht werden? Wo ist das Gleichgewicht zwischen eigener Überzeugung und Toleranz?

Es ist an sich sehr einfach, sein Tun punktuell unter ein Motto zu stellen, und heutzutage erlebe ich immer wieder, dass Menschen sich zu einem Thema bekennen, Anteil haben, Interesse oder

Mitleid zeigen. Etwa nach dem Tsunami in Fukushima, vor oder nach einer Wahl oder für einen Fußballverein. Man sieht es an dezenten kleinen Anstecknadeln, an lauten Sprechchören oder andächtigen Trauermärschen. So ist derzeit auch der Gebrauch Wutbürger ganz neu in unseren Sprachgebrauch eingetreten.

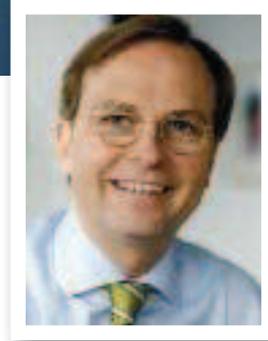
Das „C“ ist jedoch ein Grundverständnis und mehr als ein nur vorübergehendes Motto. Es beschreibt den Menschen als freies Individuum und geboren mit einem ihm inhärenten Selbstwert, der sich nicht nur durch seinen Beitrag für die Gesellschaft beschreiben lässt. In dem Abwägen zwischen Eigenverantwortung und Solidarität hat das „C“ Bedeutungen für die nächsten Generationen, Gesellschaften und unsere Umwelt betreffenden Entscheidungen. Erst bei genauem Hinschauen merke ich, wo und wie dieses christliche Menschenbild mein tägliches Handeln und Denken beeinflusst.

Was also bedeutet das „C“ für mich in meinem täglichen Tun? Vor allem gibt das „C“ mir Ruhe, Geborgenheit und ei-

W S D S „C“ FÜR MICH BEDEUTET

nen Leitfaden. Bei einer Abstimmung im Europäischen Parlament, bei einer Wahl, selbst bei Streitigkeiten mit dem politischen Freund oder Gegner.

Ohne das „C“ wäre unser Tun nur endlich, gefangen in dem Hier und Jetzt. Der christliche Wert verweist uns auf eine andere Dimension, die uns übersteigt.



THOM S. R. CHEL MdB

Bundsvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung

Als die Väter und Mütter der Christlich Demokratischen Union noch inmitten der Trümmer und Verwüstungen des Jahres 1945 davon sprachen, dass eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen könne, wenn man sich auf die „kultur-gestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ besinnen würde, so waren das keine leeren Floskeln. Man hatte noch unmittelbar vor Augen, wohin die Vergottung eines, wie es im Berliner Gründungsauftritt der CDU heißt, „verbrecherischen Abenteurers“ und eines politischen Totalitarismus geführt hatten. Demgegenüber sollte die Verantwortung vor Gott und den Menschen zum selbstverpflichtenden Maßstab einer neuen politischen Kultur im Zeichen des Schutzes, der Achtung und Beförderung der Rechte und der Würde eines jeden Menschen werden. Was für ein ambitioniertes Ziel, was für ein Zeichen von Hoffnungskraft und Neubeginn in der Stunde „Null“, wo noch das „Chaos von Schuld und Schande“ herrschte.

Bis heute hat dieser wegweisende Gründungsimpuls der Union für mich nichts an Aktualität eingebüßt: Denn der eigentliche Sitz im Leben dieser immer wieder not-

wendigen Rückbesinnung auf unsere im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen sind nicht, wie oft unterstellt wird, die sogenannten „Sonntags“- oder „Festreden“, sondern der direkte politische Alltag selbst – mit all seinen Höhen und Tiefen. Die Last der bisweilen sehr großen ethischen Verantwortung, die wir zum Beispiel als Gesetzgeber im Deutschen Bundestag haben, steht mir dabei immer klar vor Augen. Und das lässt dann übrigens nicht selten eher demütige als triumphalistische Gefühle aufkommen. Denn die Komplexität und Tiefe der Probleme, mit denen wir es in der Politik zu tun haben, weisen uns immer wieder auch schmerzlich an unsere Grenzen. Man könnte auch formulieren: Würde und Bürde gehören bei der Selbstverpflichtung auf das „C“ im Parteinamen untrennbar zusammen.

Eine zentrale Perspektive bei der Frage der Verantwortung von uns Christen in der Politik ist für mich darum das besondere protestantische Freiheitsverständnis: Als evangelischer Christ weiß ich, dass das Ringen um die besten Antwortversuche nun einmal in den Streit und auch in

die Zweideutigkeiten dieser Welt hinein gehört. Der Versuch, diese Zweideutigkeiten zu leugnen oder überspringen zu wollen, wäre theologisch wie politisch der letztlich unzulässige Versuch, weltliches und geistliches Amt miteinander zu wechseln. Die direkte Berufung auf besondere geistliche Autoritäten bei den komplexen Alltags- und Gegenwartsfragen, seien es nun die Verlautbarungen eines Bischofs, ein Synodenwort, eine Denkschrift oder gar der vermeintlich direkte Rückgriff auf den Wortlaut der Bibel selbst, kann für das politische Amt nach evangelischem Verständnis allein nicht ausreichen. Denn eine unmittelbare Umsetzung von Glaubenswahrheiten in die Politik ist nicht möglich. Kirche im geistlichen Sinne kann für den evangelischen Christen auch niemals ein Gegenüber oder gar Über sein, denn durch das Priestertum aller Gläubigen ist jeder getaufte Christ selbst ein mündiges Glied der Gemeinde Jesu Christi. Das schafft weiten Raum für ein engagiertes Freiheitsverständnis, das um seine Verantwortung, seine Gewissensbindung und letzten Verwurzelungen weiß.

Der lutherische Theologe Helmut Thielicke, der in der Zeit der Nazi-Diktatur Mitstreiter von Hermann Ehlers in der Bekennenden Kirche war, hat es einmal so ausgedrückt: „Nimmt man Gott aus dem Leben weg, nimmt man dem Menschen auch die

Gottesebenbildlichkeit. Wo Gott weg ist, gilt deshalb auch der Mensch nichts mehr.“ Darum geht es für mich letztlich bei allem politischen Engagement in zentraler Weise. Gerade als CDU und CSU haben wir damit die Verpflichtung, die geschichtlich prägend gewordenen christlichen Quellen und Traditionen unserer Identität nicht bloß passiv oder gleichgültig zur Kenntnis zu nehmen oder gar in ein bloßes Sonntags-Christentum zu verfallen, sondern wir müssen uns stets neu, verstärkt und ausdrücklich zu diesen Quellen und Traditionen bekennen, und zwar überall dort, wo wir aus unserem Glauben heraus zu unserer politischen Verantwortung stehen. Und dies sollten wir vor allem tun mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzer Kraft, mit Weitblick und Augenmaß und nicht zuletzt mit der Freiheit, Kreativität und Freude eines Christenmenschen!



DR. NORBERT RÖTTGEN MdB

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

Ich bin im Rheinland aufgewachsen, in einem katholisch geprägten Elternhaus. Mein Weg in die CDU hat darin seinen Ursprung. Als mein politisches Interesse wach wurde, war es für mich keine Frage, wohin es mich führen würde. Die CDU wurde zu meiner politischen Heimat – zuallererst aufgrund ihrer Bindung an das „C“. Mein persönliches Leben ist dadurch geprägt und natürlich auch mein Leben in Gemeinschaft – in der Familie, in der Kirche und eben auch in der Politik.

Wenn ich mich heute danach frage, was das „C“ für mich in meinem Tun bedeutet – als Politiker, als Umweltminister und als Mitglied der CDU –, dann komme ich schnell zu einem Punkt, der mich durchaus dankbar macht: Ich habe das große Glück, für den Schutz von Umwelt und Natur zuständig zu sein, für den nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und dafür, den Kampf gegen den Klimawandel in kleinen, aber beharrlichen Schritten voranzubringen. Das sind Themen, die sich mit christlichen Kernanliegen decken. Die Würde des Menschen, aber auch die Würde von Umwelt und Natur sind durch den Schöpfungsgedanken in

der Genesis verwurzelt und zentrale Botschaft unseres Glaubensbekenntnisses: „Ich glaube an Gott, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde“. Damit wird der Wert der Schöpfung auch sprachlich in ganz besonderer Weise ausgedrückt.

Der Papst hat zuletzt in seiner eindrucksvollen Rede im Deutschen Bundestag den Würdebegriff vom Menschen auf die ganze Natur übertragen und dem Thema Ökologie eine substanzielle, ganzheitliche Bedeutung gegeben: „Die Erde trägt selbst ihre Würde in sich und wir müssen ihren Weisungen folgen.“ Mit diesem Satz hat er deutlich gemacht, dass aus christlicher Sicht der Schutz der Umwelt und der Natur nicht nur abgeleiteter Wille, sondern als Bewahrung der Schöpfung ursprünglicher Wille Gottes ist.

Daraus lassen sich viele Gedanken ableiten, daran lassen sich viele Diskussionen anknüpfen. In besonderer Weise hat mir die Rede die Bedeutung der Sprache für unser tägliches Tun vor Augen geführt und mich daran erinnert, wie reich der Schatz ist, über den das Christentum in der Bibel,

in Gleichnissen und in Bildern verfügt. Vielleicht sollten wir diese Sprache wieder stärker in unseren Alltag übernehmen, um in einer oftmals sehr technisch und ökonomisch geprägten Welt unseren Anliegen einen kraftvolleren und verständlicheren Ausdruck zu verleihen.

Darin liegt auch eine Chance für die CDU als christlicher Partei. Mehr denn je steht die Politik vor Problemen, die uns herausfordern, nicht mit Ohnmacht zu reagieren, sondern Handlungsmacht zurückzugewinnen, auch über Sprache: Die Finanzmarkt- und die Eurokrise, aber auch die Klimakrise sind Beispiele für globale Entgrenzungen, für Orientierungslosigkeit und einen Mangel an langfristigem, wertegebundenem Denken. Sie sind Beispiele dafür, dass das rücksichtslose Hinterherjagen hinter kurzfristigen Vorteilen den Erfolg langfristiger Ziele und dauerhafte Stabilität gefährden. Sie sind Ausdruck eines Wachstumsbegriffs, der jahrzehntelang mit hohen Risiken und auf Kosten unserer Lebensgrundlagen erkaufte wurde. Sie sind aber auch der Ausdruck dafür, dass normale Menschen nicht mehr verstehen, was um sie herum passiert. Sie verlangen von uns Orientierung in einer aus ihrer Sicht völlig entgrenzten, haltlosen Zeit. Ich gebe zu, dass das eine schwierige Herausforderung ist, aber wir müssen uns ihr stellen. In der christlichen Botschaft finden wir den „ein-

fachen“ Kern dessen, worauf es ankommt: die Würde von Mensch und Natur und die Gestaltungsspielräume künftiger Generationen zum eigentlichen Maßstab zu machen. Die CDU verfügt über das nötige Rüstzeug, diesen Anspruch in eine Politik der Stabilität umzusetzen und diese auf der Basis ihrer Werte so zu begründen und zu erklären, dass sie dafür als Volkspartei eine breite Zustimmung erhält. Von ihrem historisch gewachsenen Potential, den richtigen Ton zu treffen und damit auch weiterhin eine Partei mit „Leidenschaft und Augenmaß“ zu sein, bin ich fest überzeugt.



THOMAS RÖWEK MP MdBB

*Landesvorsitzender der CDU Bremen
Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bremischen
Bürgerschaft*

Das „C“ muss gelebte Verpflichtung und verantwortete Freiheit sein

Das „C“ stellt stets den Menschen in den Mittelpunkt. Unionspolitik, die das „C“ ernst nimmt, bedeutet für mich, dass immer der Mensch in der Mitte allen Handelns steht. Dies gilt auf persönlicher Ebene und für die Inhalte. Das Wissen um eine höhere Instanz, die größer ist als alles eigene Tun und Streben, hilft dabei, sich selbst in der Hektik des politischen Alltags etwas zurückzunehmen. Wir alle machen Fehler, und die sind einfacher zu ertragen, wenn wir uns selbst und unseren Mitstreitern diese menschlichen Unzulänglichkeiten nachsehen.

In der Politik ist mir das „C“ ein innerer Kompass, den ich aber nicht jeden Tag zur Schau stellen muss. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands fasst in klaren Worten zusammen, was „christliches Menschenbild“ für uns bedeutet. Zwei Sätze sind mir besonders wichtig. Der erste muss uns allen immer wieder inhaltliche Richtschnur sein und lautet: „Wir achten jeden Menschen als einmalige und unver-

fügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar.“ Und der zweite betrifft unser eigenes Handeln und die Verantwortung, die daraus erwächst: „Der Mensch besitzt die Freiheit zur sittlichen Entscheidung.“

Das „C“ steht immer in der Mitte

Für mich muss eine Politik, die dem „C“ verpflichtet ist, immer in der Mitte stehen. Die Frage „Wie christlich ist die CDU?“ ist für mich so falsch gestellt. Wir sind keine christliche Partei, sondern eine überkonfessionelle Volkspartei, deren Programmatik auf einem christlichen Wertefundament steht und deren Mitglieder sowie Amts- und Mandatsträger vielfach überzeugte Christen sind und deshalb versuchen, diesem Maßstab im eigenen Leben und in ihrer beruflichen und politischen Arbeit zu folgen.

Die Frage müsste für mich vielmehr lauten: „Was macht das Christliche an der CDU aus?“ Meine Antwort darauf ist: Das Christentum hält die Spannung zwischen einem postmodern übersteigerten Individualis-

mus auf der einen und einem ebenso überzogenen Kollektivismus auf der anderen Seite aus und versucht, ein Gleichgewicht zu halten. Es geht nicht allein um das „Ich“. Es geht aber auch nicht um eine allgemeine Zwangsbeglückung durch Umverteilung.

Unser Leitmotiv muss sein: Freiheit und Verantwortung. Die christliche Soziallehre beschreibt einen für mich nach wie vor aktuellen Ansatz, der individuelle Freiheit und Gemeinwohlverpflichtung verbindet: Hilfe zur Selbsthilfe. Das bedeutet ganz konkret, den Einzelnen wertzuschätzen und sich für die Gemeinschaft einzusetzen, wenn es erforderlich ist. Wer die Verantwortung vor Gott und den Menschen ernst nimmt, der darf nicht nur kritisieren und wehklagen, sondern muss versuchen, Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu geben.

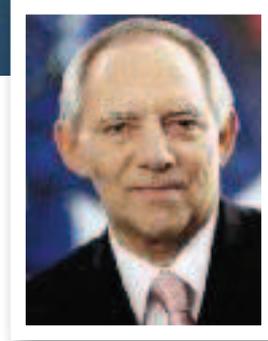
Das „C“ befähigt zum Dialog der Religionen

Ich habe in Bremen die Erfahrung gemacht, dass die CDU durch das „C“ als Markenzeichen in besonderer Weise zum interreligiösen Dialog befähigt und deshalb auch berufen ist, denn Religion ist uns eben nicht egal. Das unterscheidet uns grundlegend von allen anderen politischen Parteien. Für uns ist der Dialog mit den beiden christlichen Kirchen

und den jüdischen Gemeinden selbstverständlich.

Bundespräsident Christian Wulff hat in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen gesagt: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Dieser Satz hat eine lebhafte Debatte über das Verhältnis zum Islam und den Muslimen in Deutschland eröffnet. Wir brauchen diese Debatte, und wir Christdemokraten sollten sie lebendig gestalten.

Ein solcher Austausch fußt für mich auf zwei Säulen: Zum einen kann derjenige einen interreligiösen Dialog gelassen führen, der in seinen eigenen Überzeugungen und seinem eigenen Glauben fest verwurzelt ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass der interreligiöse Dialog mit den Muslimen in Deutschland gelingen kann, wenn klar ist, dass Gottgläubige aufeinander treffen, denn damit ist eine gemeinsame Basis vorhanden. Und zum anderen haben wir mit dem Grundgesetz eine hervorragende Grundlage, die zum einen die Religionsfreiheit garantiert, zum anderen aber für diese Garantie von jedem Einzelnen die Anerkennung eben dieses Grundgesetzes als gemeinsame Grundordnung abverlangt.



DR. WOLFGANG SCHÄUBLE MdB

Bundesminister der Finanzen

Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands

Im Zeitalter der Globalisierung kann es schnell so scheinen, als sei auch für den christlichen Politiker die Orientierung am christlichen Menschenbild hoffnungslos veraltet. Denn die Notwendigkeit, ökonomisch und politisch weltweit zu agieren und Lösungen für Probleme zu finden, die weder nur bei uns ihren Ursprung haben noch auch allein von uns gelöst werden können, zwingt uns zur Zusammenarbeit mit Partnern, für die der christliche Glaube oft nichts bedeutet. Können wir unter diesen Bedingungen politische, wirtschaftliche und soziale Überlegungen, die auf dem christlichen Menschenbild beruhen, überhaupt noch in eine Konsensbildung einbringen?

Ich glaube, die Antwort darauf kann immer noch mit Ja gegeben werden. Denn die Relevanz einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ergibt sich aus dessen bleibender Aktualität, die sich gerade auch in zentralen Fragen der Gegenwart bewährt. In meiner eigenen Arbeit mache ich immer wieder die Erfahrung, dass sich viele der Schwierigkeiten, vor denen wir zu Hause wie

auch weltweit stehen, auf seiner Grundlage wenn nicht gleich lösen, so doch besser verstehen und in Angriff nehmen lassen. Gerade die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise ist dafür ein Beleg.

Denn eine solche Krise fordert uns dazu heraus, auch über grundlegende Probleme unseres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftssystems nachzudenken. Die Marktwirtschaft beruht auf dem menschlichen Gewinnstreben. Sie nimmt den Menschen so, wie er ist; sie setzt keinen Idealmenschen voraus. Dieser Realismus ist ihre Stärke; auf ihm beruht ihr Erfolg. Aus dieser Stärke wird aber eine Schwäche, wenn wir vergessen, dass der hemmungslos nach Gewinn strebende Mensch ein zutiefst ambivalentes Wesen ist, dessen grenzenloses Begehren für andere, für die Umwelt und letztlich auch für ihn selbst zu geradezu gefährlichen Konsequenzen führen kann. Deshalb muss die Bejahung der Marktwirtschaft einhergehen mit ihrer politischen Kontrolle und Begrenzung im Sinne sozialer und ökologischer Prinzipien. Das ist bei uns der Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir heute über eine Reform der internationa-

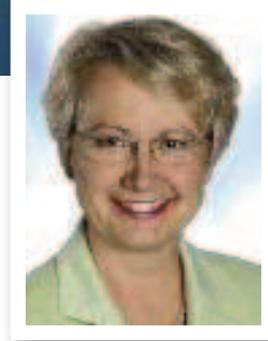
len Finanzordnung als Konsequenz der Krise sprechen, dann folgen auch diese Überlegungen denselben Gedanken.

Für mich selbst beruht diese Logik auf dem christlichen Menschenbild, das den Menschen als ein zu Vernunft und Freiheit bestimmtes, aber auch als gefallenes Wesen verstehen lehrt. Der Mensch als Geschöpf braucht Grenzen, aber oft will er diese Grenzen nicht anerkennen. Deshalb muss er immer wieder daran erinnert werden. Das tut die christliche Tradition durch die Rede von Gott und durch das Gebot der Nächstenliebe. Beide gehören zusammen, weil sie den Menschen darauf hinweisen, dass er nur dann zu sich selbst findet, wenn er andere anerkennt, denen gegenüber er in seinem Wollen und Tun verantwortlich ist. Diese Einsicht ist nicht überholt. Sie ist auch nicht dadurch entwertet, dass bei uns und anderswo der christliche Glaube nicht von allen geteilt wird. Die Grundgedanken, um die es geht, lassen sich auch denen vermitteln, die nicht selbst Christen sind.

Nur wenn wir dazu bereit sind, können wir Lösungen erarbeiten, die für alle tauglich sind, und nur so haben wir eine Chance, der Verpflichtung zur Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Wer sich auf seine eigenen Interessen und Sichtwei-

sen beschränkt, verliert den Blick für die Welt und für den Nächsten.

Wir leben in einer sich rasant entwickelnden und verändernden Welt. Das macht es wichtig, die moralischen Grundlagen unseres politischen Handelns nicht aus dem Blick zu verlieren. Das christliche Menschenbild mit seinen humanen Konsequenzen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik ist eine Grundlage. Gerade unter den Bedingungen globaler Märkte müssen wir uns an ihm festhalten und uns immer wieder darauf besinnen.



PROF. DR. INGRID NETTE SCHÖLERER MdB

*Bundesministerin für Bildung und Forschung
Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands*

Eine neue Lebensmöglichkeit

Wenn ich nach der Bedeutung des Christentums für mein Selbstverständnis und meinen politischen Alltag gefragt werde, dann kann ich darauf schwerlich theoretisch mit Ausführungen über das Verhältnis von Religion und Politik antworten. Es reicht auch nicht aus, auf die Gründungsgeschichte der CDU einzugehen, die mich bei meinem Eintritt in die CDU vor fast 40 Jahren beeindruckt hat. Die Gründung der CDU ist ein großes ökumenisches Projekt. Sie war getragen von der Überzeugung, dass das Christentum eine wirksame geistige Kraft gegen alles Totalitäre ist und damit das geistige Potenzial für den Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbunden sei.

Für mein Selbstverständnis und meine Arbeit im öffentlichen Leben hat die Geschichte der Begegnung Jesu mit dem reichen Mann, erzählt im zehnten Kapitel des Markus-Evangeliums, eine prägende Rolle. Der Mann (und es hätte auch eine Frau sein können) erfährt im Gespräch mit Jesus, der mit seinen Jün-

gern auf dem Weg nach Jerusalem ist, eine Situation tiefer Verunsicherung. Soll wirklich sein Reichtum ihn hindern, in das Himmelreich zu kommen? Die Geschichte provoziert uns. Wir können uns schwerlich rausreden mit dem Hinweis, dass unsere Besitztümer nicht so erheblich sind, als dass wir gemeint sein könnten. Es geht nicht um mehr oder weniger Reichtum. Es wird keine Einkommensgrenze genannt. Die Frage, die Jesus in der Geschichte stellt, ist die Frage nach unseren Bindungen; die Frage danach, wovon wir uns in Anspruch nehmen lassen und wofür wir unsere Kräfte einsetzen – als Einzelne, als christliche Gemeinden und als Gesellschaft. Es ist die sehr politische Frage, die an uns gerichtet ist, wie frei wir dafür sind, Partei zu ergreifen für die, die ohne Besitz sind, die sich benachteiligt fühlen, die schutzlos sind.

Damit ist der Kerngedanke der Nachfolge in ihrer ganzen Ernsthaftigkeit angesprochen. Das Christentum ist keine intellektuelle Angelegenheit. Es verwirklicht sich in gelebter Überzeugung und Nachfolge. Jesus vermittelt dem Mann die Botschaft,

dass die Einhaltung der Gebote nicht unwichtig ist, sie einzuhalten aber nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die Vorbereitung zu dem, was Jesus ihm anbietet: Eine neue Lebensmöglichkeit. Der Verlust seiner Besitztümer wird ihn in der Überzeugung Jesu eben nicht ärmer machen als vorher, gleichwohl aber freier. Die Aufforderung Jesu ist letztlich ein Ruf in die Freiheit.

Diese Freiheit wirkt wie ein Stachel. Sie konfrontiert uns mit der Frage, woran unser Herz hängt und wovon wir uns provozieren lassen. Jesus lädt ein zu einem Leben, das sich nicht allein in der Tradition der Gebote und Ordnungen erschöpft, vielmehr eine Offenheit und Liebe zum ganzen Leben signalisiert; einem Leben, das sich nicht sklavisch an die eigenen Erfolge bindet, sondern Sinn findet im Loslassen und darin, sich den Besitzlosen, den Schwachen, den Hilfsbedürftigen und Ausgegrenzten zuzuwenden.

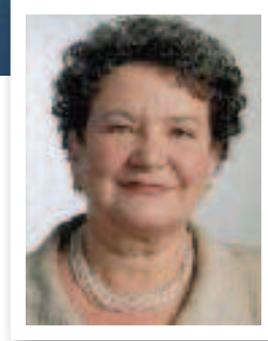
Die Geschichte lässt sich durch noch so kluge Theologie nicht harmonisch auflösen – es bleibt die Spannung. Es bleibt der Stachel einer Freiheit, die uns auffordert, Abschied zu nehmen von liebgewonnenen Gewohnheiten und Traditionen, von den Besitztümern unserer Erfolge und den Früchten einer Ordnung,

die dem Lebensdurst und der Gottessehnsucht der Menschen nicht gerecht wird.

Das ist eine zutiefst politische Geschichte. Es ist zugleich eine Geschichte für Politikerinnen und Politiker, die sich dem „C“ verpflichtet fühlen und immer wieder neu lernen, sich von den Bindungen an vordergründige Erfolge zu lösen. Sie beschäftigt mich, seit ich sie das erste Mal hörte. Sie hilft mir und fordert mich. Es ist eine Geschichte gegen die Oberflächlichkeit des kurzfristigen Erfolgs zugunsten einer neuen Lebensmöglichkeit, die frei macht für den Dienst am Gemeinwesen. Das hilft, ein Gewissen für das Ganze zu entwickeln. Das bleibt zugleich eine Provokation, weil ich mir bewusst sein muss, dass die Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit bleibt.

Diese neue Lebensmöglichkeit ist zugleich eine Quelle von Gelassenheit gegenüber den alltäglichen Versuchungen der Abhängigkeit von der Akzeptanz und Ablehnung anderer, von Triumph und Niederlage.

WAS DAS „C“ FÜR MICH BEDEUTET



PROF. DR. DR. H. C. DR. GMÜR SCHIPF NSKI

Wir leben in einer Zeit, in der viele Lebensentwürfe um die Aufmerksamkeit der Menschen konkurrieren. Dschungelcamp, Casting-Show oder Wettkönige, die meiste Aufmerksamkeit erhält, wer gegen Regeln verstößt oder noch vorhandene Tabus verletzt. Man hetzt von Event zu Event, von der Love-Parade zum Rock-Konzert, vom Straßenfest zur Kinopremiere, von der Disco zur Party. Action, Unterhaltung, Abwechslung sind gefragt. Doch wo bleiben Sinn und Orientierung, wenn man den ganz normalen Alltag erlebt?

Der Inflation am Wertehimmel unserer Zeit setze ich das „C“ entgegen. Die Werteordnung, die Europa über Jahrhunderte geprägt hat, basiert auf dem christlichen Menschenbild, in dessen Zentrum die unveräußerliche Würde jedes Menschen steht. Unsere Würde gilt universell und unbedingt, unabhängig von unseren individuellen Eigenschaften, unabhängig von kulturellen Prägungen und religiösen Überzeugungen. Kein Gesetz der Parlamente muss sie uns zuerkennen, kein Gericht der Welt sie bestätigen. Sie ist Gottes Geschenk an uns.

Aus dieser Menschenwürde entspringen Gleichheit und Freiheit jedes Einzelnen. Ich lebe diese Gleichheit und Freiheit seit 1990 an jedem Tag mit großer Freude. Dabei ist Freiheit für mich nicht ausgelebte Individualität um jeden Preis, sondern Verantwortung für mein Leben, für das Leben der Anderen und für das Wohl unserer Gesellschaft. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen, sie müssen jeden Tag mit neuem Inhalt gefüllt werden. Freiheit für den Einzelnen bedeutet Verantwortung für das Gemeinwohl, bedeutet Eintreten für den Schwächeren, bewusstes Einsetzen seiner geistigen Fähigkeiten und körperlichen Kräfte für ein gelingendes Leben in der Kommune, in der Schule, im Betrieb, in der Kirchgemeinde. Eine einseitige persönliche Selbstverwirklichung ohne Rücksicht auf die Umgebung führt zur Zerstörung der Gesellschaft, aber auch der eigenen Persönlichkeit.

Wo kann ich das „C“ am besten leben und erleben?

Im Familienalltag: In der Familie sind Mann und Frau gleichberechtigt, aber

auch gleich verpflichtet. Beide sind für die Erziehung der Kinder verantwortlich, beide können sich auch im Beruf verwirklichen, sie ergänzen einander, sie akzeptieren gegenseitig ihre Freiheit in Verantwortung füreinander. Man ist füreinander da und muss nicht ständig seine Rechte gegen den Anderen durchsetzen. Je mehr man auf die Persönlichkeit des Anderen und die der Kinder eingeht, umso mehr kommt für alle zurück. Der Alltag ist nur zu meistern in gegenseitigem Vertrauen und Vertrauen auf Gott.

Dieses Gottvertrauen hat mir im Alltag der DDR viel geholfen. Ich wusste, was ich denke, was mir wichtig ist, wem ich vertrauen kann, dass mir das Christliche in allen Lebenslagen hilft, denn immer kann ich auf das Wort Gottes zurückgreifen, nicht in egoistischer Selbstverwirklichung, sondern in gegenseitiger Unterstützung und Akzeptanz anderer Persönlichkeiten. Das „C“ bedeutet für mich: Wir leben miteinander und füreinander, nicht gegeneinander.



DR. KRISTIN SCHRÖDER MdB

*Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend*

Familienpolitik im Zeichen des „C“

Was Familien für unsere Gesellschaft leisten, lässt sich nur begrenzt in Euro und Cent beziffern. In der Familie übernehmen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander. In der Familie erfahren Kinder, was Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft bedeuten. Familien schenken Halt und Geborgenheit, sie vermitteln Werte, Lebensklugheit und Herzensbildung, und wenn es schwierig wird, können die meisten Menschen auf ihre Familie zählen.

Die Werte zu schützen, die Familie so wertvoll für unsere Gesellschaft machen, ist mein Ziel als Bundesfamilienministerin. Dabei hilft mir mein evangelischer Glaube. Ich durfte in einer Familie aufwachsen, in der Werte wie Verantwortung, Vertrauen und Solidarität immer getragen haben und bis heute tragen. Auf meine Familie kann ich zählen, was immer passiert – gerade auch jetzt, wo ich als berufstätige Mutter einer kleinen Tochter dankbar dafür bin, dass ich familiäre Fürsorgeaufgaben mit meinem Mann und meinen Eltern teilen kann.

Ich möchte Menschen mit meiner Politik die Unterstützung, aber auch die Freiheit geben, die sie brauchen, um ihrer Verantwortung für ihre Familie gerecht zu werden. „Familie zuerst!“ ist deshalb mein Gestaltungsanspruch für eine familienfreundliche Gesellschaft. Frauen und Männer in Deutschland sollen es sich leisten können, ihrer Familie den Stellenwert im Leben einzuräumen, den sie aus ihrer Sicht verdient – und zwar auch dann, wenn sie berufstätig sind. Dazu will ich mit meiner Politik beitragen.

Wichtig sind mir deshalb grundlegende Veränderungen in unserer Arbeitswelt. Ich halte es für einen Fehler, immer nur zu fragen, wie man Familie vereinbar mit dem Berufsleben macht. Das „Vereinbarkeitsproblem“ bleibt dadurch ein Problem der Frauen – und die Antwort heißt schlicht: mehr Kinderbetreuung. So wichtig es ist, dass alle Eltern, die sich einen Kita-Platz für ihr Kind wünschen, auch einen Kita-Platz bekommen: Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Wohl aller Familienmitglieder erfordert weit mehr als den Ausbau der Kinderbetreuung. Wir brauchen famili-

engerechte Arbeitsplätze – keine arbeitsplatzgerechten Familien!

Ob Familien zusammenhalten, ist in erster Linie eine Frage der Zeit. Als „Taktgeber“ des Alltags von Familien spielt die Arbeitswelt eine wichtige Rolle für die Qualität des Familienlebens. Zeit für Verantwortung brauchen nicht nur Mütter und Väter. Zeit für Verantwortung brauchen auch – und immer öfter! – pflegende Angehörige. Die meisten von ihnen sind berufstätig und bringen große Opfer, um einen geliebten Menschen pflegen zu können. Viele überschreiten dabei die Grenzen ihrer Belastbarkeit, können aber im Beruf nicht einfach pausieren. Die Familienpflegezeit, für die ich erfolgreich gekämpft habe, gibt ihnen künftig die Möglichkeit, Pflege und Beruf zu vereinbaren und ohne allzu große Gehaltseinbußen bis zu zwei Jahre lang beruflich kürzer zu treten.

Umfragen zeigen, dass eine breite Mehrheit der Menschen in unserem Land bereit ist, für ihre kranken oder hochbetagten Angehörigen da zu sein. Gleichzeitig wollen die meisten pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich im vertrauten Umfeld bleiben. Genau das ist der familiäre Zusammenhalt zwischen den Generationen, den wir uns für unsere Gesellschaft nur wünschen können:

Menschen, die sich aufeinander verlassen und die füreinander Verantwortung übernehmen. Deshalb war es mir wichtig, die große Bereitschaft der Menschen, für ihre Familie da zu sein, in politische Antworten auf die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen einzubeziehen. Mit der Familienpflegezeit stützen wir Familie als Verantwortungsgemeinschaft. Das unterscheidet uns von anderen Parteien, die Fürsorgeaufgaben – egal ob es um Kinder oder ältere Menschen geht – zuallererst an staatliche Einrichtungen delegieren.

Familienpolitik im Zeichen des „C“ ist eine Politik, die Verantwortungsfähigkeit fördert. Dazu gehören politische Maßnahmen wie die Familienpflegezeit, die Zeit für Verantwortung ermöglichen. Dazu gehört eine Arbeitswelt, deren Kultur geprägt ist vom Respekt vor dem Familienleben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht zuletzt gehört dazu aber auch ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz für die Vielfalt unterschiedlicher Familienmodelle. Denn Mut und Lust auf Familie entstehen nur dort, wo Eltern und Kinder Wertschätzung erfahren, unabhängig davon, wie sie leben.



INGRID SEHRBROCK

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Was bedeutet das christliche Menschenbild für Sie in der Politik?

Für mich war und ist das „C“ in der CDU immer eine Orientierung am christlichen Menschenbild und an den Grundprinzipien der katholischen Soziallehre, der Subsidiarität und der Solidarität. Dazu gehört die Überzeugung, dass Menschen zum Guten und zum Schlechten fähig sind. Das heißt, Politik darf nicht naiv sein und muss dann, wenn Regelungen getroffen werden, die Fähigkeiten der Menschen zu beidem berücksichtigen.

Dann gilt für mich immer die Verantwortung des Einzelnen für sich selbst, die eingefordert werden muss. Wer – wie auch immer – in Lebenssituationen gerät, oder von der Natur so „ausgestattet“ ist, dass er oder sie sich selbst nicht oder nur bedingt helfen kann, ist auf die Solidarität von uns allen, auch durch entsprechende (gesetzliche) Regelungen, angewiesen. Darauf müssen Menschen sich verlassen können. Wer in Not gerät, darf nicht ins Bodenlose fallen. Das ändert nichts daran, dass eigene Anstren-

gungen immer erwartet werden müssen: Die Verantwortung des Einzelnen für sich ist unverzichtbar.

Die CDU hat sich in mehreren Grundsatzprogrammen immer wieder auf das christliche Menschenbild bezogen. Ich würde mir wünschen, dass dieser Bezug deutlicher wird, auch in politischen Debatten. Wer dies in den Phasen des „neoliberalen Markt- und Wettbewerbsfundamentalismus“ tat, wurde vielleicht noch als Gutmensch apostrophiert, oft genug aber als Modernisierungsverweigerer. Grundsatzdebatten dürfen nicht etwas für die parteipolitischen „Feiertage“ sein. Dass sie jetzt wieder geführt werden, z. B. über die Rolle staatlicher Rahmenbedingungen, über Wachstum oder gute Arbeit, ist ermutigend.

Das „C“ bedeutet aber auch, dass wir uns nicht überschätzen sollen. Politik gelingt nicht nur, wenn wir sie „machen“. So sehr strategische Überlegungen und gute Konzepte wichtig sind, so sehr müssen wir Christen auch erkennen, dass Dinge sich entwickeln, die nicht von uns geplant waren. Das gilt für unsere politi-

sche Arbeit ebenso wie für unser Leben insgesamt.

Das „C“ bedeutet für mich immer, dass wir gewiss sein können, gehalten zu sein, nicht ins Bodenlose zu fallen in jedweder Lage. Daraus gewinne ich das, was man altmodisch Zuversicht nennt.

Das christliche Menschenbild fordert mir auch den Respekt ab vor den Auffassungen Anderer. Was die richtige politische Entscheidung ist, wissen wir definitiv erst hinterher, oft Jahre später. Der Respekt für Mehrheitsentscheidungen, die nicht der eigenen Meinung entsprechen, ist eine vom „C“ inspirierte kulturelle Leistung, die nicht hoch genug anerkannt werden kann. Es ist aber der zweite Schritt. In wichtigen politischen Fragen für neue Überzeugungen zu kämpfen, Mehrheiten zu gewinnen – und das in fairem Umgang miteinander –, ist eine gute Messlatte für Christdemokraten, natürlich auch für mich.



THOMAS STROBL MdB

Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, hat Ernst-Wolfgang Böckenförde einst formuliert. Und später, in einem Interview, präzierte er: „Vom Staat her gedacht, braucht die freiheitliche Ordnung ein verbindendes Ethos, eine Art „Gemeinsinn“ bei denen, die in diesem Staat leben. Die Frage ist dann: Woraus speist sich dieses Ethos, das vom Staat weder erzwungen noch hoheitlich durchgesetzt werden kann? Man kann sagen: zunächst von der gelebten Kultur. Aber was sind die Faktoren und Elemente dieser Kultur? Da sind wir dann in der Tat bei Quellen wie Christentum, Aufklärung und Humanismus.“

In diesem Sinne hat auch Papst Benedikt XVI. in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September dieses Jahres argumentiert, als er davor warnte, den Positivismus – wenngleich er ein wichtiger Beitrag zur Erkenntnis des Menschen ist – als alleinige Kraft anzusehen: „Wo die positivistische Vernunft sich allein als die genügende Kultur ansieht und alle anderen kulturellen Realitäten in den Status der Subkultur verbannt, da

verkleinert sie den Menschen, ja sie bedroht seine Menschlichkeit.“

Es wird deutlich, nicht nur für die christdemokratische Politik haben die christlichen Wurzeln unserer Gesellschaft, hat das „C“ eine zentrale Bedeutung. Auf diesen christlichen Wurzeln fußt – neben anderen Fundamenten – unser Gemeinwesen, sie sind ein Teil der Basis unserer staatlichen Ordnung. Deshalb ergibt sich aus dem „C“ auch, dass für uns die Frage nach Europa und dem Euro mehr ist, mehr sein muss als die bloße Frage nach Währungsstabilität und ökonomischen Vorteilen. Europa ist für uns eine Wertegemeinschaft, die auch auf christlicher Basis steht. „Die Kultur Europas ist aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom – aus der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms – entstanden“, sagte Benedikt XVI. vor dem Deutschen Bundestag.

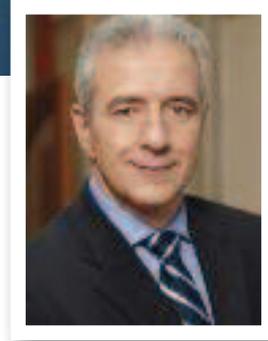
Christdemokratische Politik geht vom christlichen Menschenbild aus, und deshalb denkt Politik auf der Basis des christ-

lichen Glaubens vom einzelnen Menschen aus: Politik, die eine „C-Partei“ formuliert, stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns. Sie sieht jeden Menschen in seiner Individualität als Geschöpf Gottes an, den es so anzunehmen gilt, wie er ist, wie er von Gott geschaffen ist – mit allen seinen Stärken und Schwächen: Deshalb steht für uns Christdemokraten die freiheitliche Entscheidung und Entfaltung des Einzelnen, die erst endet, wo sie die Freiheit eines anderen beschneidet, im Mittelpunkt.

Auch das neben der Europapolitik zweite Leitthema unseres Leipziger Bundesparteitages lässt sich so vom „C“ in unserem Parteinamen her betrachten: die Bildungspolitik. Wir sind für ein differenziertes Bildungssystem: Nicht weil wir aus schierem Dogmatismus ein hergebrachtes – und in vielen Vergleichsstudien übrigens anerkannt gutes – Schulsystem verteidigen und uns auf Erfolgen ausruhen wollen. Nein, es ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild, dass wir die grün-rote Einheitsschule ablehnen, in der es letztlich darum geht, die jungen Menschen, die Kinder gleich zu machen. Deshalb verfolgen wir das Ziel einer individuellen, differenzierten Bildung in einem differenzierten Schulsystem, mit dem wir jedem Kind eine individuelle

Förderung und Bildung zuteil werden lassen.

Wie sich zeigt, lassen sich bei beiden Leitthemen unseres Leipziger Bundesparteitages die Begründungszusammenhänge vom „C“ in unserem Parteinamen herleiten – und es wäre gut für unsere Partei, dies auch bei anderen Themen zu tun.



STÄRKE WILHELM WITTMANN

*Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
Landesvorsitzender der CDU Sachsen
Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands*

Wer über die Motive für christliches Handeln befragt wird, gibt oft die Bergpredigt als inneren Kompass an. Ohne Zweifel hat diese Bibelstelle auch für mich grundlegende Bedeutung. Aber noch wichtiger ist, was daraus im Alltag folgt, wie ich mit dieser Haltung umgehe.

Aus meiner Lebenserfahrung heraus ist Toleranz das wichtigste Motiv für mein christliches Handeln in der Politik. Nicht weit von meinem Heimatort liegt Bautzen. Der dortige Dom ist für mich ein starkes Symbol christlicher Toleranz. Warum? Weil hier seit über 450 Jahren Christen beider Konfessionen den Kirchbau gemeinsam nutzen. Jede für sich, aber dennoch immer wieder mit Berührungspunkten.

Für mich als Sorbe, der als katholischer Christ in der DDR aufgewachsen ist, verdeutlicht dieser Bau zutiefst, dass es möglich ist, in Toleranz und Respekt miteinander zu leben. Und aus dieser Erfahrung heraus speist sich mein politisches Handeln. Als Katholik in der DDR habe ich in einer doppelten Diaspora gelebt. Katholisch sein hieß: in der protestantisch geprägten christlichen Minderheit der DDR nochmals

einer Minderheit anzugehören. Offenheit gegenüber der anderen Konfession, gegenüber Menschen, die keiner Kirche angehörten oder sich als Atheisten bezeichneten, war eine Notwendigkeit, ohne sich und seinen Standpunkt/Glauben jedoch aufgeben zu müssen.

Diese Erfahrung hilft auch in der Politik. Auch hier treffe ich auf Menschen mit anderen Überzeugungen und Haltungen. Auch hier bin ich darauf angewiesen, offen für die Argumente der Anderen zu sein. Eine politische Diskussion ohne Offenheit und Toleranz für das Gegenüber wäre sonst ziemlich sinnlos.

Auch heute, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR, bezeichnen sich drei Viertel der Bevölkerung als nicht gläubig. Und dennoch mache ich Politik aus einer christlichen Grundhaltung heraus. Und es ist keine Politik für die christliche Minderheit im Land. Das wäre auch nicht mein Antrieb. Als Ministerpräsident aller Sachsen habe ich die Verantwortung für das Wohlergehen auch derjenigen, deren Wertegerüst sich nicht aus dem christlichen Glauben speist. Da lebe ich die Offenheit und



Toleranz, die mich seit jeher begleitet. Und ich erlebe ähnliche Grundhaltungen: Leben im Geiste der Brüderlichkeit, der Wunsch, ein eigenverantwortliches, die Mitmenschen solidarisch einbeziehendes Leben führen wollen; dass sie nicht an die Schöpfungsgeschichte glauben, aber der Natur mit großer Achtsamkeit begegnen. Kurzum, dass sie moralisch fühlen und handeln, so wie es Christen tun. Moralisch handeln, ohne dies aus dem Glauben, von Gott abzuleiten, das ist nicht meine Prägung/Haltung, aber aus meinem Glauben heraus kann ich das respektieren.

Weil das Ziel des Handelns das Gleiche sein kann: Eine Gesellschaft, die gutes Leben für alle ermöglicht, über den staatlich-rechtlichen Rahmen hinaus. Denn ohne das Mittun von Christen und Nichtchristen fehlte es uns in Sachsen an der zwischenmenschlichen Solidarität, keine staatliche Aktivität könnte das je hervorbringen. Ernst-Wolfgang Böckenförde hat das in seinem bekannten Diktum zum Ausdruck gebracht: „Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann.“

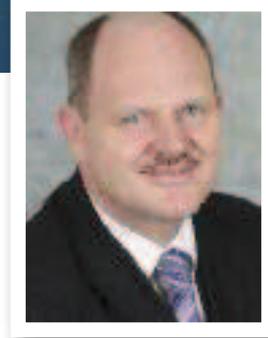
Und ich sehe mich in meinem Engagement, für ein gutes Zusammenleben jenseits staatlichen Handelns zu sorgen, auch von meiner Kirche unterstützt. Das Zweite Vatikanische Konzil hat das nochmals verdeutlicht: Christen haben die Aufgabe, sich

aktiv für den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat einzusetzen.

Dass es dabei auch einen Widerstreit von Thesen, Konzepten und Meinungen geben kann und muss, steht einem toleranten Miteinander ja nicht entgegen.

Das alles finde ich im „Gelassenheitsgebet“ von Reinhold Niebuhr: „Gott, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“

Dieses Gebet gibt mir die Karte, ohne die der eingangs erwähnte Kompass wenig Nutzen hätte. Es ist eine Orientierung, die mich in meinem täglichen Tun unterstützt.



THOMAS WEBEL

*Minister für Landesentwicklung und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt, Landesvorsitzender der
CDU Sachsen-Anhalt*

Das „C“ verpflichtet uns, immer etwas tiefer als die anderen zu bohren.

Als 1945 unser Land als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Trümmern lag und Millionen von Menschen ihre Heimat oder sogar ihr Leben verloren hatten, erschien vielen ein Wiederaufbau unmöglich zu sein. Das Land war nach den Jahren des nationalsozialistischen Tobens und Wütens wie betäubt und gelähmt. Zu groß schien der Verlust nicht nur der materiellen, sondern auch der geistigen Werte. Besiegt, besetzt und geteilt standen das Land und seine Menschen auch ohne allgemein verbindliche Normen und Werte da und waren damit im umfassenden Wortsinne fassungslos.

Auf der Suche nach einer Antwort auf all das rief die Christlich Demokratische Union Deutschlands bei ihrer Gründung dazu auf, sich auf die „sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ zu besinnen. Zu ihren Gründungsvätern gehörte im Übrigen auch der erste Vorsitzende der CDU in Sachsen-Anhalt, Leo Herwegen, der als Gegner des NS-Re-

gimes 1944 verhaftet worden war und 1949 Opfer des ersten großen Schauprozesses in der DDR wurde. Anders als ideologisch geprägte Weltanschauungen trägt der Gründungsauftrag der CDU kein Verfallsdatum. Er ist zeitlos gültig und auch in unserer heutigen Zeit hochaktuell.

Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen und unantastbar in seiner Würde. Aus dieser Würde erwächst das Recht eines jeden Menschen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Freiheit des Menschen ist nur in Verantwortung vor seinem Gewissen und nach christlichem Verständnis vor Gott möglich. Bedingt und begrenzt wird die eigene Freiheit durch die Freiheit des anderen.

Weil wir uns bei unserer Politik am christlichen Menschenbild orientieren, wissen wir um die Endlichkeit alles Menschlichen und die Begrenztheit seiner Kräfte. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Ideologie statt Politik zu betreiben. Wir wissen, dass der Mensch letzte Antworten nicht geben kann.

Neben unserem christlichen Verständnis vom Menschen gehören wertkonservative Gedanken ebenso wie christlich-soziale und liberale Überzeugungen zum geistigen Fundament unserer Partei. Aus allen drei Strömungen ist die CDU entstanden, und alle drei Strömungen sind bis heute in ihr lebendig. Sie ist damit die Volkspartei der Mitte und wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes.

Aus unserem christlichen Menschenbild lassen sich kein bestimmtes politisches Programm und schon gar keine konkrete Handlungsanweisung ableiten. Trotzdem besitzt der bleibende Aufruf zur Besinnung auf die „sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ auch eine hohe Bedeutung für unser tägliches Tun. Er gibt unserer Politik eine ethische Grundlage. Er bindet uns an das Prinzip der freiheitlichen Eigenverantwortung, erinnert uns an die menschliche Fehlbarkeit und führt zu einer wertgebundenen und ideologiefreien Politik. Das „C“ verpflichtet uns, immer etwas tiefer als die anderen zu bohren. Diese Selbstverpflichtung macht die Stärke der CDU aus.



MARCUS WEINBERG MdB

Landesvorsitzender der CDU Hamburg

**Kompass und Verantwortung:
„Prüfet alles und behaltet das Gute“**

Wer die Augen schließen kann und sich findet in Demut, Verantwortung und dem Gefühl, es gut und richtig getan zu haben, sei zufrieden. Doch, was trägt uns und unser Tun, was gibt es Höheres als kleinteilige greifbare Ziele und Handlungsvorgaben? Ohne Planken und einen Kompass der Bestimmung ist der Politiker – sei er oder auch sie auch noch so groß oder klein – verlassen und agiert in einer tiefen Unsicherheit. Doch, tatsächlich, es gibt ein großes Bild, ein festes Fundament, einen besonderen Rahmen: das christliche Menschenbild. Ein Mehr an Freiheit, ein Mehr an Gerechtigkeit und ein Mehr an Solidarität an einem jeden Tag zu schaffen, ist Motivation und bestimmt das Tun.

Können wir zufrieden sein? Nicht vereinbar damit sind die Unfreiheit des Nachbarn, die fehlende Chancengerechtigkeit vieler Kinder und unsolidarischer Egoismus. Also müssen wir handeln für das Richtige und Gute. Ungerechtigkeiten müssen abgestellt, Unfreiheit beendet werden.

In jeder Handlung in Verantwortung steht das christliche Menschenbild für mein Tun. Es ist machbar, aus dem Abstrakten eines Menschenbildes das politisch Konkrete zu gestalten. Politik und mehr noch Politiker haben sich zu überprüfen an Leitlinien und Leitgedanken, die sich aus einem unsichtbaren Überbau speisen. Freiheit und Gerechtigkeit sind die abgeleiteten Grundwerte aus dem christlichen Menschenbild und Solidarität die Handlungsoption. Gewiss, keiner ist für sich und andere unfehlbar. Aber das Erstreben eines besseren Gemeinwohls und die Annäherung an eine wohl nie zu erreichende Unfehlbarkeit der eigenen politischen Handlung ist Leitziel der Politik und des Politikers.

Es gibt dabei nur eine Gleichheit: Die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Grundprinzip ist dabei, dass Gerechtigkeit die Würde und Freiheit wahrt und verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches verschieden zu behandeln. Jeder Mensch ist einzigartig und in seinen Fähigkeiten und Begabungen individuell. Dieses zu erkennen und zu akzeptieren, steht vor jeglicher Handlung.

Und gerade Bildungs- und Familienpolitiker werden dadurch geleitet und suchen Chancengerechtigkeit und fordern eine solidarische und freie Gesellschaft ein. Gerade Kinder zu schützen, zu beschützen und zu fördern, ist Bestimmung ihrer Profession.

Und hier leitet es wieder: unser christliches Menschenbild. In der Abstraktion, Komplexität und Konkretisierung des politischen Tagesgeschäftes mag es die Gefahr geben, das Wesentliche aus den Augen zu verlieren: ein Mehr an Freiheit, ein Mehr an Gerechtigkeit, ein Mehr an Solidarität. Insoweit überprüfe immer dein Tun und dies immer wieder: „Prüfet alles und behaltet das Gute.“ Und dann bekommt das christliche Menschenbild eine praktische Bedeutung, ohne etwas zu messen, zu evaluieren oder zu falsifizieren. Wenn ich fest bin im Glauben an diese Leitung, dann bin ich fest im Tun. Und dann schließe ich die Augen und finde mich in Demut, Verantwortung und dem Gefühl wieder, es gut und richtig getan zu haben.



DR. BERNHARD WORMS

Präsident der Europäischen Senioren-Union

Jedwede Arbeit, erst recht politisches Handeln, wird nur dann anerkannt, wenn der Außenstehende spürt, hier wird das Gebot der Glaubwürdigkeit beachtet. Gemäß der Definition von Johannes Paul II. ist diese dann gegeben, wenn Wort und Tat zu einer Einheit werden. Dies gilt insbesondere für jeden von uns, für den christliches Leben und damit die Gebote des Glaubens bindend sind.

Aus meiner Sicht ist also das Bekenntnis zum „C“ zugleich die Verpflichtung, sich in der politischen Diskussion und damit auch im Ringen um Mehrheiten bei Wahlen nur mit dem Gewicht von Argumenten durchzusetzen und jegliche Formen von Polemik und Diskriminierung zu unterlassen. Natürlich gilt dies auch für jeden Bürger im Umgang mit politisch Andersdenkenden; denn in unserem Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aber unterwerfe ich mich dem „C“ und bekunde ich dies auch noch öffentlich, so tritt eine zusätzliche Selbstverpflichtung ein, die meinem Gegenüber erlaubt, mich danach zu beurteilen, ob ich dem entspreche, was ich selbst von mir aussage! Dadurch wird das

Zusammenleben der Bürger auf ein breiteres Fundament gestellt, als es der ansonsten kleinste gemeinsame Nenner für politische Arbeit in einem demokratischen Staat kennt.

Das „C“ kennt eine weitere, sehr bedeutsame Aussage: Das Liebesgebot! Übertrage ich dies auf die unaufgebare Kraftquelle einer gelebten Solidarität, so bin ich als Christ in der Politik stets verpflichtet, mit der mir möglichen Kraft Entscheidungen herbeizuführen, die ein Miteinander auch im öffentlichen Leben ermöglichen, das zum Inhalt hat eine wahrnehmbare und ausstrahlende Bereitschaft zum Dienen, zum Verzicht. Die Hingebung an den Mitmenschen, die der christliche Glaube fordert, wird so auch im politischen Geschehen spürbar und trägt wesentlich zum sozialen Frieden bei.

Und ein drittes Gebot leite ich für mich und meine Arbeit aus der Bindung an das „C“ ab: „Rechenschaft abzulegen gegenüber dem Schöpfer im Hinblick auf Fehlverhalten im politischen Alltag.“ Selbstbesinnung auf mein Tun und Unterlassen umfasst alle Handlungen, die ich getan

habe oder hätte tun können. Diese Reflexion auf meine Arbeit steht im diametralen Gegensatz zum geflügelten Wort Adenauers: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern?“

Mir ist bewusst, wie schwer es ist, politische Aussagen zu formulieren, die im Hinblick auf den Wahrheitsgehalt eines Diskussionsbeitrages gegebene Sachverhalte nachvollziehbar erklären, um anschließend Lösungswege aufzuzeigen. Die jüngsten Vorgehensweisen in der Energiepolitik, in der internationalen Finanzkrise, aber auch im Vernachlässigen des demografischen Geschehens sind Beweis genug, um einzusehen, welche Grenzen uns in der Politik gezogen werden. Und dennoch, die Bindung an das „C“ – so sehe ich es – erfordert auch die Bereitschaft, öffentlich zuzugeben, dass man sich geirrt hat, dass man einer Fehleinschätzung erlegen ist. Dies hat zur Konsequenz, ein sich hieraus änderndes Wahlverhalten nicht zum Anlass zu nehmen, dem mündigen Staatsbürger etwas zu verheimlichen, ihm etwas vorzuenthalten!

Da der Christ in der Politik auch nur ein Mensch ist, bleibt mir bewusst, wie sehr das „C“ eine tägliche Herausforderung ist, die auch ich nicht immer bestehe. Auf der anderen Seite stimmt es mich glücklich, dass ich meine Arbeit in der CDU nicht

nur auf dem Boden unseres Programms stehend verrichte, sondern dass es noch ein „übergeordnetes Programm“ gibt, demgegenüber ich verantwortlich zu handeln habe. Dieser Tatbestand lässt mich zum Gegner werden gegenüber allen Bestrebungen, das „C“ in unserem Parteinamen abzuschaffen. Schon auf dem Bundesparteitag 1969 gab es Bestrebungen, uns Deutsche-Demokratische-Union zu nennen. Auch in jüngster Zeit gibt es Verlautbarungen aus Kirchenkreisen, wonach wir gut beraten seien, unseren Namen zu ändern, weil wir das „C“ zu sehr ausgehöhlt hätten. Deshalb bedeutet für mich das „C“: Ich erfülle den mir mitgegebenen Arbeitsauftrag als Christ in dieser Welt in der Bindungskraft meines Glaubens. Umsetzen kann ich dies am leichtesten in der CDU, weshalb ich in ihr schon länger als 60 Jahre gerne arbeite.



HENDRIK WÜST MdL

Was bedeutet das „C“ für mich in meinem täglichen Tun?

Die Frage verstehe ich so: Was bedeutet es für mich in meinem täglichen Tun, mich zu einer Politik zu bekennen, die das christliche Bild vom Menschen als ihre Grundlage definiert?

Weil ich jeden Menschen für ein Ebenbild Gottes halte, halte ich den Menschen für stark und groß. Er muss sich seine Würde nicht erwerben, sondern hat sie von Anfang an und bis zu seinem Ende. Korrigiert wird die Stärke des Menschen durch unser Wissen um unsere Fehlbarkeit. Dieses Wissen um die Fehlbarkeit macht demütig und zwingt zum Selbstzweifel und einer gesunden Skepsis gegenüber allem auch noch so selbstbewusst Vorgetragenen.

Weil jeder Mensch Ebenbild des Gottes ist, an den ich glaube, ist mir eine unbedingte Ausrichtung auf das Wohl der Menschen aufgegeben. Den Mensch und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt von Politik zu stellen, klingt banal, ist aber ungemein schwierig. Dieser Anspruch lässt vordergründig wenig Spiel-

raum für tradierte Grundsätze, die immer galten und noch heute und auch in Zukunft Geltung haben. So wird in jüngster Zeit das schnelle Wechseln von Positionen fast lakonisch mit der Fehlbarkeit des Menschen begründet. Wer früher falsche Positionen vertreten habe, müsse sich eben revidieren und die neue Position sei schon deshalb gut und richtig, weil das Revidieren an sich – der Neubeginn – zur Fehlbarkeit gehöre: Familienpolitik, Energiewende, gegliedertes Schulwesen etc. als Belege der Fehlbarkeit des Christenmenschen?

Positionen auf Grundlage unserer Grundwerte zu modernisieren, damit Werte praktisch gelebt werden können, ist unbestreitbare Daueraufgabe christdemokratischer Politik, und natürlich gehört zum Anerkennung der Fehlbarkeit ganz zwangsläufig Umkehr und Neubeginn. Aber deshalb ist noch lange nicht jeder Neubeginn, jeder Positionswechsel auch unfehlbar.

Mein politisches Tun nicht an ideologischen Glaubenssätzen, sondern allein am Bedürfnis des Menschen auszurichten, wirft die Frage auf, aus welcher Per-

spektive das Wohl denn zu definieren ist. Entscheiden Politiker, also normale Menschen, die einen Teil ihres Lebens in politischen Ämtern verbringen, was anderen Menschen gut tut – ihnen dient? Ist das nicht fast anmaßend?

Wäre der bessere Maßstab nicht vielleicht derjenige, den die Menschen frei von politischen Zwängen, Machtstreben und Loyalitäten selbst artikulieren? Oder führt das in die Irre, weil nur ein Teil der Bevölkerung die Fähigkeiten, die Zeit und die Mittel hat, sich vernehmbar zu artikulieren – das artikuliert Partikularinteresse versus die Interessen der Allgemeinheit? Offenbar gibt es also doch eine Verantwortung der Politik, selbst zu definieren und vorzutragen, was man für den Menschen als dienlich erachtet. Politik auf Basis des christlichen Menschenbildes bedeutet also aus meiner Sicht auch das: Zu definieren, was wir für den Menschen dienlich halten, dies zum Programm zu machen und dann möglichst umzusetzen.

Dabei ist nicht entscheidend, dass das Dienliche auch gefällt. Womit wir beim Mut wären. Denn so richtig es ist, dass der Mensch nach unserem christlichen Bild vom Menschen fehlbar ist und er auch seine politischen Überzeugungen deshalb stets neu an der Wirklichkeit messen muss,

so richtig ist es eben auch, eine Position, die nicht, nicht mehr, oder vielleicht noch nicht beliebt, aber in der Sache dennoch den Menschen dienlich – mithin schlicht richtig – ist, nicht vorschnell zu räumen. Das erfordert eben Mut.

Diesen Mut ziehe ich aus der Erkenntnis, dass die letzte und mithin entscheidende Instanz, vor der wir uns verantworten, nicht von dieser Welt ist. Das macht frei und mutig, weil es alle irdischen Instanzen relativiert. Selbst wenn man in Augen irdischer „Richter“ – ob nun gesellschaftlicher Mainstream, mediale Meinungsmacht oder gar der Souverän – falsch liegt, kann man doch für seine Überzeugung eintreten in der berechtigten Hoffnung auf letztinstanzliche Bestätigung vor Gott.

Also: Fehlbarkeit und Umkehr: ja! Aber auch Mut, Positionen einzunehmen und zu Überzeugungen zu stehen – nicht aus Prinzip, sondern in erster Linie, weil man vom Nutzen für die Menschen überzeugt ist.

Warum ist dieser Mut eher die Ausnahme als die Regel? Stört der Mut des Beharrens, des Stehenbleibens, des nicht mit der Herde Ziehens die Harmonie unserer Wohlstandsgesellschaft? Und lassen wir durch die Mutlosigkeit, auch einmal abzuweichen, nicht zu viele zurück, die sich unverstanden fühlen?